

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 18. Januar 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Wochenblatt 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
vierteljährlich 2,80 Mk. frei ins Haus.
Einzelnnummer 5 Pfg. Sonntags-
nummer mit Multiplikatoren Sonntags-
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
abonnements: 1,10 Mark pro Monat.
Eingetragen in die Post-Zeitungs-
Preisklasse. Unter Kreuzband für
Deutschland und Oesterreich-Ungarn
9 Mark, für das übrige Ausland
8 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Zeile
jeite oder deren Raum 40 Pfg., für
politische und gesellschaftliche Berichte
und Versammlungs-Anzeigen 25 Pfg.,
„Kleine Anzeigen“, das erste (ein-
gedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere
Wort 5 Pfg., Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Inserate für
die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
und Feiertagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Das schwarze Reich.

Ein Denkerwort zum Bergarbeiterstreik.

Alfred R. Wallace, der berühmte Mitbegründer der
Evolutionstheorie, sagt in seinem neuesten kürzlich erschienenen
Werke: „Des Menschen Stellung im Weltall“ (Berlin,
Deutsches Verlagshaus Vita), (Deutsch von F. Heinemann)
folgendes (S. 234—38):

„Die Wolken sind nicht nur dadurch segensreich, daß sie
Regen erzeugen und die Hitze beständigen Sonnenscheins ab-
mildern, sondern sie sind auch zur Bildung gewisser chemischer
Zusammensetzungen notwendig, die sich im Pflanzenreich voll-
ziehen und für das gesamte Tierreich von der höchsten Wichtig-
keit sind. Soweit es uns bekannt ist, könnte auf der Erde
tierisches Leben nicht ohne diese Quelle des Stickstoffes bestehen
und infolgedessen auch nicht ohne Wolken und Blitze, und wie
wir uns eben überzeugt haben, hängt deren Auftreten wieder
hauptsächlich von dem richtigen Verhältnis des Staubes in
der Atmosphäre ab.“

Dieses richtige Verhältnis des Staubes wird seinerseits
aber wieder durch die Vulkane und Wüsten geschaffen und auf-
recht erhalten und seine gleichmäßige Verteilung und beständige
Gegenwart in der Luft hängt wiederum von der Dichtigkeit der
Atmosphäre ab. Diese ihrerseits ist von zwei anderen Um-
ständen abhängig, der Schwerkraft, die der Masse des Planeten
entspricht, und der absoluten Menge freier Gase, aus denen
die Atmosphäre besteht.

Wir überzeugen uns also, daß jener unsichtbare Ozean
von Luft, in dem wir leben und der für uns so ausschlaggebend
ist, daß unser Leben ohne ihn sofort vernichtet würde, auch
viele andere segensreiche Wirkungen ausübt, auf die wir ge-
wöhnlich wenig achten, höchstens ausnahmsweise zu Zeiten
von Sturm oder Orkan, von übergroßer Hitze oder Kälte; dann
kommt es uns wohl zum Bewußtsein, wie außerordentlich zart
das Gleichgewicht jener Bedingungen ist, von denen unsere
Befindlichkeit und auch unser Leben abhängt.

Schon der kurze Ueberblick über, den ich hier zu geben
versucht habe, belehrt uns, daß die Atmosphäre tatsächlich ein
außerordentlich kompliziertes Werkzeug ist, ein wundervolles
Gerät, das wir mit seinen verschiedenen Bestandteilen an Gasen,
seiner Tätigkeit und Reaktion auf Wasser und Land, seiner
Erzeugung elektrischer Entladungen und seiner Fähigkeit, die
Elemente zu liefern, aus denen der ganze Aufbau des
organischen Lebens erfolgt und beständig erneuert wird, tat-
sächlich als die wahre Quelle und Grundlage des Lebens selbst
anzusehen ist. Dies geht nicht nur aus unserer vollkommenen
Abhängigkeit von ihr hervor. Einer Abhängigkeit, die jede
Minute über unser Leben oder unseren Tod entscheidet, sondern
auch aus den schrecklichen Wirkungen, die auch nur eine leichtere
momentane Verunreinigung des Elementes der Luft auf unsere
Lebenskräfte ausübt, und doch finden wir gerade bei den
Nationen, die an der Spitze der Zivilisation zu schreiten be-
halten, jene, die da glauben, in der Kenntnis des Natur-
gesetzes zu handeln, jene, die sich des größten Fortschritts in der
Wissenschaft rühmen, gerade bei ihnen die größte Gleichgültig-
keit, die größte Sorglosigkeit gegenüber all den Ver-
unreinigungen dieses wichtigsten Lebenselements; diese größte
Sorglosigkeit geht soweit, daß sie gleichgültig zusehen, wie die
Gesundheit des größten Teiles ihrer Bevölkerung geschädigt,
daß deren Lebenskraft herabgemindert wird, durch Zustände,
unter deren Zwang sie genötigt sind, mehr oder minder ver-
dorrene und unreine Luft während des größten Teiles ihres
Lebens einzuatmen. Zeugen dieser verbrecherischen Gleich-
gültigkeit, dieser ungläublichen Sorglosigkeit und Unmenslich-
keit sind die mächtigen immer stärker anwachsenden Städte, die
großen Fabriklage, die ihren Rauch und die vergifteten Gase
gegen den Himmel auspeilen, die zusammengedrängten
Wohnungszustände, wo Millionen ihr Leben unter den hygiene-
widrigsten Bedingungen gezwungener Weise hindringen.

Während der ganzen letzten fünfzig Jahre haben wir die
unvermeidlichen Ergebnisse solcher Lebensbedingungen kennen
lernen müssen, und trotzdem ist bis auf den heutigen Tag nichts
von Bedeutung dagegen geschehen, und nichts im Werden. In
diesem schönen Land ist Raum genug und weit mehr als er-
forderlich reine Luft für jeden Menschen, der dort lebt, vor-
handen.

Trotzdem widmen unsere wohlhabenden gebildeten Kreise,
unsere Regierungen und unsere Gesetzgeber, unsere Re-
ligionslehrer und unsere Männer der Wissenschaft, ihr Leben
und ihre Tatkraft allen anderen Erscheinungen, nur nicht dieser,
und doch ist dieses gerade die einzige, ganz große unumgängliche
Lebensfrage für die Gesundheit und Wohlfahrt des Volkes.
Und ihr sollte alles andere vorläufig untergeordnet werden.
Solange dafür nicht gesorgt ist, und zwar durchaus gründlich
und vollkommen gesorgt ist, so lange ist unsere Religion Stüd-
werk, und unsere Politik weniger als nichts, etwas absolut Ver-
schämtes, ja sie steht noch unter dem Werte dessen, was man
verachtet.

Bei der Betrachtung der wundervollen Atmosphäre in
ihren mannigfaltigen Beziehungen zum menschlichen Leben
überhaupt hat sich dieser Vorkreier für die Kinder und für die
beleidigte Menschheit meinem Herzen entrunnen. Sollte sich
wirklich keine Gemeinschaft von Männern und Frauen zu-
sammenschließen wollen, die nicht eher Ruhe gibt, bis dieses
schreckliche Nebel abgeschafft ist und bis neun Zehntel aller

Nebel, die uns jetzt quälen, zugleich mit ihm verschwunden
sind? Diesem Ziele muß alles andere nachstehen. In diesem
Kriege gegen Schmutz, Krankheit und Elend darf es gerade
wie in einem Eroberungs- oder Angriffskriege, wo der Sieger
alles vor sich niederwirft, wo das Privatrecht unter dem er-
klärten öffentlichen Wohl zurückzutreten hat, weder Privat-
interessen noch verbrieftes Recht geben, — nur dann, aber
dann auch sicher, werden wir siegen. Dieses Evangelium ist es,
was man jetzt predigen sollte, bis die Völker darauf hören und
sich überzeugen. Dies sei unser Kriegsruuf: Keine Luft und
reines Wasser für jeden Bewohner des Reiches. Gebt care
Stimme für niemand ab, der sagt, es ist unmöglich. Stimmt
nur für den, der sagt, es muß geschaffen werden. Es mag
sein, oder es mag zehn, oder es mag zwanzig Jahre dauern,
aber alle kleinlichen Verbesserungen, alles Reformstückerwerk muß
aufgeschoben werden, bis diese Grundreform ausgeführt
worden ist. Erst dann, wenn wir unser Volk in den Stand
gesetzt haben werden, reine Luft zu atmen und reines Wasser
zu trinken, sich von einfacher Nahrung zu ernähren und unter
gesundheitlichen Bedingungen zu arbeiten, sich zu erheben und
zu ruhen, werden wir in den Stand gesetzt, und zwar zum
erstenmal, darüber zu entscheiden, welche anderen Reformen not-
wendig sind.

Gedenken wir doch dessen, daß wir Anspruch darauf haben,
ein Volk von höchster Kultur, vorgebildetester Wissenschaft,
größter Menschlichkeit und größten Reichtums zu sein. Da
sollten wir uns schämen, zu sagen, wir sind außer Stande, die
Dinge so einzurichten, daß unser Volk unverdorrene und un-
vergiftete Luft einatmet.“

200 000 Bergarbeiter

werden, wenn diese Zellen den Leser erreichen, im Ruhrrevier an-
ständig sein. Ein wahrer Weltkrieg der Arbeit gegen das Kapital!
Wie tief hinein in die bürgerlichen Kreise regt sich der Unmut über
die Schreckensherrschafft des Kohlenyndikats, das das ganze Unter-
nehmertum in diktatorische Zentralgewalt organisiert hat, das selbst
nur als Organisation redet, das aber die Organisationen der Arbeiter
nicht anerkennt und nur mit dem einzelnen Arbeiter über Arbeits-
bedingungen verhandeln will — dieses Unternehmertums, das die
Einredung der Seilfahrt in die Schichtzeit ablehnt, weil man als-
dann neue Arbeitermassen heranziehen müsse, die ungelern seien
und die Betriebssicherheit gefährden; im gleichen Atemzug aber zieht
diese Gesellschaft polnische Streikbrecher heran, die nie ein Vergewalt
gesehen haben. Man sieht in der bürgerlichen Welt, daß das Treiben
des Syndikats den Kapitalismus selbst in der Wurzel kompromittiert
und darum wendet man den vom Kohlenyndikat gepöbelten und
verhöhten Proletariern einige Sympathien zu.

So findet man in bürgerlichen Blättern einen Stimmungsbericht
über die Proklamierung des Generalstreiks, in dem es heißt: „Am
Montag abend sammelten sich die Arbeitervertreter in Ruhe und
Ordnung im großen Saale der Essener Tonhalle; alle waren von
dem Ernst der Lage erfüllt. Aus ihren Gesprächen ging hervor, daß
sie eine völlige Abweisung für unmöglich hielten, und daß sie ein
kleines Entgegenkommen der Besenbesitzer erforderten, um den
großen Ausstand zu begradigen. Die eine Woche des Aus-
standes hatte viele schon gemahigt; nur etwas menschlicher
wollten sie gestellt sein. Sie hatten eingesehen, daß nicht alle
Forderungen bewilligt werden konnten, und deswegen waren sie zu
einem mageren Vergleiche bereit. Und nun die herbe Ablehnung in
allen Punkten! Durch die Menge ging ein Jittern, und stundenlang
waren die Arbeiter wie gelähmt, mit weit aufgerissenen Augen starrten
sie ihre Führer an, und als Efferts mit schmerzlicher Stimme
erklärte: „Das ist zu viel!“ da gellte nur der Schrei eines Ber-
zweifelter durch den Saal. Allmählich löste sich die Bellem...“
und nun kam der Lärm der Entrüstung. „Gott! hörl pl...“ so
erscholl es aus dem Munde der verzerrten Gesichter.“

Am Dienstag abend meldet uns ein Privattelegramm, daß 180
Tausend vom Ausstand betroffen seien, die Zahl der Streikenden sich
200 000 näherte. Das Bochumer Revier sowie Recklinghausen liegt
fast vollständig still. Der Verband ist heute fast auf Null ge-
sunken.

Die Ruhe ist wie bisher überall mustergültig.
Auch eine aus Unternehmertreuen inspirierte russische Meldung
spricht bereits von 154 300 Streikenden auf 200 Tausend.

Die Verhandlungen der Regierung mit den Arbeitern.
Aus Dortmund telegraphiert unser Z-Korrespondent am
Dienstag abend:

Die Verhandlung zwischen den Vertretern der Regierung
und der Kommission der Bergarbeiter dauerte von 4 bis 8 Uhr.
Anwesend waren Oberberghauptmann v. Welfen, Verghaupt-
mann Baur und noch drei Kommissare. Die Kommission der
Bergarbeiter war vollzählig. Die Forderungen wurden Punkt
für Punkt durchgesprochen und von den Vertretern der Berg-
arbeiter ausführlich begründet.

Die Regierungsvertreter verlangten Beweise für die ein-
zelnen Behauptungen der Bergarbeiter. Man kann das der
Regierung auch nicht verdenken, da man von ihr nicht ver-
langern kann, daß sie sich über die seit Jahren erhobenen
Beschwerden einer Viertelmillion Bergarbeiter unterrichtet
hätte.

Zu mehr als einer Information kam es nicht. Außer
dem Oberberghauptmann sprach keiner der Kommissare auch
nur ein Wort. Soweit der Oberberghauptmann Meinungen

zum Ausdruck brachte, bestanden sie lediglich in allerlei Be-
denken gegen die Forderungen der Arbeiter.

Mittwoch wollen die Kommissare mit den Unternehmern
verhandeln und am Donnerstag will der Oberberghauptmann
versuchen, die von den Unternehmern bisher so schroff ab-
gelehnte gemeinsame Verhandlung mit beiden Parteien herbei-
zuführen.

Der Oberberghauptmann meinte: „Hoffentlich werden die
Unternehmer zu gemeinsamer Verhandlung bereit sein.“

Der Streik im Dreiklassen-Parlament.

Der gewaltig über die Welt hinbrausende Volkssturm, der
den Ausstand von 200 000 Bergarbeitern verkündete, hat nun
auch ein mattes Echo im preussischen Abgeordnetenhaus ge-
funden. Am Montag wurde über „Thema“ noch nicht ge-
sprochen, am Dienstag füllte der Streik bereits die ganze
Sitzung aus. Aber es wurde nicht nur gesprochen, sondern
es wurde auch endlich die Maste gestiftet. Während der
Handelsminister Möller bis jetzt den Anschein der Un-
parteilichkeit zu erwecken sich bemühte, hat er nunmehr sich
ausgezoogen und sich als uneingeschränkter Agent des Unter-
nehmertums bekant.

Nachdem der Führer der christlichen Bergarbeiter, Ab-
geordneter Prust (Z.) in ruhiger und sachlicher Weise die
Forderungen der Bergarbeiter als berechtigt hingestellt und
den Grubenbaronen ihr Sündenregister vorgehalten hatte, er-
hob sich Minister Möller zu einer längeren Rede. Er
warnte zwar davor, schon jetzt, bevor die Untersuchung ab-
geschlossen sei, ein Urteil zu fällen, aber trotzdem warf er den
Bergarbeitern Kontraktbruch vor, sprach er davon, daß die
Arbeiter durch ihr Verhalten eine Verständigung erschwert
hätten und verstieg sich sogar zu der Behauptung, daß so
wenig Sinn für Gerechtigkeit in der deutschen Arbeiterklasse
vorhanden sei. Gleichzeitig bemühte er sich, die Arbeitgeber als
unschuldige Kinder darzustellen. Daß sein Wunsch, die
Arbeiter möchten bedingungslos die Arbeit wieder aufnehmen,
bis die seit 15 Jahren fällige, jetzt pflächtig unternommene
„Untersuchung“ abgeschlossen sei, in Erfüllung geht, daran
wagt der Minister wohl selbst nicht zu glauben.

Nach Herrn Möller sprach auch der Polizeiminister einige
Worte. Der Mann vertrat die Sozialpolitik des Polizeijahels
und des Gummischlauchs. Er redete Infanterie, Kavallerie,
Artillerie. Er schob gewissermaßen, wie sein Vorgänger, der
jetzige Oberpräsident des Ruhrreviers, im Geiste bereits nach
den Weinen der Ausständigen. Herr v. Hammerstein
glaubt, daß er mit der „ordinären“ Polizei — ein treffliches
Wort, das hoffentlich für den Minister, der ja nicht wie die
Abgeordneten immun ist, keine Anklage wegen Beleidigung
der Polizei zur Folge haben wird — auskommen und nicht
genötigt sein wird, die Hilfe des Militärs in Anspruch zu
nehmen. Nicht etwa, um Vorkriegsregeln zu vermeiden, sondern
um der Polizei nicht den Vorwurf zuzuziehen, daß sie der
Bewegung nicht Herr werden könne! Jedenfalls ist der
Minister bereit, die Arbeitswilligen mit Hilfe seiner Gendarmen
zu schützen. Das nennt man in Preußen Objektivität der
Behörden.

Von den Rednern, die aus dem Hause das Wort ergriffen,
erging sich namentlich der nationalliberale Abgeordnete
Hirsch, der ehemalige Sekretär des Zentralverbandes
deutscher Industrieller, augenblicklich Handelskammer-Syndikus
in Essen und Schwiegerohn des Scharfmachers Bueck, in
maßlosen Beschimpfungen der unglücklichen Bergarbeiter.
Herr Hirsch kennt von der ganzen Bewegung nur eine
systematisch betriebene „gewissenlose und verbrecherische Ver-
gebung von offenen und vertapten Sozialdemokraten“ — als
ob die verbrecherischen Streikheher vom Kohlenyndikat Sozial-
demokraten seien! Die Arbeiter streiken überhaupt nur aus
Uebermut.

Auf derselben Höhe standen die Ausführungen seines
Partei Freundes Schmiedling, der als Anwalt der Gruben-
barone austrat und mit einigen im voraus bestellten Tele-
grammen über angebliche Mißhandlung Arbeitswilliger durch
Streikende die Notwendigkeit polizeilichen Einschreitens demon-
strieren wollte. Blut soll nun einmal fließen — wenn das
langsamere Verbluten unter Tage im Dienste des Kapitals
unterbrochen ist, dann heißt man gegen die Empörer die
akute Blutenziehung mittels Pulver und Blei! Man ver-
langt, daß die Regierung sich in den Dienst der Gruben-
barone stellt und die Arbeiter durch den Säbel, der sticht, und
die Kante, die schleift, zur Arbeit zwingen soll.

Der Dritte im ehlen Bunde der Scharfmacher war der
konservative Abg. Binkler. Für ihn gilt ebenso wie für
den nationalliberalen Redner einzig und allein die brutale
Gewalt. Welche Kenntnisse er von der ganzen Sache hat,
geht aus der Aeußerung hervor, daß die Bewegung auf
sozialdemokratische Agitation zurückzuführen ist. Herr Binkler
ging noch einen Schritt weiter als seine Kollegen vom Scharf-
macher-Kleeblatt, er bemühte die Gelegenheit zu einem Vorstoß
gegen die Pressefreiheit, er verlangte, daß die Regierung an-
gehts der Tatsache, daß in sozialdemokratischen Blättern
geradezu die Revolution gepredigt werde, Wachsamkeit und
Entschlossenheit zugleich beweise.

Fast noch charakteristischer als das Auftreten der Clique
Hirsch, Schmiedling, Binkler war das Verhalten der Herren
vom Zentrum und von den freisinnigen Parteien. Abgesehen
vom dem Abg. Prust, der die Debatte eingeleitet hatte, und

dem Abg. Goldschmidt (fr. Sp.), der in mehr als schwächlicher Weise eine kurze Erwiderung herstellte, ergriff niemand von ihnen das Wort.

Wo bleibt die Hilfe?

Der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie hat sofort nach Proklamierung des allgemeinen Ausstandes den Aufruf zur Sammlung von Unterstützungsgeldern ergehen lassen.

Der Ertrag der sozialdemokratischen Sammlung kommt ohne Unterschied der Organisation allen Streikenden zugute, auch den Zentrumsarbeitern und Hirsch-Dunderschen.

Nun verhalten sich die christlichen Arbeiter zum Zentrum, die Hirsch-Dunderschen zum Freisinn, wie die freien Gewerkschaften zur Sozialdemokratie.

Es ist also auch Pflicht des Zentrums und des Freisinn, die Ihnen angegliederten Organisationen zu unterstützen.

Wenn es denn wahr ist, und nicht elendeste Heuchelei, daß sie es Ernst meinen mit der Arbeiter-Organisation, so müßten Zentrum und Freisinn unverzüglich sich unserer Sammlung anschließen.

Hier ist die Probe aufs Exempel. Hier handelt es sich um eine für alle Folgezeiten entscheidende Stellungnahme. Der Beweis der Arbeiterfreundschaft ist jetzt zu erbringen!

Wird Zentrum und Freisinn es wirklich der Sozialdemokratie allein überlassen, die christlichen Arbeiter und die Hirsch-Dunderschen zu unterstützen?

Bisher sehen wir nichts von Sammlungsausrufen in der Zentrumspresse und in freisinnigen Organen!

Die „Germania“, die bisher hilflos geschwankt und Versuche gemacht hat, scharfmacherisch von sozialdemokratischer Verheerung zu reden, entschließt sich freilich neuerdings zu sehr derben Worten gegen das Kohlenyndikat, dessen Verhalten es „geradezu als eine Aufreizung der Arbeiter zu Gewalttätigkeiten, somit als Verstoß gegen den § 130 des Strafgesetzbuches bezeichnet“. Aber das sind Worte! Wo bleiben die Taten?

Und die freisinnigen Blätter entschließen sich nicht einmal zu kräftigeren Worten!

Die Situation ist verhängnisvoll namentlich für das Zentrum. Diesmal muß es Farbe bekennen. Im Ruhrrevier kämpfen christliche und sozialdemokratische Arbeiter Schulter an Schulter — werden die christlichen Arbeiter werklätige Unterstützung wirklich nur bei der Sozialdemokratie finden?

Das Kohlenyndikat als Agent provocateur.

Aus Essen wird uns geschrieben:

Für unglaublich hielt man die von bürgerlicher Seite verbreitete Meldung, Vergat Engel habe erklärt, der Streik solle niedergeschlagen werden und wenn er hunderte Millionen Mark kosten sollte. Nicht Herr Engel, einer seiner Beamten ließ ein Dementi aufflattern, es fand gläubige Aufnahme. Wäre die Antwort des bergbaulichen Vereins schon bekannt gewesen, die Ableugnung hätte wohl kritischer Würdigung erfahren. Jedenfalls konnte jene Behauptung nicht aufrechterhalten werden, als die offizielle Antwort des bergbaulichen Vereins. Das Antwortschreiben, die Art der Behandlung der Arbeitervertreter, mutete an, als habe man nach beleidigenden, verlebenden und hegenden Formen förmlich gesucht. Wie die Arbeitervertreter behandelt worden sind, das schilderte der Obmann des Ausschusses, Efferts, Vorsitzender des christlichen Gewerksvereins, also: Auf eine Anfrage am Montag früh wurde ihm vom Vergat Engel die Antwort, es sei ein Einschreibebrief mit der Antwort an ihn um 9 Uhr abgegangen. Mittags 1 Uhr erklärte man auf dem Postamt in Altenesson, der Brief sei noch nicht eingetroffen. Gegen 2 Uhr sei er wieder dort gewesen; schließlich habe man ihm gesagt, der Brief sei da. Aber nun wurde dieser nicht verabsichtigt. Obwohl er (Efferts) an demselben Morgen noch einen anderen Einschreibebrief in Empfang genommen, obwohl er verschiedene Legitimationspapiere vorwies, dem Beamten die Situation erläuterte, ihm mitteilte, daß die Konferenz stundenlang auf den Eingang des Briefes warten müsse, wurde erst nach Ausweis durch den Beamten bekannte Personen verlangt. Der Ausweis durch einen Postboten habe auch noch nicht genügt, es hätten erst müssen zwei sein. Hierdurch sei wiederum eine Stunde Verzögerung eingetreten. Die Presse konnte die Antwort viel früher mitteilen, als diese in Händen des Ausschusses war.

Köster vom Gewerksverein bezeichnete die Art und Weise, wie die Verbände behandelt worden sind, als skandalös. — Nachdem Efferts den Wortlaut der Antwort mitgeteilt hatte, bemerkte er: Ich habe dazu weiter nichts zu sagen als: Die Unternehmer haben uns den Kampf ausgenüßigt, gut, sie sollen ihn haben! Anhaltender stürmischer Beifall.

Köster erklärte, die letzten Bemerkungen Efferts deuten sich mit dem Beschluß des Ausschusses. In beraten sei da weiter nichts! In der beschlossenen Resolution sei niedergelegt, daß bei ablehnender Antwort der Generalstreik als proklamiert gelte. — Bravo! Zustimmung! — Eine Diskussion sei wohl nicht erforderlich? — Rufe: Nein! Nein! Weiter gab Köster dann noch Verhaltensmaßregeln: Der Alkohol müsse strengstens gemieden, für größte Ruhe gelogt werden. Um die Arbeitswilligen solle man sich nicht kümmern. Wer arbeiten wolle, den solle man ruhig gehen lassen, die Streikenden müßten sich, soweit sie nicht als Ordnungsmannschaften hungerierten, strengstens aus der Umgebung der Zechen fern halten. — Zustimmung! — In den Streikversammlungen dürfe irgend welche parteipolitische Agitation nicht gebuldet werden. Für die Streikenden gelten nur die vom Ausschuss herausgegebenen Bekanntmachungen, alle anderen Publikationen müßten ignoriert werden.

Sachse schloß sich den Ausführungen an. Den Zählern sei vorgeworfen worden, sie seien ungenügend. Gewiß, sie hätten den Streik vermeiden wollen, nachdem aber der Volkswille entschieden habe, sei es ihre Pflicht, die Leitung in die Hand zu nehmen, in diesem Falle sei des Volkes Stimme Gottes Stimme! (Zustimmung.) Die Organisationen würden für Ruhe und Ordnung sorgen, zu diesem Zwecke schlage er vor, überall Ordnungskommissionen zu bilden, die sich den Behörden zur Verfügung stellen. (Zustimmung.) Die Unternehmer hätten den Kampf gewollt, nun heiße es sichhalten; feste drauf, bis der Sieg errungen sei! (Anhaltende lebhaft Zustimmung.)

Vergmann Hade-Stiepel verlas sodann (wie schon telegraphisch gestern berichtet) einen Artikel aus der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, nach welchem er zu einem Gutbesitzer gesagt haben sollte, der Generalstreik sei längst beschlossen. — Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ hatte daraus einen Beschluß des Parteivorstandes gemacht! — Hade legte dann eine amtlich bestätigte Erklärung des betreffenden Gutbesitzers vor, in welcher dieser mitteilte, es sei un wahr, daß ihm von Hade die obige Mitteilung gemacht worden sei.

Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Einigkeit der vier Verbände schloß dann Köster die Konferenz.

Die Nachricht von der Proklamierung des Generalstreiks wurde überall mit jubelndem Beifall begrüßt.

„Kontraktbruch“.

In der Antwort des bergbaulichen Vereins wird bemerkt, ein Eingehen auf die Wünsche der Arbeiter sei die Sanktionierung des Kontraktbruchs. Wie zartfühlend!

Hätten die Unternehmer stets einen so großen Respekt bekundet in Bezug auf Vertragstreue, die Unzufriedenheit hätte bei den Bergarbeitern gar nicht den jetzigen Grad erreicht. Für sich selbst haben die Unternehmer längst den Kontraktbruch sanktioniert. Die feierliche Festsage in dem Berliner Protokoll hat man schon mühsam mißachtet, die wiederholten feierlichen Erklärungen des bergbaulichen Vereins hinsichtlich der Lohnsteigerungen waren für die Kay-Tausendfach hat man Kontraktbruch begangen — durch Gebirge-Abzug. Fast nie hat man sich an die gesetzlichen Bestimmungen ge-

halten, wonach Lohn- oder Akkordreduktionen so früh bekannt gegeben werden müssen, daß den Arbeitern Gelegenheit gegeben ist, zu kündigen und vor Inkrafttreten der reduzierten Lohnes oder Akkordes abzuhören können. Gewöhnlich läßt man Lohn- oder Akkordreduktionen sofort in Kraft treten, ja, nicht selten werden solche mit rückwirkender Kraft angeordnet. Das ist jedesmal Kontraktbruch! Wer sich solchem Kontraktbruch nicht fügte, flog hinaus, oder wurde strafverlegt. — Und nun bekundet man heilige Ehen vor dem Arbeitsvertrage! Ist das Hohn oder Heuchelei?

Kontraktbruch brachte den Stein ins Rollen! Kontraktbruch seitens der Verwaltung der Zeche „Bruchstraße“ provozierte den Streik. Entgegen den gesetzlichen Bestimmungen ordnete man eine Schlichtungsverlängerung an und trieb damit die Leute in den Ausstand. Aber die Unternehmer entrißten sich über Kontraktbruch!

Die Forderung auf Lieferung von Deputatlohlen gründet sich auf einen historisch gewordenen Rechtsanspruch. Viele Bergbauverwaltungen halten den Bergarbeitern die Deputatlohlen vor, weil sie sie dadurch vom Streik abhalten wollten. Das ist — Kontraktbruch, — gegen den man eine so große Abföhrung bekundet.

König Stinnes.

Stinnes hat einem Trupp Arbeitswilliger die Anfahrt verweigert, weil die Betreffenden durch dreitägiges freiwilliges Feiern aus der Verlegung ausgeschlossen seien. Herr Stinnes will weiter Zechen töten. — Per eingeschriebenen, unfrankierten Brief hat Stinnes der Kommission von Zeche „Bruchstraße“ mitgeteilt, daß er Verhandlungen vor dem Einigungsamt ablehne.

Ruhestörung.

Von verschiedenen Zechenkolonien wird berichtet und geklagt, daß die bewaffneten Kolonienmänner morgens die ganze Kolonie abklappern, an jeder Tür herumrumpeln, die Leute aufwachen und auffordern zur Arbeit zu gehen. In einer Versammlung am Montag beschwerten sich Streikende, dadurch in der Ruhe gestört worden zu sein. — Die Leute wollten Augenzeugen erhalten wegen Ruhestörung! —

„Genukte“ Nachrichten.

Die Schwindelnachrichten der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ und die Polizeimaßnahmen in Dortmund erregen überall Unwillen. In verschiedenen Bezirken sprach unser Dortmunds Mitarbeiter mit Organen der Polizei- und Zivilverwaltung über das Vorgehen des Oberbürgermeisters von Dortmund und der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“. Die Haltung des Scharfmacherblattes bezeichnete man durchgängig als fribol, die Lügen Schmiedings als unverständlich.

Eine Streikbrecher-Organisation.

Man sollte es kaum für möglich halten — aber es ist Tatsache, eine „Arbeiterorganisation“ fordert auf zum Streikbruch. Der evangelische Arbeiterbund, die Bohum, fordert in einem in Tausenden von Exemplaren verbreiteten Flugblatt kategorisch zum Streikbruch auf. Aber in diesem Bund wird es nun wohl wieder so sein, wie es so oft war. Die Mitglieder sind nur zum Zahlen und Maulhalten da, alles andere macht der Vorstand, in dem kein Arbeiter zu finden ist. Es ist ein Skandal, wie der Name Arbeiter von Kapitalsjüdnern mißbraucht und geschändet wird.

Was sagt die Regierung?

Die vielen Versammlungen, die im Ruhrrevier in den letzten Wochen stattgefunden haben, förderten eine Unmenge Klagen über brutale Behandlung durch Betriebsführer, Steiger und andere Beamte zutage. Nicht gering ist der Anteil der Unzufriedenheit der aus der schlechten Behandlung erwachsen ist und was geschieht? Die Zivilbehörden — vielfach mit dem Bergbau stark verwandt, Schmieding-Dortmund zum Beispiel ist der Aufsichtsrat der Hapener Bergbau-Gesellschaft — übertragen diesen Beamten, die man vielfach als Reinger onstoft, Polizeigewalt! Jetzt sieht man die Leute, die sonst mit dem Worte die Arbeiter verachten und aufreizten, bewaffnet einherholzieren. Das müssen die Arbeiter doch als Hohn und Spott auffassen, denn schon oft mußten früher Beamte wegen Schieberei und anderer Gewalttätigkeiten bestraft werden.

Die bürgerliche Presse und die Zahl der Streikenden.

Solange man hoffen konnte durch Schwindeseien Arbeitswillige zu locken, blieb die bürgerliche Presse mit den Angaben über die Zahl der Streikenden weit hinter der Wirklichkeit zurück. Am Montag, wo bekannt war, daß an die Proklamierung des Generalstreiks nicht mehr zu zweifeln sei, änderte sich das Bild urplötzlich. Am Sonnabend wurde die Zahl der Streikenden auf 80 000 und weniger angegeben, am Montag früh sollten sogar noch mehr Arbeitswillige sich eingestellt haben, als bisher, und am Montagabend gab die bürgerliche Presse die Zahl der Streikenden auf 100 000 an! — Weiter ist auf einzelnen Zechen geschwindelt worden, indem man die Maschine laufen ließ und damit den Anschein erweckte, es werde gefördert. Auf solche Praktiken wird man nun wohl verzichten.

Begeisterte Stimmung.

Montagabend fanden in Dortmund, Essen, Castrop, Berne usw. große Versammlungen statt, in denen man sich mit großer Begeisterung zustimmend zu der Proklamierung des Generalstreiks erklärte. Ueberall regen sich die Frauen, die in prächtig verlaufenen Versammlungen die Männer anfeuern, im Kampfe auszuharren.

Der Aufruf des Bergarbeiterauschusses.

In dem den allgemeinen Ausstand verkündenden Aufruf der Kommission der vereinigten Arbeiterorganisationen heißt es unter anderem:

Wir sind nunmehr in einen schweren wirtschaftlichen Kampf um die Rechte der gesamten Bergarbeiterchaft eingetreten. Mit beispielloser Einigkeit fordern die Kameraden aller Verbände die Anerkennung der Arbeiterrechte! Nur Gerechtigkeit wollen wir, wir wollen keine Vorrechte, wir wollen nichts Unerfüllbares! Gerechtigkeit, nur Gerechtigkeit, heißt unsere Parole. Um der Gerechtigkeit willen kämpfen wir.

Kameraden, nun der organisierte Kampf von den Organisationen geführt wird, heißt es strenge Disziplin halten, jede, auch die geringste Ausschreitung zu verhindern! Betätigt keine Arbeitswilligen, haltet streng die öffentliche Ordnung aufrecht, keinerlei Ansammlung vor den Zechen und auf den Straßen! Meidet strenge den Alkohol, denn er ist unser schlimmster Feind! Bildet selbst eure Polizei, sorgt überall für Ordnungsmannschaften zur Unterstützung der Behörden. Je ruhiger wir den uns aufzunehmenden Kampf führen, desto mehr sympathisiert die Öffentlichkeit mit uns. Je entschlossener und einiger wir handeln, desto größer ist unser Erfolg. Die Zechenpresse ruft nach Militär, zeigen wir durch musterhafte Ordnung, daß die Ruhrbergleute gestützte Staatsbürger sind, die aber gewillt sind, einmütig und geschlossen den Kampf um ihre Verbesserung durchzuführen. Kameraden, unsere Parole lautet darum: Unbedingte Einigkeit und entschlossene Ruhe!

Kameraden, von nun an heißt es für jeden, sich an die Anordnungen der unterzeichneten Kommission zu halten. Nur das ist maßgebend für die Delegierten, was die unterzeichnete Kommission bekannt gibt. Redet Euch nicht an andere, hört nur auf die Beschlässe der Verbandsvertreter, keine andere Seite hat das Recht, sich in unsere Sache zu mischen. Unser Kampf ist eine rein bergmännische Angelegenheit, und wir weisen die Einmischung irgendwelcher anderer Faktoren in diesem Bergarbeiterkampf entschieden zurück. Was zu beschließen und anzuordnen ist, wissen wir selbst, wir brauchen keine Nebenregierung. Unser Kampf muß nur vom rein gewerkschaftlichen Gesichtspunkte geführt werden, um so besser für uns!

„Anarchisten“.

Scharig, traurig meldet ein Telegraphenbureau: Gelsenkirchen, 17. Januar. Mit dem D-Zuge, der um 11 Uhr 35 Min. Gelsenkirchen passierte, kamen zwei Anarchisten an, die aber bereits von Dortmund aus durch zwei Kriminalbeamte verfolgt wurden. Auf dem Bahnhofe in Gelsenkirchen wurden sie durch den

Bürgermeister Antonie als Chef der Polizei und den Polizeiinspektor Kochmann in Empfang genommen, während sich in der Bahnhofshalle unauffällig vier bis fünf Kriminalbeamte plaziert hatten. Man wurden die beiden Anarchisten in den bereitgestellten Wagen gebracht und nach dem Polizeibureau gefahren. Das Ganze spielte sich so unauffällig ab, daß kaum jemand hiervon etwas erfuhr.

Danach hätte sich die Polizei also höchst anarchistisch benommen, wenn sie ohne jedes Recht Reisende, die nichts Strafbares begangen, verhaftet hätte. Oder handelt es sich nur um ein Mißverständnis des Reporters? Gehörten die „Anarchisten“ am Ende zur Polizei?

Wenn man die wirklichen Anarchisten verhaften wollte, so säßen die Herren Medorf, Stinnes, Thyssen längst hinter Schloß und Riegel.

Preise für Schrecknachrichten

scheint das Syndikat ausgelegt zu haben. Auch Schweinburg betwirbt sich um die Preise mit folgenden Probeleistungen:

Aus dem Streikgebiet werden uns telegraphisch aus Essen weitere Mißhandlungen von Arbeitswilligen gemeldet, so aus Hoerde, wo gestern morgen mehrere Mißhandlungen Arbeitswilliger erfolgt sind, so daß die Arbeitswilligen in Furcht sind, weil die Zugangswege von fremden Streikposten belagert sind und polizeilicher Schutz vollständig versagt; ferner aus Unna-Königsborn, wo gestern morgen zwei Vergleute aus dem Wege zur Schicht in Dommern durch Ausständige überfallen worden sind. Einer davon ist in ärztlicher Behandlung. Die Namen der Täter sind noch nicht ermittelt. Weiter wird aus Holzwickede gemeldet, daß die Wege von Streikposten belagert sind, die jeden notieren, der zur Zeche geht. Aus diesem Grunde sind 15 Mann wieder nach Hause gegangen. Viele haben erklärt, daß sie arbeiten würden, wenn die Streikposten entfernt würden, es sind auch sieben Mann nachträglich noch angefahren.

Die Mißhandlungen bestehen offenbar lediglich in der Grausamkeit, mit der die Streikenden dem Kapitalsdienst entlaufen sind.

Solidaritäts-Rundgebungen.

Am Sonntagabend fand im Bräufelder Volkshaus ein großer Kommerz statt, an welchem circa 4000 Personen teilnahmen. Nach kurzer Begrüßung durch Vanderbelde nimmt Genosse Bebel das Wort. Er bringt die Sympathien, welche die Sozialdemokratie aller Länder, vor allem auch die Deutschlands, für das belgische Proletariat hat, zum Ausdruck. Nachdem er seine Freude über die in Frankreich vollzogene Einigung ausgesprochen, kommt er auf die beginnenden Kämpfe im Ruhrgebiet zu sprechen. In wenigen Tagen würden voraussichtlich gegen 200 000 Vergleute im Ausstand sich befinden. Genosse Bebel rechnet auf die internationale Solidarität; er spricht die Hoffnung aus, daß das Proletariat aller Länder die deutschen Vergleute in ihrem gewaltigen Kampfe unterstützen werde, so daß es den internationalorganisierten Kohlemagnaten nicht gelingen werde, Streikbrecher im Auslande anzuwerben oder den Kohlenbedarf in anderen Ländern zu decken.

Die von Vanderbelde übersehte Rede wird mit ungeheurem Beifall aufgenommen.

Glad auf! zum aufgezwungenen Kampfe den deutschen Verg-

arbeitern! Unserer internationalen Brüderlichen Solidarität werden wir auch tatkräftigen Ausdruck verleihen. Partei-Exekutive der schweizerischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Anton Remoc, Vorsitzender.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. Januar.

Der deutsch-englische Konflikt.

Aus Kiel meldet uns ein Privattelegramm: Die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ veröffentlicht Tatsachen, die die Mitteilungen des Abgeordneten Paasche von der äuzersten Spannung zwischen England und Deutschland, die kürzlich bestanden hat, bestätigen. Der Gewährsmann unseres Kieler Parteiblattes ist absolut zuverlässig und hat schon wiederholt unserm Parteiblatt über internste Marine-Angelegenheiten Mitteilungen gemacht, die in jedem einzelnen Falle sich als zuverlässig erwiesen haben. Danach ist für die Flotte nicht die Mobilisierung, wohl aber die Kriegsbereitschaft angeordnet gewesen. Auf Urlaub befindliche Offiziere waren zu dem kritischen Zeitpunkte zurückgerufen worden. Die Munitionsvorräte sind vervollständigt worden und die Reparaturen der in den Werften befindlichen Schiffe ungemein beschleunigt.

Gerüchtwiese verlautet, ein Angriff der Flotte sei besonders bei dem Vorfalle an der Doggerbank geplant gewesen, aber auch dann sei ein solcher in Aussicht genommen worden für den Fall, daß die englische Flotte sich Uebergriffe gegen Ausland erlauben sollte.

Soweit unser Telegramm. Unser Kieler Parteiblatt bringt außerdem noch weitere Mitteilungen, die darauf hindeuten, daß die Kriegsbereitschaft noch jetzt aufrecht erhalten sei.

Wir verzeichnen diese Mitteilungen, weil allerdings die Affäre Paasche — es wurde kürzlich von dem Blatte, das die Rede gebracht, ausdrücklich die Authentizität des Vortrages verbürgt — durchaus nicht geklärt ist. Selbst wo Paasche qualmt, muß irgend ein Feuer brennen. —

Der Reichstag

erledigte heute in einer temperamentlosen Sitzung die zweite Lesung des Etats des Reichschatzamtes. Bei dieser Gelegenheit brachte der freisinnige Abgeordnete Dr. Hermes wie immer die Klagen der Großhändler in Süßstoffen zum Vortrag, die bei dem zugunsten der Zuckerindustriellen erlassenen Süßstoffgesetz in der Entschädigung zu kurz gefahren sind. Die Expropriation ohne Entschädigung, dieses Schreckbild des Zukunftsstaates, wird also unter Umständen schon von der bürgerlichen Gesellschaft gehandhabt. Weiter wurden Wünsche über die Ausprägung von Münzen geäußert.

Wichtiger als diese Dinge war die Erörterung einer Zentrumresolution, die für die unteren Beamten eine Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses forderte unter besonderer Berücksichtigung der Beamten, die mit Familienangehörigen einen Haushalt führen. Der Schatzsekretär erklärte sich bereit, dieser Resolution, die schließlich auch angenommen wurde, am 1. April 1906 insofern Genüge zu tun, als wenigstens die Aufbesserung der Wohnungsgeldzuschüsse für die Unterbeamten dabei in Frage kommt. Von unserer Seite billigte Genosse Singer den Grundgedanken der Resolution, tadelte aber ihre unbestimmte Fassung, die, wenn sie Gesetz werde, aufs neue der Willkür, der Streberei und der Liebedienerei Tür und Tor öffne.

Genosse Singer hatte Veranlassung, die bösen Folgen lax und lauschulartig gefaßter Gesetzesbestimmungen an einer Materie nachzuweisen, die ebenfalls beim Etat des Reichschatzamtes zur Verhandlung gelangte. Im Geheiß über die Beihilfen für Kriegsveteranen ist von der „Würdigkeit“ der Empfänger die Rede. Wie unsere Fraktion vorausgesetzt hat, ist diese Bestimmung gründlich mißbraucht worden.

Von unserer Seite führten die Genossen Singer und Grünberg, von freisinniger Seite die Abgg. Dr. Müller-

Sagan und Goheln eine Reihe Fälle an, die von diesem Mißbrauch schreiendes Zeugnis ablegten. Selbst auf der rechten Seite des Hauses nahm der alte Herr v. Richtigofen, ein durch etwas Humanismus gemilderter Junker, gegen diesen Mißbrauch Stellung; dagegen benutzte Dr. Arendt die Gelegenheit zu einer Rede gegen die Sozialdemokratie. Singer und Goheln gaben ihm die gebührende Antwort; auch Dr. Müller-Sagan fand gegen den scharfmacherischen Silberapostel scharfe Worte, wie sie seit langem nicht aus der freisinnigen Volkspartei — nach rechts gefallen sind.

Am Mittwoch wird der Reichsanteil am Budget, d. h. der Etat der Verwaltung der Reichseisenbahnen den Reichstag beschäftigen.

Die Verhöhnung des allgemeinen Wahlrechtes.

Die Regierung schlägt jetzt eine neue Taktik ein, um die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Man ist zu der Erkenntnis gekommen, daß die rednerischen Triumphe des Reichstages gegenüber der Sozialdemokratie lediglich papierene Siege sind, die im Preßbureau des Auswärtigen Amtes und in der von ihm gespeisten bürgerlichen Presse organisiert werden. Den Triumpfräuschen folgt allemal ein Regenjammer, und selbst die Verbreitung der Wälwörter im Lande hat nichts gefördert, wie die Vermehrung der Radikalur.

Die Regierung ist jetzt nach solchen Mißerfolgen auf den Ausweg verfallen, das gleiche, allgemeine, direkte und geheime Wahlrecht aus eigener Machtvollkommenheit dadurch aufzuheben, daß sie dem Reichstag überhaupt nicht mehr Rede steht, sondern die Aktionen oder wenigstens die Einleitung der Aktionen in den preussischen Landtag verlegt.

Wir haben schon früher darauf hingewiesen, daß höchst auffälligerweise in seiner preussischen Etatsrede der Finanzminister v. Rheinbaben sich über die Handelspolitik ausließ, bevor auch nur der Reichstag sich mit der Frage wieder beschäftigte. Noch mehr! Die Konservativen hatten eine Interpellation im Reichstag beschlossen, in der über die Kündigung der Handelsverträge die Regierung befragt werden sollte. Die Konservativen verzichteten aber darauf, die Anfrage sofort einzubringen und auf die Tagesordnung setzen zu lassen, weil inzwischen der Graf Bälou im preussischen Landtag über diese Reichsfrage Rede und Antwort stand. Man hat also in diesem Falle eine unzweifelhafte Reichsangelegenheit künstlich vor den preussischen Landtag gebracht. In diesem Falle spielten die Konservativen freiwillig und absichtlich als eine Art politische Rückkompagnie mit, um ihre eigene Interpellation in den Landtag zu verschleppen.

Dagegen wurde die sozialdemokratische Interpellation über den Vergarbeiterstreik wider den Willen ihrer Urheber abermals aus dem Reichstage in das preussische Abgeordnetenhaus geschmuggelt. Der Graf Posadowski, sofern er das sozialpolitische Gewissen des offiziellen Deutschen Reiches vertritt, muß sich sehr unbehaglich gefühlt haben, als er die ausweichende Antwort gab, die Regierung könne die Interpellation nicht sofort beantworten, weil der Handelsminister Müller im preussischen Landtage zu tun habe; denn zur selben Zeit verbreitete sich Herr Müller, ohne durch eine Interpellation genötigt zu sein und obwohl der Vergarbeiterstreik im eminentesten Sinne rechtlich und politisch das ganze Deutsche Reich angeht, ausführlich über den Konflikt im Ruhrgebiet. Sogar Graf Bälou war erschienen, um einige Sprüche der Weisheit über die Angelegenheit dem hohen Hause des Dreiklassen-Wahlrechtes zu unterbreiten.

Das gleiche Schauspiel wiederholte sich bei der Beratung des Königsberger Prozesses. Der verantwortliche preussische Justizminister und Bevollmächtigte des Bundesrats, Schönstedt, blieb dem Reichstage fern, obwohl es sich um elementare Fragen des Reichs-Strafgesetzbuches und der Reichspolitik handelte.

Alle Einwände, daß sowohl Königsberg wie der Vergarbeiterstreik von Rechts wegen dem preussischen Abgeordnetenhaus unterliegen, werden dadurch widerlegt, daß eben Graf Bälou auch über die Handelsvertrags-Politik im preussischen Abgeordnetenhaus sich verantwortete, obwohl er selbst der Meinung ist, daß gerade diese Frage durchaus dem Reichstage vorbehalten sein muß.

Es war am 2. Juni 1902, als das Abgeordnetenhaus einen Antrag betraf, in der die Regierung ersucht wurde, im Bundesrate dafür einzutreten, daß den von der Mehrheit der Reichstags-Justiz-Kommission ausgesprochenen Wünschen auf Verstärkung des landwirtschaftlichen Zollschutzes über die Zolltarifvorlage hinaus entsprochen werde. Obwohl nun damals im Gegensatz zur heutigen Situation es sich um eine von Preußen ausgehende Instruktion für den Bundesrat handelte und ein besonderer Antrag vorlag, erklärte damals der Ministerpräsident Reichskanzler Graf Bälou:

„Zu den vorliegenden Anträgen der Abgeordneten Graf zu Limburg-Sturum und Genossen und der Abgeordneten Freiherr v. Hedlich und Neulich und Genossen habe ich namens der königlichen Staatsregierung folgende Erklärung abzugeben: Die königliche Staatsregierung lehnt es ab, an der Beratung dieser Anträge sich zu beteiligen. (Bravo! links.) Der dem Reichstage vorliegende Entwurf eines Zolltarifgesetzes bildet einen nach langen und mühsamen Verhandlungen unter den verbündeten Regierungen zustande gekommenen Kompromiß. Nach der Reichsverfassung und insbesondere nachdem der Entwurf eines Zolltarifgesetzes nebst Zolltarif im Auftrage Seiner Majestät des Kaisers nach erfolgter Zustimmung des Bundesrates dem Reichstage zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme vorgelegt ist und zur Zeit den Gegenstand der Beratungen der zu diesem Zwecke gewählten Zolltarifkommission bildet, gehört diese Materie zur ausschließlichen Kompetenz des Reichstages. (Sehr richtig! links.) Die gleichzeitige Beratung dieses Gegenstandes in einzelstaatlichen Landtagen und namentlich in demjenigen des größten Bundesstaates (Sehr richtig! links), kann nur den Zweck verfolgen, von den parlamentarischen Körperschaften der Einzelstaaten aus eine Beeinflussung auf die Beschlußfassung des Reichstages auszuüben. (Sehr richtig! links.) Eine solche Tendenz würde dem Geiste der Reichsverfassung nicht entsprechen. (Sehr richtig! links.) Wie der Bundesrat sich bisher von Beratungen über solche Gegenstände im Reichstage fern gehalten hat, welche durch die Reichsverfassung dem Reichstage nicht zugewiesen sind, ebenso muß die königliche Staatsregierung ihrerseits es sich versagen, ihren übrigen an zuständiger Stelle bereits wiederholt und unzweideutig dargelegten Standpunkt in der hier zur Diskussion stehenden und zur Kompetenz des Reiches gehörenden Vorfrage in diesem hohen Hause des näheren zu entwickeln. (Lebhaftes Bravo! links. Rufen und Lachen rechts. Große Heiterkeit links.)

Nach dieser sich den Junkern gegenüber maßig machenden Erklärung verließen Graf Bälou und die Seinigen effektiv das preussische Abgeordnetenhaus. Welche Wendung durch Gottes Fügung! Heute flüchtet derselbe Graf Bälou nach 2 1/2 Jahren in das preussische Abgeordnetenhaus und provoziert geradezu Erklärungen über die Handelspolitik des Reiches, ohne durch einen Antrag oder eine Interpellation des preussischen Abgeordnetenhauses dazu genötigt zu sein. Die Konservativen haben ihn inzwischen dreifert.

Alle diese Vorgänge können nicht anders erklärt werden, als daß der verhaßte Reichstag des allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrechtes systematisch verhöhnt werden soll. Als deutlichstes Zeichen der Mißachtung wird die verfassungswidrige

Methode gerade von der Regierung angewendet, daß — was Graf Bälou im Jahre 1902 für unzulässig erklärte — von der parlamentarischen Körperschaft des größten Einzelstaates aus eine Beeinflussung der Beschlußfassung des Reichstages ausgeübt wird, ja sogar mehr, daß man sich vom preussischen Landtag aus eine Entscheidung über die gesamte Politik des Reiches anmaßt. Es liegt in dieser neuen Methode, die der Graf Bälou anwendet, die Übertragung der Geschäfte des Reichskanzlers an den preussischen Ministerpräsidenten, eine Ausschaltung der einzigen Volksvertretung, die wir in Preußen haben, des Reichstages, eine moralische Aufhebung des allgemeinen Wahlrechtes, ein maßloser Staatsstreich.

Zu diesem Verhalten paßt ja denn auch, daß man es nicht einmal für der Mühe wert gehalten hat, für die ohne jede Not der Reichstags-Bewilligung entzogenen Ausgaben für Südwestafrrika auch nur nachträglich die Indemnität zu verlangen. Erst auf den Widerstand der Parteien hin hat man sich zu der lächerlichen Komödie verstanden, das Wort „Indemnität“ nachträglich in die Vorlage hineinzusetzen. Die Schuld freilich an dieser Auslieferung des Reiches an den preussischen Partikularismus tragen die Mehrheitsparteien, insbesondere das Zentrum, das es trotz seiner Machtstellung bisher nicht verstanden hat, dem Reichstag der Regierung gegenüber die Stellung des Parlaments zu behaupten, die eines auch nur vorkonstitutionellen Staates allein würdig ist.

Die Tat ist stumm!

Die Denkschrift über den Verlauf des Aufstandes in Südwestafrrika ist soeben dem Reichstage zugegangen. Sie ist ganze sechs Seiten lang! Und in diesen sechs Seiten steht nichts, was nicht längst bekannt gewesen wäre, sie stellt nichts dar, als eine knappe Uebersicht über den Verlauf der kriegerischen Ereignisse, wie sie ohne Mühe jede Zeitung nach den vorhandenen Depeschen zusammenstellen konnte. Eine solche Denkschrift hat überhaupt keinen Wert. Was man erwarten mußte, wären Aufschlüsse über die strategischen Maßnahmen, namentlich Trothas, gewesen, die ja selbst in kolonialfreundlichen Kreisen heftige Angriffe erfahren haben, auf welche Angriffe die Regierung nichts zu antworten wußte. Von alledem, was man erwarten mußte, ob und seit wann Gefangene gemacht wurden, wie man mit den Gefangenen verfuhr, seit wann eine Aenderung der Strategie Trothas eingetreten ist usw. usw., steht nicht eine Zeile in der mehr als dürftigen „Denkschrift“. Mit einem Wort, sie stellt nichts dar, als eine arafelige Notizen-sammlung. Wo sie über diesen Notizenkram hinausgeht, setzt sie sich in schärfster Gegenjah zur Wahrheit. So entschuldigend sie in unbegreiflicher Weise die famosen Nusarenritte des Majors Glasenapp. Die beispiellos leichtfertige Refognosierung Glasenapps, bei der er bei Dwikotozero am 13. März v. J. eine schwere Schlappe erlitt, bei der 26 Mann fielen und ein Maschinengewehr verloren ging, wird als hüzige Verfolgung der Hereros entschuldigt. Glasenapp habe einen stehenden Feind zur Fortsetzung seines eiligen Rückzuges anzutreiben versucht, er sei aber dabei auf die feindliche Hauptmacht getroffen. Das ist falsch. Es handelte sich um einen Refognosierungsrückzug, der mit bodenloser Leichtfertigkeit unternommen wurde. Während hier die Denkschrift wahrheitswidrig entschuldigt, gleitet sie über die zweite schwere Niederlage Glasenapps hurtig hinweg. Am 3. April wurde nämlich Glasenapp bei Dlaharni plötzlich im Dornengebüsch angegriffen, wobei er schwere Verluste erlitt. Ein solch plötzlicher Ueberfall war nur möglich dadurch, daß Glasenapp trotz des Denktzettels vom 13. März allem Anschein nach vollständig verabsäumt hatte, Vorhut und Flanken durch eine Postenkette zu schützen!

Ueber die kolossale Sterblichkeit der Pferde werden ganze fünf Zeilen gebracht. Es heißt einfach summarisch, daß sowohl die aus dem Inlande wie aus dem Auslande bezogenen Pferde nur zum kleineren Teil südwestafrikanisches Klima, Futter und Wasser hätten vertragen können. Jrgend welches Material über die Sterblichkeit der verschiedenen Pferdekategorien wird nicht gegeben. Sicherlich aus gutem Grund!

Die Denkschrift teilt schließlich mit, daß sich jetzt nach Abzug der Verwundeten und sonstigen Abgänge rund 10 400 Mann in Südwestafrrika befinden, darunter 700 Verwundete und Kranke, von denen 374 am Typhus darniederlagen, 2730 Mann befänden sich noch auf der Andreise oder gingen in nächster Zeit ab. Nach dem Eintreffen der letzten Transporte werde der Rest des Marine-Expeditionskorps mit rund 350 Mann zurückgezogen werden. Nach Abzug aller Verwundeten, Kranken und zum Rücktransport Bestimmten würde also die Kriegsstärke in Südwestafrrika 11 000 Mann betragen. Da in der Denkschrift erklärt wird, daß ein Teil der Hereros zu den Dwa mbos geflüchtet sei, ein anderer Teil durch die Postenkette hindurch entkommen sei und jetzt bandenweise in Hererolande umherziehe, so geht aus alledem hervor, daß die Kriegsdauer noch eine sehr erhebliche sein wird. Nach alledem ist sehr fraglich, ob dieses Kolonialabenteuer nicht noch mehr kostet, als 250 Millionen Mark.

Wer in Südwestafrrika verdient!

Die Budgetkommission des Reichstages begann am Dienstag die Spezialberatung des zweiten Nachtrages zum Haushalt für das südwestafrikanische Schutzgebiet auf das Rechnungsjahr 1904. Die Referenten fragten an, wie es sich mit den Lieferungen für die Schutztruppe verhalte; Abg. Baasche wies darauf hin, daß große Lieferungen an das Haus Toppelstich u. Co. gegeben worden und um wenigstens 25 Proz. teurer bezahlt worden seien, als sie bei öffentlichen Ausschreibungen zu stehen gekommen wären. Jedenfalls sei es zweckmäßiger gewesen, dem Kriegsministerium die Beforgung aller Lieferungen zu übertragen. Für Lieferungen seien nicht weniger als 42 Millionen Mark ausgegeben worden; da solle eine Ersparnis von 25 Proz. schon ins Gewicht. Abg. Erzberger plädierte für eine grundlegende Aenderung der Organisation der Kolonialabteilung. Die Lieferungen hätten sollen dem Kriegsministerium übertragen werden, das darauf eingerichtet sei. Zu erfragen seien auch etwaige Submissionsbedingungen in bezug auf Arbeiter-schuh und Sonntagsruhe und etwaige Bindungen für die Zukunft. Abg. Müller-Sagan riet davon ab, die Firma Toppelstich u. Co. allein zu behandeln, etwa deshalb, weil nach alte Beziehungen mit dem jetzigen preussischen Minister v. Bodbielsti beständen. Man müsse alle Lieferungsverträge, speziell auch diejenigen mit Fabrikanten vor Spirituosen, nachprüfen.

Kolonialdirektor Stübel: Das Personal des Oberkommandos für die Beforgung der Lieferungen ist im Laufe des Aufstandes durch das Kriegsministerium entsprechend jeweilig verstärkt worden. Man hat sehr sparsam gearbeitet. Mit der Firma Toppelstich u. Co. besteht seit längeren Jahren ein Lieferungsvertrag für Vorratungsgegenstände, die entweder in ihren eigenen Fabriken hergestellt oder von ihr als Kommissionäre verlegt werden. Die Preise im Vertrage sind alle von der Handelskammer begutachtet worden. Was die Lieferung von Spirituosen anlangt, so haben Ausschreibungen stattgefunden, Preise und Quantität sind nachgeprüft worden. Intendanturrat Dr. Müller legte die Grundzüge des Submissionsverfahrens dar; die Beschichtung werde durch die Auswärtige Behörde in Hamburg vorgenommen und sei sehr streng. Von

Spirituosen konnte eigentlich nur Rum in Betracht, Wein nur in kleinen Mengen zu Lazarettzwecken.

Abg. Dr. Arendt plädierte wiederholt um Reorganisation und Verfestigung der Kolonialabteilung und wollte die Handwerker bei den Lieferungen beteiligt wissen. Der Vertrag mit Toppelstich u. Co. sei bei einem großen Feldzuge nicht mehr am Platze gewesen. Die Handelskammer sei nicht zur Prüfung der Preise geeignet gewesen; da hätte man an die Innungen herangehen müssen. Langfristige Verträge, die die Regierung mit Lieferanten abschließt, könnten dem Budgetrecht des Reichstages Abbruch tun. Er beantragte die Ausschaffung der Schutztruppe auf das Kriegsministerium und das Reichs-Marineamt zu übertragen.

Abg. Erzberger wies darauf hin, daß der Süden Deutschlands an den Kolonien nichts verdiene und daher auch kein Interesse daran habe.

Abg. Müller-Sagan bestand auf der Rennung der Namen der Spirituosenlieferanten.

Kolonialdirektor Dr. Stübel wandte sich gegen den Antrag Arendts-Staubh-Baasche.

Abg. Spahn sprach sich gegen den Antrag Arendt aus, weil die Verhältnisse doch nicht überschüssig genug sind. Später könne man die Frage vielleicht erwägen.

Abg. Dr. Südekum betonte, daß die Sozialdemokratie kein Interesse an den „Kämpfen um die Lieferungen“ habe; wichtig sei nur, daß sparsam gewirtschaftet werde und vor allem die Arbeiter-schuhbestimmungen in den Lieferungsverträgen mehr berücksichtigt würden. Da sei aber in arger Weise bisher gefehlt. Gegen den Antrag Arendt müsse man sich schon deshalb aussprechen, weil er dazu führe, einen Teil der Kosten der Kolonialpolitik in anderen Etats zu verteilen.

Abg. Müller-Sagan fragte an, wer die Weinlieferung der Firma Morisch geprüft habe, da die Firma Mitglied der Handelskammer sei. Geh. Rat Lisko bemerkte dazu, daß es sich um die Lieferung von 120 000 Flaschen Wein handelte, zu der sieben Firmen aufgefördert wurden; 80 000 Flaschen seien an vier Firmen vergeben, die 40 000 anderen Flaschen wurden den beiden „Sachverständigen“ dann übertragen. Dabei waren die vorher bedachten Lieferanten dann ihrerseits — Sachverständige!

Abg. Graf Oriola sprach sich gegen den Antrag seines Parteifreundes Baasche und des Abg. Arendt aus; ebenso Abg. Prinz Ardenberg. Abg. Müller-Sagan tabelte das Verfahren, den Gutachter bei der Spirituosenlieferung ein Geschäft zuzumachen zu lassen.

Der Antrag Arendt wurde abgelehnt.

Die Erweiterung der Werften und die Konjunktur im Schiffbau.

Ein Privattelegramm aus Kiel meldet uns:

Gegenüber einem Dementi, daß die auch im „Vorwärts“ wieder-gegebene Meldung aus Wilhelmshaven über die bevorstehende Erweiterung der Werftbetriebe in der „Kölnischen Zeitung“ erfahren hat, können wir feststellen: Nachdem die russische Regierung mit dem vor zwei Jahren erlassenen Ulas des Zaren, daß Kriegsschiffe fortan nur auf russischen Werften gebaut werden sollen, die traurigsten Erfahrungen gemacht hat, ist, wie wir von Personen, die mit den russischen Marinekreisen in Verbindung stehen, erfahren haben, dieser Ulas zurückgezogen worden. Das neue russische Flottenprogramm soll vielmehr, besonders mit Rücksicht auf die guten Leistungen der auf deutschen Werften erbauten Kreuzer „Albatros“ und „Kowisi“, in erster Linie deutsche Werften berücksichtigen, in zweiter Linie kommen die italienischen, während dann erst die französischen in Frage kommen. Darum sind zurzeit auf den deutschen Werften, und vor allem bei der Germania werft in Kiel, die russischen Aufträge derart, daß die verhältnismäßig bedeutungslosen deutschen Aufträge absolut nicht mehr in Betracht kommen. So wird die Germania werft, die bisher schon von Rußland mit wesentlichen Aufträgen bedacht wurde, und deren neueste Bauleistungen Rußland besonders imponiert haben, so viel Aufträge erhalten, daß alle Hellinge besetzt werden. Die deutschen Marinebehörden haben daher, um bei Ausbau des eigenen Flottenprogramms und der Schiffe, die bei später noch aus dem Reichstage herauszuholen gedenken, nicht der Unerfüllung ausge-setzt zu sein, ihre Bauleist vollstän-dig geändert. Im Gegensatz zu der Meinung, daß man die Reichswerften auf Reparaturen beschränken wolle, wird nun an eine gewaltige Erweiterung dieser Betriebe gedacht. Soweit sich in Betracht kommt, werden in aller nächster Zeit die Verhandlungen mit der Howaldt werft zum Abschluß kommen, nach denen diese dem Reiche erhebliche Landkomplexe abläßt. Daß wieder der Reichstag um seine Bewilligung dieser Erweiterung der Betriebe befragt werden soll, nachdem diese Pläne bereits perfekt geworden, kann man nach den bisher in dieser Richtung gemachten Erfahrungen als sicher annehmen.

Königsberger Wettrennen. Für den, der die Vorgänge auf dem Gebiete der deutschen Russenpolitik einigermaßen im Gedächtnis behalten hat, wie sie sich in Jahresfrist abgespielt haben, ist es ein Schauspiel von unendlicher Komik, zu beobachten, wie sich jetzt die bürgerlichen Blätter darum reihen, die Aktion des preussischen Justizministers so scharf wie möglich zu verurteilen. So fallen die Berliner Blätter des Zentrums erbittert über das „Berliner Tageblatt“ her, weil es die Verdienste der Zentrums-Abgeordneten um die Brandmarkung des Königsberger Prozesses verschwiegen habe.

Wir feiern demnach den Jahrestag jener denkwürdigen Aktion im preussischen Abgeordnetenhaus, wo derselbe Herr Schönstedt, in dessen Beurteilung man sich jetzt nicht genug tun kann, von der gesamten bürgerlichen Presse mit ein oder zwei Ausnahmen als der Held gefeiert wurde, der die Sozialdemokratie zu Boden gestreckt habe. Damals wurde festgesetzt, eine wie furchtbare Niederlage den sozialdemokratischen Hochverrätern gegen Rußland von dem preussischen Minister zugefügt worden sei; damals jubelte man selbst der Schamorer- und Verschöwer-Rede des Grafen Bälou zu.

Zunächst hat Rußland in Königsberg den letzten Rest von moralischem und in der Mandatsur die militärische Ansehen verloren. Daher hält es die bürgerliche Presse jetzt für durchaus geboten, mit der Sozialdemokratie ein Wettrennen gegen Königsberg zu versuchen. Wir unsererseits lehnen dies Wettrennen ab. Die Herren kommen ein Jahr zu spät mit ihrer Einsicht in preussisches Justizfeld und russische Schande.

Wo das Zentrum herrscht! Im Racher Kohlengebiet, in Gardenberg, wurde dieser Tage vom Verband deutscher Bergarbeiter ein Rechtschaffenbureau eröffnet. Die Anhänger der Zentrums- und Sozialdemokratie haben sich alle erdenkliche Mühe gegeben, die Eröffnung zu hintertreiben. Mehr als ein Duzend Wohnungen waren für das Bureau gemietet worden. Jedem-mal, sobald es bekannt wurde, daß ein Hausbesitzer eine Wohnung hergegeben habe, setzte man diesem so lange zu, bis er hinging und die Wohnung wieder kündigte. Einige Hausbesitzer erklärten, daß sie gezwungen seien, so zu handeln, sonst würden sie bei der nächsten Weichte nicht abjolvieren. Es erwies sich als ganz unmöglich, eine Wohnung zu bekommen, und so war der Verband gezwungen, wenn er nicht auf die Er-zichtung des Bureaus verzichten wollte, ein Haus durch Kauf zu erwerben. Das ist denn auch geschehen. Auch sonst macht sich der Terrorismus der Partei, die durch ihre Devise die Worte: „Wahrheit, Freiheit und Recht“ beschimpft und beschmäht, im Racher Kohlengebiet allenthalben bemerkbar. Als kürzlich in Würseln eine vom alten Verband veranstaltete Arbeiter-Verammlung stattfinden sollte, erklärte ein berufenener Führer der dortigen Zentrums- und Sozialdemokratie: wenn der Wirt den Saal hergebe, sei man gezwungen, von der Kanzel herab „alle ordentlichen Leute“ vor dem Besuch des Lokals zu warnen. In Kirchgrath bot ein Geislicher dem Wirt den Erlös einer Tonne Bier, wenn er die dem Bergarbeiter-Verband gegebene Zusage zurückziehe. Wenn man erst den Terrorismus kennzeichnen wollte, den das Zentrum bei der vorigen Reichstagswahl im Racher Kohlengebiet geübt hat, würde man gar nicht zu Ende kommen.

Unter Ton im besten Red. Vor dem Kriegsgericht der 16. Division in Trier hatte sich ein Sanitätsfeldwebel wegen Achtungsbeleidigung zu verantworten. Der Soldat hatte gegen eine Anordnung des Unteroffiziers einen bescheidenen Einwand erhoben, worauf der Unteroffizier sagte: „Halten Sie die Schnauze und nehmen Sie die Beine zusammen!“ Das Gericht erwog, ob in dieser Ausdrucksweise nicht eine Beleidigung liege, die eine Kompensation für die gelindere Achtungsbeleidigung sei, so daß die letztere straffrei bleibe. In dem Urteil, das dem Soldaten fünf Tage Mittelarrest zubilligte, heißt es aber: Der unpassende Ausdruck: *Halten Sie die Schnauze!* sei beim Militär gang und gäbe und könne nicht als zuspitzend aufgefaßt werden. —

Husland. Dänemark.

Das Programm des neuen Kabinetts.

Kopenhagen, 17. Januar. Folkething. Bei Eröffnung der heutigen Sitzung sind die Tribünen überfüllt, auch der Kronprinze wohnt den Verhandlungen bei. Ministerpräsident Christensen erklärt, das Ministerium sei ein ausgeprägtes Ministerium der Linken. Es vertrete aber keine einseitigen Interessen und wünsche Zusammenarbeit mit allen, welche das Wohl des Volkes und des Landes wollen. Als die wichtigsten Punkte des Programms des Ministeriums nannte der Ministerpräsident die Durchführung des vorliegenden Regierungsentwurfs über das allgemeine Wahlrecht zur Gemeindevertretung, die Ordnung des Landesverteidigungswesens auf der Grundlage der Neutralität des Landes, die nach Ansicht des Ministerpräsidenten ohne wesentliche Änderungen im Militärbudget durchgeführt werden könne, und die Abänderung der Wahlkreisordnung bei den Wahlen zum Folkething, wozu eine Änderung der Verfassung erforderlich sei. —

Das neue Ministerium hat eine etwas andere Zusammensetzung erhalten, als man in den letzten Tagen erwarten konnte. Der fraktionsvorsitzende der Linken, Anders Nielsen, der offenbar bestimmt auf ein Portefeuille geredet hatte, ist beiseite gehalten worden und Leute, die weniger Aussicht zu haben schienen, sind damit bedacht worden. Eine in politischen Kreisen sehr wenig bekannte Größe, was bis jetzt der nun zum Minister des Meubers gemachte Lehnsgraf Raben-Lebekan, ein Großgrundbesitzer von der Insel Lolland. Er hat sich früher nur vorübergehend mit Politik befaßt und was von ihm aus dem Jahre 1892 erzählt wird, macht ihm keine Ehre. Damals fand im Søstøbing-Kreise, wo seine Güter liegen, ein bestiger Wahlkampf zwischen dem konservativen und dem liberalen Folkethingsländebanden statt und der Graf griff infolge in den Kampf ein, als er seinen Fortstarbeiter durch den Förster verbieten ließ, für den Liberalen zu stimmen. Als dann später die Fortstarbeiter erklärten, doch für den Liberalen gestimmt zu haben, wurden ihrer sieben entlassen. Der alt-konservative Graf paßt also sehr schlecht in ein „Linken“-Ministerium hinein. Svend Høgsbro, der Verkehrsminister und Sigurd Berg, der Minister des Innern, sind beide die Söhne von Vätern, die zu ihren Lebzeiten eine große Rolle in der politischen Bewegung gespielt haben. Sigurd Berg ist erst 38 Jahre alt. Er verband seinen Einfluß hauptsächlich dem Umstand, daß er über 12 Provinzzeitungen verfügt, deren Eigentümerin seine Mutter ist. Svend Høgsbro hat bei den Folkethingswahlen von 1903 versucht, in Kopenhagen zwischen den Liberalen und Konservativen ein antisozialistisches Wahlbündnis zustande zu bringen, allerdings vergeblich. Der neue Finanzminister Wilhelm Lassen galt in seiner Jugend als ein Schüler des Radikalen Høyrup, des bald nach dem Ministerwechsel von 1901 verstorbenen Verkehrsministers; er hat aber lange die radikal-liberalen Grundsätze aufgegeben, denen Høyrup bis zu seinem Tode treu geblieben ist.

Ob dem neuen Ministerium ein langes Leben beschieden sein wird, scheint recht zweifelhaft. Die Fraktion, der es sein Dasein verdankt, leidet noch an den Folgen der schweren Geburt. In einer fraktionsmäßigen am Samstagabend wollte man mit antiministerielle Abgeordnete zwingen ihren Austritt zu erklären. Es gelang aber nicht. Die acht „Rebellen“ verlangten einen bestimmten fraktionsmäßigen Beschluß und es war zweifelhaft, ob für einen Ausschlußantrag die nötige Zweidrittelmehrheit vorhanden war. Deshalb wurde die Angelegenheit auf den heutigen Dienstag verschoben. Die Entscheidung drängt, denn am selben Tage beginnt die Finanzetat-Debatte im Folkething, und Zahl, der liberale Vorkämpfer zum Militärstat, ist unter den acht „Rebellen“. Werden nun diese acht ausgeschlossen, so werden ihnen wohl eine Anzahl anderer fraktionsmäßiger folgen, so daß die „Linken“-Partei des Ministeriums ein gut Stück zusammenschmelzen wird. —

Italien.

Rom, 17. Januar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Wahlen in Genua ergaben eine völlige Niederlage der mit den Liberalen verbündeten Sozialisten. Unsere Partei besaß bisher sieben Mandate.

Vom Klassenkampf in der Rechtsprechung.

Rom, 15. Januar. In Bologna ist dieser Tage ein Schandurteil gegen streikende Arbeiter gefällt worden. Vor Monaten kam es im Wirtshaus zu Molinella während eines Landarbeiter-Streiks zu einem Wortgefecht zwischen Streikenden und einem Streikbrecher. Die Leute verließen das Wirtshaus. Auf der Straße zog der Streikbrecher Buccheri einen Revolver aus der Tasche, schleuderte seinen Hut einige Meter weit von sich fort und rief: „Wer bis zu meinem Hut sich herantwagt, den schneide ich nieder!“ Einer der Streikenden ging auf den Hut zu und trat ihm mit Füßen. Als er den Revolverlauf auf sich gerichtet sah, entfloh er. Darauf gab der Streikbrecher zwei Schüsse ab und verwundete den Hitzelenden an der Schulter. Als Buccheri noch weiter schob, wendete sich der Streikende und schleuderte einen Stein nach seinem Angreifer, durch den er ihn im Gesicht verletzete. Urteil: Der angegriffene Streikende wird zu 16 Monaten Gefängnis einschließlich 2 1/2 Monaten Einzelhaft verurteilt. Ein organisierter Arbeiter, der Zeuge der Szene war, wird wegen Aufreizung zu ebenfalls 16 Monaten verurteilt. Der Revolverheld wird freigesprochen!

Die Berichterstattung vom sozialdemokratischen Preuentage

nahmen gestern Abend die Berliner Genossen in einer Anzahl Versammlungen entgegen. Über welche uns folgende Berichte zugehen:

Erster Wahlkreis.

Die Versammlung tagte in Drüfels Saal, Neue Friedrichstraße. In die Berichterstattung über den preußischen Parteitag hatten sich die beiden Delegierten des Kreises geteilt. Als erster nahm Genosse Doppel das Wort. Einleitend sagte er, die Bedeutung des Parteitages liege weniger in den Fragen, welche derselbe behandelte, als vielmehr darin, daß die im preußischen Klassenparlament nicht vertretene Sozialdemokratie Forderungen aufstellte und begründete, deren Erfüllung Preußen erst zu einem Kulturstaate machen würde. Hierauf ging der Redner zu einer referierenden Darstellung der Verhandlungen über die Wohnungsfrage und die Schulfrage über. — Der zweite Delegierte, Genosse Seiler, schilderte die Erörterungen über das Kontraktbuchrecht, wobei er die von Landarbeitern gegebenen Darstellungen der ländlichen Verhältnisse als besonders eindrucksvoll bezeichnete. Weiter sprach der Redner über die Behandlung der Land-

tagswahl-Frage. Bei dieser Gelegenheit sagte er, der vom Genossen Bernstein zur Resolution Ledebours gestellte Antrag habe auch den Delegierten des Kreises zur Unterfertigung vorgelegen, die sie unter der Bedingung gaben, daß das Wort „Strafendemonstrationen“ in „Massendemonstrationen“ umgeändert werde. Er, Redner, betrachte es als eine Ungerechtfertigkeit und Unanständigkeit, daß Ledebour den Antrag Bernsteins in der Weise, wie er es getan, niederzuknurren suchte. Das sei ja Ledebours Art; er, Redner, halte das aber für unanständig. — Ferner besprach der Redner die sonstigen auf dem Parteitage behandelten Anträge. — Beide Delegierte bezeugten das Ergebnis des Parteitages als ein durchaus befriedigendes. — In der Diskussion nahm Doppel noch einmal das Wort, um zu erläutern, was die Delegierten unter „Massendemonstrationen“ verstanden: große Versammlungen, die zum Protest gegen reaktionäre Maßnahmen einheitlich in ganz Preußen stattfinden. Wenn auch dieser Teil des Antrages Bernstein abgelehnt wurde, so würden die Berliner Genossen hoffentlich doch in dieser Weise demonstrieren. Die Versammlung erklärte sich mit der Haltung ihrer Delegierten einverstanden.

Zweiter Wahlkreis.

Die Berichterstattung vom Preuentage wurde in der Generalversammlung des Wahlkreises gegeben, welche in Habels Brauerei stattfand. Genosse Schweinle berichtete über die Behandlung der Wohnungs- und der Schulfrage, während Genosse Nummer 1 die übrigen Punkte behandelte. In der Diskussion zog Reimann eine Parallele zwischen dem glänzenden Verlauf des preußischen und dem seiner Ansicht nach schwächlich verlaufenen deutschen Parteitag. In seinen weiteren Ausführungen wendete er sich hauptsächlich gegen die Stellung Ledebours in der Frage der Massendemonstration. Hierin trat ihm Genosse Nummer 2 entgegen. Die Versammlung erklärte sich hierauf mit den Beschlüssen des preußischen Parteitages und der Haltung der Delegierten einverstanden. Eine ausgedehnte Debatte rief der auf Antrag des Vorstandes auf die Tagesordnung gesetzte Punkt: Die Befugnis der Prekommission hervor. Die Prekommissionsmitglieder hatten sich an den Vorstand gewandt, um die Befugnis zu erhalten, bei wichtigen Fällen und Gehaltsveränderungen der Redakteure selbständig zu stimmen. Die Mehrheit der Bezirksführer hatte sich damit einverstanden erklärt, während einige Protest dagegen erhoben haben. Für die nicht anwesenden Prekommissionsmitglieder beauftragte Genosse Schneider den Antrag. Genosse Riendorf begründete den Protest. Genosse Lüdke wandte sich gegen die Gewährung weitgehender Rechte an die Prekommissionsmitglieder. Er brachte mit dem Genossen Polenski einen Antrag ein, den Wahlkreises-Vorstand zu beauftragen, beim Parteivorstand resp. der Prekommission den Antrag zu stellen, eine Gehaltsliste sämtlicher Angehörigen des „Vorwärts“ (Redakteure und sonstigen Personen) zu entwerfen und den Genossen vorzulegen.

Der Antrag Lüdke fand mit großer Majorität Annahme, der Antrag der Prekommissionsmitglieder wurde dagegen abgelehnt. Eine Anregung, nach Schluß der Generalversammlung eine Teller-Sammlung für die freiwilligen Bergarbeiter vorzunehmen, fand freudige Zustimmung. Der Vorsitzende wies kurz auf die Zustände im Ruhrgebiet hin und schloß um 1/2 12 Uhr die Generalversammlung.

Dritter Wahlkreis.

Die Parteigenossen des dritten Wahlkreises tagten im Luisenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstraße 37. Genosse Wolfgang Heine, einer der Delegierten, konnte nicht erscheinen, da er unter den Folgen einer Influenza leidet und der Arzt ihm untersagt hat, auszugehen. Die beiden anderen Delegierten, die Genossen Hoch und Pohl, teilten sich in die Berichterstattung. Ueber die Verhandlungen des Parteitages zur Wohnungsfrage und zur Schulfrage referierte Hoch, während Pohl eine Uebersicht über die übrigen Verhandlungen gab. Beide verhielten sich im wesentlichen referierend. Pohl rügte jedoch, daß Genosse Ledebour in seinem Schlußwort sich eine Entgegnung habe zuschneiden lassen und dadurch in den letzten paar Stunden des Parteitages eine gewisse Mißstimmung veranlaßt habe. Wenn man absehen wolle von dem auch nicht ganz einwandfreien Auftreten gegen Bernstein, so hätte auf jeden Fall das Vorgehen gegen den „Vorwärts“ im Schlußwort unterbleiben müssen. Im allgemeinen könne man mit dem Verlaufe des Parteitages recht zufrieden sein. (Zustimmung.) In der Diskussion regte Reslinke an, daß die Arbeiterschaft auf eine einheitliche Regelung des Beginns und der Beendigung der Schulferien hinwirken möge.

Gehrman führte die Behandlung Bernsteins durch Ledebour auf persönliche Gefälligkeit zurück. Daß die Partei von der Beteiligung an den Landtagswahlen nicht zurückgehen werde, hält Redner für selbstverständlich. Jahn stellt die Reden auf dem preußischen Parteitag nach ihrem inneren Wert höher als die auf dem deutschen Parteitag in Bremen. Die Ablehnung des Antrages Heine hat er mit Freuden begrüßt.

Hoch verteidigt den Antrag Heines aus dem von diesem geltend gemachten Gründen. — Verschiedene Zwischenrufe, durch die mehrere Versammlungsteilnehmer ihren ablehnenden Standpunkt zu dem Antrag Heine zu erkennen gaben, veranlaßten Pohl, Thierling, Kädiger, Friy, ihre Sympathie für das, was Heine bezweckte, auszudrücken, während Jahn Bedenken dagegen geltend machte.

In einer Resolution erklärte sich die Versammlung mit dem Verhalten der Delegierten und mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden.

In die Lokalkommission wurde Genosse Renzel an Stelle des zurücktretenden Genossen Hinz gewählt.

Vierter Wahlkreis.

Der vierte Wahlkreis hielt im großen Saale des Gewerkschaftshauses seine Versammlung ab. Die drei Delegierten des Kreises hatten sich in den Bericht geteilt und referierte Döring über die Wohnungsfrage und die damit in Verbindung stehende Grund- und Bodenfrage. Ihm behandelte in seinem Bericht die Schulfrage und das Vertragsbruch-Gesetz und gab in längeren Ausführungen ein getreues Bild der interessanten Verhandlungen über diese Themen. Pohl war die Aufgabe zugefallen, über die preußischen Landtagswahlen Bericht zu erstatten. Er konstatierte die Einmütigkeit der Delegierten, für weitere Beteiligung an den Landtagswahlen in Preußen einzutreten, trotz des ersten Mißerfolges. Ebenso war man einig, daß durch schärfere Mittel ein schnelleres Tempo in der Agitation herbeigeführt werden müsse. In der Resolution Ledebour sind alle in der Verhandlung zutage getretenen Momente zusammengefaßt.

In der Diskussion tadelt Stumpf, daß das Protokoll nicht gedruckt vorliegt, wodurch die Verhandlungen erschwert werden. Redner tadelt auch die scharfen Angriffe gegen Heine. Was in der Landarbeiterfrage zutage gefördert worden sei, hat wohl mancher nicht für möglich gehalten.

Läder zitiert: „Geht nur hinein ins preußische Gesehelen, und wo ihr's padt, da ist es schauerhaft.“ Ein moderner Sektules nur ist imstande, diesen Augenschein zu reinigen, und dieser Sektules ist die Arbeiterschaft. Sie muß sich ihrer Kraft mehr bewußt werden, dann wird ihr auch dies gelingen.

Unter Verschiedenes regt der Vorsitzende an, sofort mit den Sammlungen für die Bergarbeiter zu beginnen. Die Versammlung nimmt dementsprechend nachstehende Resolution einstimmig an: „Die heute im Gewerkschaftshaus tagende Parteiversammlung des vierten Berliner Reichstags-Wahlkreises bringt den von den vereinigten Grubenaktionären schamlos in den Kampf getriebenen Bergarbeitern des Ruhrreviers ihre volle Sympathie entgegen und erblickt in dem Beschluß der Hedenbarone eine Verhöhnung des gesamten arbeitenden Volkes.“

Die Versammelten verpflichten sich, die ausgebeuteten und durch willkürliches Wagnen durch von ihren sauren verdienten Lohn betrogenen Bergblauen nicht nur moralisch, sondern auch finanziell aus vollen Kräften zu unterstützen.“

Fünfter Wahlkreis.

In der Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlkreises, die im Alten Schützenhause abgehalten wurde, erstattete Genosse Friedländer den Bericht vom preußischen Parteitag. Redner erinnerte an den Ausspruch des Grafen Bismarck: „Preußen in Deutschland voran, Deutschland in der Welt voran.“ Es sei hinsichtlich bekannt, daß Preußen tatsächlich in Deutschland vorange, jedoch nicht in freier Welt, sondern in reaktionärem Sinne. Aus der Erkenntnis heraus, daß unter dem stetig steigenden verdränglichen Einfluß Preußens auf die übrigen Bundesstaaten in erster Linie die Arbeiterklasse zu leiden hat, sei die Sozialdemokratie schließlich dazu gekommen, den preußischen Parteitag abzuhalten. Bezüglich der auf dem Parteitag behandelten Fragen vertritt er auf das stenographische Protokoll, das den Anwesenden bereits vor Anfang der Versammlung ausgehändigt worden war. Ausführlicher ging er auf die Diskussionsführer des Parteitages ein, die in diesem sehr interessanten Ausführungen die Behauptungen der Referenten bestätigten und ergänzten hätten. Im Gegensatz zu verschiedenen Delegierten habe er auch den Eindruck gehabt, daß der Genosse Heine seine bekannte abgelehnte Resolution zur Schulfrage nur aus lauterer Notwendigkeit heraus gestellt habe, wenn sie auch unannehmbar war. Entschieden wandte er sich gegen die Auffassung Bernsteins von der Durchführung von Strafendemonstrationen und gab der Meinung Ausdruck, daß Bernstein die Annahme des ersten Absatzes seiner Resolution lediglich einer auch in der Parteipresse besprochenen Taktlosigkeit des Genossen Ledebour zu verdanken hatte, sonst wäre wahrscheinlich auch dieser Absatz abgelehnt worden. Zum Schluß wies er noch auf den Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet hin und endete seine Ausführungen mit dem Ausspruch: Der preußische Parteitag habe der Welt wieder gezeigt, daß auch in Preußen nur eine Partei wirklich vorange, die Sozialdemokratie. (Beifall.) — Eine Diskussion wurde nicht beliebt.

Da zwei Referenten vor Ablauf ihrer Amtsperiode ihre Posten niedergelegt haben, so wurden an deren Stelle die Genossen Ambrosiewicz und Dr. Stuy gewählt.

Außerdem wurden in der Versammlung 31 neue Mitglieder, die sich zur Aufnahme gemeldet hatten, bestätigt. Das Ableben des Genossen Tappeler ehrten die Anwesenden durch Erheben von den Sitzen. — Der Ertrag der Teller-Sammlung wurde den streikenden Bergarbeitern überwiesen.

Sechster Wahlkreis.

In der Generalversammlung des Wahlkreises, die in den Germania-Sälen tagte, berichtete Genosse Paul Schmidt über die Verhandlungen und Ergebnisse des Preuentages. Es folgte eine recht lebhaft Debatten, an der sich die Genossen Halfter, Guttmann, Ledebour, H. Marx, Meyer und Weber beteiligten. Den hauptsächlichsten Stoff dazu bildeten die Debatten über das Amendement Bernsteins, Massendemonstrationen für das Wahlrecht betreffend, und die Frage des Revisionismus. Ledebour, der zweimal zu längeren Ausführungen das Wort nahm, sprach im Anschluß an diese Angelegenheiten in eingehender Weise gegen den Revisionismus und gegen eine Vertuschung der Gegensätze und Zerschlagung über die Wichtigkeit dieser Frage, wie sie, nach des Redners Meinung, auch durch den „Vorwärts“ betrieben wurde. — Gegen die Beschlüsse des Preuentages wurden keinerlei Einwendungen erhoben. In dieser Hinsicht konnte der Vorsitzende Freythal er am Schluß der Versammlung konstatieren, daß alle einmütig von dem Wert und der großen Bedeutung der Kritik der preußischen Zustände und des gegen die Ungerechtigkeiten und Mißverhältnisse eingeleiteten Kampfes überzeugt waren.

Bergarbeiter-Bewegung im Ruhrrevier.

Essen, 17. Januar. (W. Z. V.) Die gesamte Belegschaft des Ruhrkohlenreviers betrug am 30. September 1904 nach der amtlichen Produktionsübersicht 208 256 Mann.

Der Rheinisch-Westfälischen Zeitung zufolge hat der Vorstand des Kohlenyndikats durch ein Rundschreiben erklärt, daß das Syndikat infolge des Streiks die festgesetzten Lieferungsstermine nicht einhalten könne.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Berlin, 17. Januar. Nach Telegrammen aus Windhuk ist der Reiter Ernst Schütz, geb. 11. 4. 79 zu Dresden am 13. 1. 05 im Lazarett Windhuk an Lungenerkrankung gestorben und Reiter Karl Albrecht, geboren am 19. 11. 83 zu Hannover im Gefecht bei Stamprietfontein am 1. 1. 05 leicht verwundet.

Entwurf betr. Aufbesserung der Lehrergelälter.

Stuttgart, 17. Januar. (W. Z. V.) Der den Ständen heute zugegangene Entwurf eines Volkskultus-Gesetzes sieht in erster Linie eine Aufbesserung der Gehälter der Volksschullehrer und Lehrerinnen vor; für die ständigen Lehrer und Lehrerinnen hat der Staat 710 000 Mark, für die nichtständigen haben die Gemeinden 150 000 M. jährlich mehr aufzubringen. Die Gehaltsaufbesserung besteht in Verfüzung der Vordienstjahre und in Erhöhung der Höhe der letzten Dienstaltersstufen. Außerdem bestimmt der Entwurf, daß bei den Schulstellen, mit denen nach der Mehrdienst verbunden ist, die Trennung der beiden Dienste zum 1. April d. J. zu erfolgen hat.

Aus der Hull-Kommission.

Paris, 17. Januar. (W. Z. V.) Dem Vernehmen nach hält der Vertreter Russlands in der Hull-Kommission ganz energisch die Behauptung aufrecht, daß zwei japanische Torpedoboote bei der Doggerbank gewesen wären und wird später dafür Zeugen vorbringen. Die Vertreter Englands werden wahrscheinlich auch energisch das Unwahrscheinliche dieser Version zur Geltung bringen. Die Kommission hat beschlossen, Damen als Zuhörer bei den öffentlichen Sitzungen zuzulassen.

Schließung von 466 Kongregationshäusern.

Paris, 17. Januar. (W. Z. V.) „Journal officiel“ wird morgen einen Beschluß veröffentlichen, wonach 466 Anstalten der Kongregationen gemäß dem Gesetz vom 16. Juli 1904 geschlossen werden.

Zum Ausstand in den Putiloffchen Werken in Petersburg.

Petersburg, 17. Januar. (W. Z. V.) Am Eingang der Putiloffchen Werke wurde heute nachmittags eine Belannmachung angeschlagen. Der Direktor drückt darin sein Ersauern über die Solidarität der Arbeiter der Werke mit dem Verbande der russischen Arbeiter aus und fordert die Arbeiter auf, die Arbeit wieder aufzunehmen. Er verspricht, keine Entlassungen wegen des Ausstandes vorzunehmen und keine Geldstrafen wegen des Feierns festzusetzen. Er willigt in eine Revision der Angelegenheit der entlassenen Arbeiter, die gemeinsam mit einer Kommission des Verbandes der russischen Arbeiter mittels Zeugenvernehmung in Gegenwart der Verwaltung der Werke erfolgen soll. Die Arbeiter der Fabriken Stolpino und Vasil drückten den Wunsch aus, sich den Arbeitern der Putiloffchen Werke anzuschließen. Um 9 Uhr Abends wird eine Versammlung der Arbeiter der drei Werke stattfinden.

Bergen, 17. Januar. „Bergens Tidende“ meldet aus Nordfjorden, daß die große Nutzwelle außer den bisher gemeldeten Verbeertungen noch drei Höfe in Rebdalen mit sich forttrieb, wobei etwa 60 Menschen verletzt wurden und zahlreiche Vieh ertrank oder verletzt wurde.

Bahn, 17. Januar. (W. Z. V.) Infolge der von den Direktoren gemachten Zugeländnisse ist der Ausstand der Arbeiter der Rappahannockwerke nahezu beendet. Er dauert nur noch im Hüttenwerke an. Es sind alle erforderlichen Maßnahmen zur Sicherung des Lebens und Eigentums der Bevölkerung seitens der Behörden getroffen worden.

Reichstag.

120. Sitzung vom Dienstag, den 17. Januar 1905, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Herr v. Stengel. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Etats für das Reichs-Sachcharin. Beim Gehalt des Sachcharin weißt Abg. Dr. Herms (fr. Sp.) auf einige Härten des Sächstoff-Gesetzes hin. Es sei anzuerkennen, daß der Herr Sachcharin bei Ausführung des Gesetzes nach Kräften bemüht sei, die Härten auszugleichen. Aber das genügt nicht. Das Gesetz selbst muß geändert werden. Meiner Ansicht nach sollten die fiskalischen Interessen bei diesem ungewöhnlichen Gesetz überhaupt zurücktreten. In der Sitzung des Reichstages vom 6. März 1903 haben wir uns über diese Dinge eingehend unterhalten. Ich wies darauf hin, welches Anrecht darin liege, die sechsfache Höhe der Jahreseinnahme als Entschädigung zu beschließen und dann nur die dreifache zu gewähren. Es sind in dieser Angelegenheit zahlreiche Petitionen eingelaufen und ich gab die Anregung, Erhebungen darüber anzustellen, ob die Behauptungen dieser Petitionen richtig seien. Die königlich sächsische Regierung hat eine Prüfung der Verhältnisse in der Fabrik zu Madenau angestellt, welche meine Ausführungen, soweit diese Fabrik in Betracht kommt, bestätigt hat. Ich ersuche daher den Herrn Staatssekretär von neuem, dieser Frage seine Aufmerksamkeit zu schenken. Jedenfalls handelt es sich bei dem Sächstoff-Gesetz um einen höchst ungewöhnlichen Akt der Gesetzgebung. Es ist ein Ausnahmengesetz, durch welches eine aufblühende Industrie zugunsten einer viel mächtigeren, der Zuckerindustrie, auf einmal untergraben worden ist. Das Verhältnis des Reiches zu den Sächstoff-Fabriken muß auf eine andere gesetzgebende Basis gestellt werden. Jetzt können sie nur existieren, wenn sie sich ins Ausland flüchten. Aber das kann doch Regierung und Reichstag nicht wollen, da es sich um eine einst blühende deutsche Industrie handelt. Wenn wir annehmen, daß 1000 Doppelzentner Sachcharin weniger verbraucht werden, so würde dafür eine Zuckermenge von 700 000 Doppelzentner Zucker mehr verbraucht werden. Aus dieser Zuckermenge würde dem Reich eine Einnahme von 7 1/2 Millionen Mark pro Jahr erwachsen. Die Hälfte dieser Summe würde genügen, um den Sachcharin-Fabrikanten eine angemessene Entschädigung zu gewähren. Damit schließe ich für heute und werde es von der Antwort des Herrn Staatssekretärs abhängig machen, ob ich in einer Resolution oder in einem Antrag darauf zurückkommen werde. (Beifall links.)

Staatssekretär im Reichs-Sachcharin Freiherr v. Stengel: Ich stehe manchen Behauptungen des Herrn Vorredners wohlwollend gegenüber. Aber die Resolution des Reichstages vom 14. März 1904 sprach sich nur für eine Erleichterung des Schadens, nicht für eine volle Entschädigung aus. Was die Form der Erleichterung anlangt, so will das Reich die noch vorhandenen Bestände an Sachcharin für einen mäßigen Preis ankaufen. Vom Reichs-Sachcharin ist daher ein Rundschreiben an die verbündeten Regierungen ergangen, dahingehend, daß diese den Besitzern von Sächstoff den Ankauf durch das Reich anbieten sollten. Näheres darüber werde ich der Budgetkommission mitteilen Gelegenheit geben, wenn diese über den Etat der Hölle und der indirekten Reichseinnahmen beraten wird. Auf jeden Fall wird der niedrigste Preis, den der Sächstoff-vorher besessen hat, nicht zu überschreiten sein, um so weniger, als vor dem 1. April 1903 noch große Mengen von Sächstoff eingeführt sind. Betrug doch die Einfuhr pro 1902 nur 1600 Kilogramm, im Februar und März 1903 aber 68 000 Kilogramm! Die Interessenten hatten aber 2 1/2 Jahre Zeit, sich auf die Wirkung des Gesetzes einzurichten. Aber zahlreiche kleine Händler haben noch kurz vor dem Inkrafttreten des Gesetzes sich mit großen Vorräten von Sächstoff versehen. Der Ausgang der Sache erinnert an das Startenspiel „Schwarzer Peter“. (Heiterkeit.) Für eine Wenderung des Gesetzes sind noch keine genügenden Grundlagen vorhanden. Ich will aber Herrn Herms zugeben, daß ich mich nicht auf meinem jetzigen Standpunkt festlegen will. Werden später bessere Grundlagen gebracht, so werde ich mich der Anregung, die wir heute empfangen, nicht verschließen.

Abg. Spahn (zur Geschäftsordnung): Meine Freunde haben einen Antrag zum Reichsamt des Innern über den Wohnungsgeld-Zuschuß gestellt. Nach den Erklärungen des Herrn Reichs-Sachcharinsekretärs bei Beratung des Serbengesetzes gehört die Materie aber nunmehr vor das Reichs-Sachcharin, und wir beantragen daher, diesen Antrag heute mit zur Verhandlung zu stellen.

Das Haus beschließt diesem Antrage gemäß. Der Antrag Dr. Hise u. Gen. lautet:

Der Herr Reichsminister möge die Bemessung des Wohnungsgeld-zuschusses den geistigen örtlichen Wohnungsmietpreisen entsprechend, unter besonderer Berücksichtigung derjenigen, welche mit Familienangehörigen einen Haushalt führen, neu regeln.

Abg. Dr. Herms (fr. Sp.): Ich bin nicht für die Spekulationen, sondern für die Großhändler eingetreten, die im Handel mit Sächstoffen ihre Erlöse fanden und denen diese nun genommen ist. Der Herr Staatssekretär vergißt auch, daß der Verbrauch an Sachcharin sich in aufsteigender Linie befand, und daß dies bei Bemessung der Entschädigung zu berücksichtigen wäre. Weiteres werde auch ich in der Budgetkommission mitteilen.

Abg. Kirck (Z.): Dem Vernehmen nach geht man, ohne die gesetzgeberischen Körperschaften zu fragen, eine neue Form des fünfmarkstückes und ebenso eine Form des fünfzigpfennigstückes zu prägen. Vielleicht kann der Reichs-Sachcharinsekretär darüber Auskunft erteilen.

Was unsere Resolution über den Wohnungszuschuß anbelangt, so wünschen wir erstens eine Erhöhung, Umsatzsteuer und „Steuer vom gemeinen Wert“ hatten bis jetzt die Höhe der Mieten in den großen Städten noch nicht herabsetzen können. Zweitens wünschen wir eine andere Bemessung des Zuschusses für Verheiratete als für Unterheiratete. Der Zuschuß muß aber auch nach der Zahl und dem Alter der Kinder, namentlich wenn diese verschiedenen Geschlechtes sind, also der Sinnlichkeit wegen abgestuft werden.

Abg. Dr. Arendt: Ich bedauere, daß wir den Wohnungsgeld-Zuschuß für die unteren Beamten nicht schon in diesem Jahre bekommen. Der preussische Finanzminister hatte diese Erhöhung bereits für den Etat 1905 vorgesehn, hat aber schließlich wie er im Abgeordnetenhaus erklärte, davon Abstand genommen auf Witten des Herrn Reichs-Sachcharinsekretärs, der bei den finanziellen Verhältnissen dem Reich sich aufgeschlossen erklärte, diese Erhöhung für das Reich durchzuführen. Es ist in der Tat höchst bedauerlich, daß die so traurige Finanzlage des Reiches auch noch auf die Einzelstaaten eine solche Wirkung ausübt. Die ganze Finanzlage wäre ja eine bessere, wenn man die Handelsverträge rechtzeitig gekündigt hätte.

Redner empfiehlt die Schaffung einer Schillerdenkmünze. Staatssekretär Herr v. Stengel: Zwischen dem Markstück und dem Zehnpfennigstück muß unter allen Umständen ein Mittelstück existieren. Um die Verzweckung mit dem Zehnpfennigstück zu vermeiden, ist Anfang des Jahres ein neues, stärker geringeltes fünfzigpfennigstück fertiggestellt worden, das in den nächsten Wochen in größerer Menge zur Ausgabe gelangen wird. Wir haben durch diese Maßnahme den Bedarf nach neuen Umlaufmitteln, so gut es gehen will, abzuheben gesucht, da ja das neue Münzgesetz infolge der Wünsche des Hauses auf Prägung eines Dreimarkstückes geschweert ist. Namentlich die süddeutschen Abgeordneten haben behauptet, daß in allen Volksteilen ein Interesse an der Schaffung eines Drei-Markstückes vorhanden sei. Wir haben daraufhin eine Enquete veranstaltet, und nicht nur die Handelskammern, wie in einem Teil der Presse behauptet wurde, sind befragt worden, sondern auch landwirtschaftliche Kammerer, Gewerbetreibende, Warenhändler, Schanzwirte usw. Natürlich haben wir dabei auf die Bedenken aufmerksam gemacht, die gegen die Prägung eines Dreimarkstückes

sprachen. Die Enquete ist heute noch nicht abgeschlossen. Wenn sie es sein wird, werden wir eine ausführliche Denkschrift abfassen und sie den gesetzgeberischen Körperschaften vorlegen. — Wegen der Verbesserung der Wohnungsgeldzuschüsse stehe ich mit dem preussischen Herrn Finanzminister in Unterhandlungen und wir sind entschlossen, diesen Zuschuß wenigstens für die unteren Beamten vom 1. April 1906 an zu gewähren. Dieser Zeitraum ist nicht bloß mit Rücksicht auf die Finanzlage gewählt, sondern auch im Hinblick darauf, daß zu diesem Zeitpunkt die neue Serbiklasseneinteilung eintritt.

Abg. Stell (fr. Sp.) befreit dem Abg. Kirck gegenüber, daß die Handelskammern einseitige Vertreter von Großbanken wären. Von meinem Standpunkt aus hat es die größte Bedeutung, daß der größte Teil der Handelskammern sich gegen Neuprägung eines 3 Mark-Stückes ausgesprochen hat. Es muß doch keine Beliebtheit des Talers vorhanden sein.

Abg. Fischer (Z.): Ich möchte ein paar Worte für die gerechtere Behandlung des Arbeiterwesens sagen. Gegenwärtig wird in den einzelnen Bundesstaaten, ja selbst in einzelnen Kreisen und Ortsgemeinden ein sehr verschiedenes Maß gegenüber den Militär-antwärtigen in Anwendung gebracht. Die Reichsregierung möchte dieser Angelegenheit deshalb ein hohes Interesse entgegenbringen, weil das Militärantwärtigenwesen ein Volkwerk gegen die Sozialdemokratie ist. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Müller-Sagan (fr. Sp.): Ich bin durchaus einverstanden mit den Ausführungen meines Herrn Vorredners. Ebenso stimmen meine politischen Freunde mit dem Antrage auf Erhöhung und Neuregelung des Wohnungszuschusses überein. Wenn aber immer und immer wieder den Beamten der Wohnungszuschuß verprochen wird und immer und immer wieder wie ein ledernes Schanzgerüst nur von ferne gezeigt wird, so meine ich, sollte man sich taktlose Enttäuschungen vermeiden. Ich fürchte aber, der preussische Finanzminister wird Schwierigkeiten machen, wenn man mit der Erhöhung des Wohnungszuschusses über den engsten Kreis der Unterbeamten zu den mittleren Beamten hinausgeht.

Für die Ausprägung von Denkmünzen laun ich mich nicht begeistern. Schon ist der ganze Tiergarten marmoriert. (Heiterkeit.) Sollen wir außer der Denkmünze auch noch eine Denkmünzen-leuchte bekommen. (Heiterkeit und Beifall links.)

Abg. Singer (Soz.): In bezug auf die Klagen über die Verteilung der Veteranenbeihilfen muß ich mich den beiden Herren Vorrednern durchaus anschließen. Auch ich kenne eine große Anzahl von Fällen, in denen die Entscheidung darüber, ob der betreffende Mann die 100 M. bekommen sollte, abhängig gemacht worden ist von der Beliebtheit, die er oben gefunden, und von der Stellung, die er in politischer Beziehung einnimmt. Bei Entstehung des Gesetzes wurde von unserer Seite auf diese Gefahr bereits hingewiesen. Wir wandten uns gegen den Ausdruck, daß die Zuteilung der Gelder geschehen solle nach „Würdigkeit“ und „Bedürftigkeit“. Aber es wurde vom Regierungstisch feierlich erwidert, es sei gar nicht daran zu denken, daß die politische Bemessung je irgendwie berücksichtigt werden würde. Trotz dieser Versprechungen kommen diese Klagen in immer stärkerem Maße. Wir verlangen, daß jeder, dessen Bedürftigkeit nachgewiesen ist, diese Beihilfe auch bekommt. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Noch einige Worte zu der vorliegenden Resolution. Wir werden derselben zwar zustimmen, aber ich glaube doch, sie hätte etwas bestimmtere und umfassendere Forderungen aufstellen können. Ich wundere mich, daß die Herren vom Zentrum nach den Erfahrungen, die sie im preussischen Abgeordnetenhaus gemacht haben, wieder mit einer so schwachen Resolution kommen. Doch hat sich die Regierung nur bereit erklärt, für die Unterbeamten den Wohnungszuschuß zu erhöhen. Ich verziehe es ja, wenn man sagt, man wolle zuerst die Unterbeamten in Betracht ziehen. Freilich hat man in Preußen es umgekehrt gemacht und hat zuerst die Ministergehälter erhöht. Zweifellos ist aber, daß eine große Kategorie der mittleren Beamten auch unter den jetzigen Verhältnissen leidet. Ein weiterer Mangel der Resolution ist, daß sie gar keine Anhaltspunkte gibt, wie man sich eigentlich die Verbesserung des Wohnungszuschusses denkt. Das beste wäre, den Wohnungszuschuß so einzurichten, daß er relativ am höchsten ist, wo das Gehalt am niedrigsten ist. Heute trägt ja bei den Unterbeamten der Wohnungszuschuß eigentlich nur den Charakter eines Klimes. — Weiter will die Resolution die Familienverhältnisse berücksichtigen. Es ist ja klar, daß die Beamten mit zahlreicher Familie leichter in Wohnungsnot geraten. Aber diesen Maßstab in voller Reinheit in das Gesetz zu übernehmen, halte ich für sehr schwer durchführbar. Keinenfalls aber darf man nun die Beamten noch länger warten lassen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Freiherr v. Stengel: Der Herr Vorredner hat behauptet, daß bei der Zuteilung des Veteranengeldes Rücksicht auf die politische Bemessung genommen würde. Die Reichsregierung hat auf die Bemessung des Veteranengeldes keine Einflüsse. Die Einzelregierungen haben jedoch die Erklärung abgegeben, daß sie keine Rücksicht auf die Bemessung nehmen. (Beifall rechts.)

Abg. Freiherr v. Nitzschofen (L.): Auch ich kann mir nicht denken, daß bei den Veteranengeldern Rücksicht je nach der politischen Bemessung gemacht werden. Ich würde es jedenfalls bedauern. — In betreff des Münzwesens bin ich der Ansicht, daß nachdem das Münzgesetz gefallen ist, jetzt erst das Ergebnis der Enquete abgewartet werden muß. — Für den Wohnungszuschuß der Beamten haben wir natürlich die größten Sympathien. Aber die Resolution greift eine ganz spezielle Frage heraus; warum gerade diese? Die ganze Angelegenheit sollte, wenn genügend Material da ist, sowohl hier, als im Abgeordnetenhaus ausführlich beraten werden. Für die heutige Resolution zu stimmen, kann ich mich aber nicht entschließen. (Beifall bei den Konservativen.)

Abg. Hug (Z.) hält dem Reichs-Finanzminister in bezug auf die Regelung des Wohnungszuschusses Baden als Muster vor. Gegenüber dem Abg. Singer betont der Redner, daß die Resolution sich nicht auf die Unterbeamten beschränkt und die Bemessung des Wohnungsgeldes entsprechend der Wohnungsmiete, nicht nach einem festen Prozentsatz des Einkommens wünschenswert sei.

Abg. Dr. Arendt (Sp.) wirt dem Abg. Singer vor, dieser habe die Frage der Veteranenbeihilfe zu agitatorischer Verheerung benutzt. Abg. Gothein (fr. Sp.): In bezug auf die Resolution stehe ich wie der Abgeordnete v. Nitzschofen auf dem Standpunkte, daß das Gehalt der Beamten in einen festen und einen variablen Teil geteilt werden muß, daß aber für den variablen Teil nicht die Wohnungsmiete allein maßgebend sein darf. Zur Veteranenbeihilfe hat in dankenswerter Weise der Herr Staatssekretär eine Erklärung verlesen, nach der keinerlei politische Rücksichten für ihre Verteilung maßgebend seien. Das erscheint uns zwar dankenswert aber selbstverständlich. Nun ist uns, das heißt dem Abg. Singer (Heiterkeit), vorgeworfen worden, wir behaupteten das Gegenteil zwecks heizerischer Verleumdung und könnten es nicht beweisen. Natürlich läßt sich schließlic der Beweis überhaupt nicht führen, daß einem bestimmten Veteranen aus politischen Gründen die Beihilfe verweigert wird. Führen wir einen Fall an, so erklärt man uns, es seien noch andere Gründe maßgebend gewesen. Aber mit sind aus meinem Wahlkreise Greifswald-Grimschen eine ganze Reihe höchst sonderbarer Vorkommnisse bekannt, die den Schluß aufzwingen, daß politische Gründe eine bedeutende Rolle bei der Verteilung der Veteranenbeihilfen spielen. Und da meine ich mit dem Abg. Arendt: Bei einer so allgemein nationalen Angelegenheit soll man nicht auf die Bemessung Rücksicht nehmen. (Beifall links.)

Abg. Papp (natl.): Auch wir wünschen bei der Frage der Veteranenbeihilfen keine Bemessungsschwärze. Der Zentrumsvorredner über den Wohnungsgeld-Zuschuß kann man, glaube ich, unbeschadet einer gründlicheren Erörterung der Sache, zustimmen.

Abg. Dr. Arendt (Sp.): Es ist merkwürdig, daß der Abgeordnete Gothein den Beweis angetreten hat, den wir vom Abg. Singer verlangt haben; aber der Beweis ist mißlungen. In dem einen Falle, den der Abg. Gothein anführte, war der Mann wegen Verleumdung verurteilt. Es sollen aber nur „unbescholtene Männer“ die Unterstützung erhalten. (Lachen links.)

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.): Herr Dr. Arendt hat eine Behauptung, die auch ich ausgesprochen habe, als heizerisch und unwahr bezeichnet. Nun Sie doch nicht so, als ob Sie nicht wüßten, daß auf dem Lande bei der Zuteilung von Unterstützungen politische Momente mitwirken. (Sehr gut! links.) In dem „Falle“ des Abgeordneten Arendt ist wirklich Verunfall Unfug und Wohlthat Plage geworden. (Beifall links.)

Abg. Singer (Soz.): Es ist mir nicht eingefallen, politische Heizerien in die Debatte zu werfen. Für Herrn Dr. Arendt hegt freilich derjenige, der die Wahrheit sagt. (Unruhe rechts.) Daß in der Tat Veteranenbeihilfen mit Rücksicht auf die politische Bemessung des Beihilfen nicht gewährt werden, haben ja die Ausführungen der Vorredner Herrn Arendt bewiesen. Herr Dr. Arendt hat seine Verächtigung über das Gesetz zu urteilen dadurch betriebs, daß er behauptet hat, es stehe etwas im Gesetz, wovon dort gar keine Rede ist. Es ist ganz falsch, daß nur unbescholtene Personen in den Genuss der Beihilfe kommen dürfen. Es heißt dort nur, wer „würdig und bedürftig“ ist, erhält die Beihilfe. Herr Arendt ist es jedenfalls vorbehalten, zu behaupten, daß selbst jemand, der wegen Verleumdung verurteilt ist, als bescholtener der Beihilfe nicht teilhaftig werden könne. Darin dürfte er selbst den Standpunkt seiner Freunde nicht finden. Ich kann nur wünschen, daß die Verfügung des Bundesrats, die Herr v. Stengel erwähnte, nachhaltigen Eindruck auf die beteiligten Regierungen macht. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gränberg (Soz.): Wie werden denn jetzt die Veteranengelder bewilligt? Der Veteran reicht sein Gesuch bei der Behörde ein und die entscheidet nach Bedürftigkeit und Würdigkeit. So lange aber die Gemeindevorsteher über die Würdigkeit zu entscheiden haben, wird es sich nicht vermeiden lassen, daß politisch annehmbare Personen zurückgesetzt werden. Das Gesetz muß also dahin geändert werden, daß nur die Bedürftigkeit maßgebend wird, die nach der Einkommensteuer-Berücksichtigung angesetzt ist. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Drösch (natl.): Der Artikel 3 des Veteranengesetzes bestimmt im Abschnitt 6: Ausgeschlossen sind Personen, welche nach ihrer Lebensführung der beachtlichen Fürsorge unwürdig sind. Es ist kein Wort darin, daß nur wegen Verleumdungen oder ähnlicher Vergehen Personen ausgeschlossen werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Redner sämtlicher Parteien haben sich auf den Standpunkt gestellt, daß die politische Bemessung vollends unter keinen Umständen eine Benachteiligung bewirken sollte. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Dagegen wäre ein Fehlen der Position 6 doch auch bedenklich. Sonst könnten z. B. Gewerbestruker und Zuchthausler unterstellt werden. Das geht doch nicht. (Beifall rechts.) Aber auch ich halte die Revision des Gesetzes für notwendig, und zwar aus anderen Gründen. Bei der Beratung wird sich ja dann Gelegenheit finden, auch auf diese Frage zurückzukommen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Fischer (Z.): Die Nichtigkeitstellung des Herrn Vorredners erlirigt es, weiter darauf einzugehen. Sämtliche Parteien sind einig darin, daß nur ein unwürdiger Lebenswandel zur Aberkennung der Veteranengelder führen soll. Mit dem Abg. Müller-Sagan stimme ich darin überein, daß man vor allem die Ungleichheit in der Zuteilung des Veteranengeldes beseitigen müsse. Ich denke dabei allerdings nicht an die Ungleichheit aus politischen, sondern an eine solche aus wirtschaftlichen Gründen. Es herrschen nämlich in den verschiedenen Gemeinden ganz verschiedene Ansichten darüber, was „Erwerbsunfähigkeit“ sei. Nicht immer nur zu schwer wird die Unterstützung bewilligt, sondern oft auch zu leicht. Da wird sich manches sparen lassen, um es den wirklich Bedürftigen zuzulassen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Gothein (fr. Sp.) wendet sich gegen den Abg. Arendt. Wie jetzt die Sache liegt, müsse ein Veteran sich auf seinen Weinen nicht mehr setzen können, um als gänzlich erwerbsunfähig zu gelten.

Abg. Werner (Antil.) tritt ebenfalls für die Befestigung der gänzlichen Erwerbsunfähigkeit als Voraussetzung der Bewährung der Veteranenbeihilfen ein. Wenn nicht genügende Mittel vorhanden seien, so möge man das Großkapital durch die Besteuerung energisch heranziehen.

Abg. Prinz Schönaich-Carolath: Der Krebschaden des Gesetzes über die Veteranenbeihilfen liegt in der Bestimmung, daß der betreffende „bauernd gänzlich erwerbsunfähig“ sein muß. So lange diese Bestimmung nicht beseitigt ist, werden die Klagen nicht verstummen. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Damit schließt die Debatte.

Der Titel Staatssekretär wird bewilligt. Die Resolution Dr. Hise wird angenommen. Der Rest des Etats wird debattelos bewilligt.

Hierauf verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. (Verschiedene Anträge auf Aussetzung von Strafverfolgungen gegen Abgeordnete. Etat des Reichs-Eisenbahnamtes, des Rechnungshofes, der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung.) Schluß 5/4 Uhr.

Um eine Nichtigkeitstellung ersucht und Genosse Kunert: Nach Nr. 14 des „Vorwärts“ äußerte ich mich über den Antrag der Freirennigen zu § 108 des Strafgesetzbuches wie folgt: „Selbstverständlich kann man einem derartigen Antrage nicht zustimmen.“

Ich drückte mich reservierter aus und sagte wörtlich: „Darum ist es ja auch selbstverständlich, daß man nicht mit Vegeisterung, sondern nur mit Noigungen, mit einer Art von Mitleid einem solchen „liberalen“ Antrage zustimmen könnte.“

Abgeordnetenhaus.

119. Sitzung vom Dienstag, den 17. Januar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertische: Herr von Hammerstein, Dr. Schönpfledt, von Roddielst, Dr. Studt, Müller.

Die erste Beratung des Etats wird fortgesetzt.

Abg. Braß (Z.): Der Abg. Friedberg hat gegen den Abg. Herold den Vorschlag erhoben, daß er den Bergarbeiterstreik vom Standpunkt seiner Partei aus behandelt habe. Ich meine, alle Parteien hätten Ursache, zu prüfen, ob auch sie irgend welche Schuld an dem jetzigen Streik haben. Wir vom Zentrum freuen uns, daß wir auf diesem Gebiete vorausschauend gewesen sind. Ich habe 10 Jahre die Bergarbeit praktisch betrieben und ich hätte gewünscht, daß der Handelsminister sich etwas eingehender mit dem Streik befaßt hätte. Den Vermittlungsversuchen der autonomen Regierungskommission stehe ich pessimistisch gegenüber, nachdem der Verein der bergbauischen Interessen es abgelehnt hat, mit den Arbeitern zu verhandeln. Wenn da gesagt wird: Ich mache mit meinem Eigentum, was ich will, so ist das jedenfalls für die meisten Grubenbesitzer sehr bezeichnend. In den Ausführungen des Ministers habe ich vermehrt Angaben über den plötzlichen Ausbruch des Streiks auf Zeche „Gruchtsche“, die

1100 Arbeiter hat. Die erste Ursache zu dem Streik ist die Vorenthaltung der Deputatlohn genossen. In dieser Beziehung kann das Verhalten der Zechenverwaltung nicht scharf genug beurteilt werden. Dazu kam dann die angeforderte Verlängerung der Seilfahrt, die grundsätzlich eine Verlängerung der Schicht und damit der Arbeitszeit um mindestens 1/2 Stunde bedeutet. Den Nutzen davon, daß die Arbeiter die Schicht früher beginnen müssen, hat der Arbeitgeber. Weitere Ursachen für die Streikbewegung sind in der Stilllegung der Zechen zu suchen. Der frühere Vorsitzende des bergbaulichen Vereins, der verstorbene Abg. Hammacher, hat 1889 gesagt: Wer seine Lage nicht zu verbessern sucht, ist ein Esel. Ich sage: Wenn die Arbeiter sich ihre Arbeitsbedingungen durch Schichtverlängerungen verschlechtern ließen, dann wären sie Menschen. Jetzt wird gefordert achtstündige Schicht einschließlich Ein- und Ausfahrt. Diese Forderung wurde auch 1889 aufgestellt. In dem Protokoll über die damaligen Verhandlungen ist dann gesagt worden, daß in die Dauer der achtstündigen Normalarbeit Ein- und Ausfahrt nicht mit eingerechnet werden sollen, für diese werde je eine halbe Stunde angenommen, jedenfalls solle der Bergmann nicht länger als acht Stunden unter Tage sein.

In dem Protokoll war ferner bestimmt, daß Ueberschichten nur auf Grund vorheriger Verständigung stattfinden dürften. Nur im Hinblick auf diese Festsetzung hatte man von der Bildung von Vertrauensmännern Ausschüssen abgesehen. Alle diese Bestimmungen werden aber schon längst vom Unternehmer nicht mehr innegehalten: Die Seilfahrt ist fast überall verlängert worden, von einer Verständigung wegen der Ueberschichten ist gar nicht die Rede. Aber das damalige Protokoll trug auch die Unterschrift des Herrn Rathias Stimmes, dessen Sohn jetzt auf Zechen „Bruchstraße“ so schroff auftritt. Daß der Kampf unter Kontraktbruch begonnen wurde, beklage ich; aber für meine Person billige ich den Kampf der Bergarbeiter gegen diese Verschlechterungen auf das entschiedenste. Gewiß ist es auf's Schärfste zu verurteilen, daß die Belegschaft der anderen Gruben dem Rat der Verbände nicht gefolgt ist und unter Kontraktbruch in den Streik getreten ist, aber bedenken Sie, welche starker Händstreich sich seit 1889 in der Bergarbeiterchaft angehäuft hatte. Ich will hier nicht die politischen Strömungen in meiner Partei aus Anlaß dieses Streiks erörtern, ich will nur gegenüber dem Herrn v. Bismarck feststellen, daß nie und nimmer die christliche Bergarbeiterorganisation ins sozialdemokratische Fahrwasser hübergeleitet wird. Möglich, daß ein Versuch dazu vorliegt, wie er sagte. Aber ich versichere Ihnen, daß er niemals gelingen wird. Dazu kenne ich die christlichen Bergarbeiter viel zu gut. Sie werden ihre Selbständigkeit zu wahren wissen, wenn sie auch von Fall zu Fall mit der Organisation der sozialdemokratischen Bergarbeiter zusammengehen. Sie werden die Kampfgenossenschaft sofort kündigen, wenn die Bewegung das zulässige Maß überschreitet.

Nachdem jetzt der Kampf diesen Umfang angenommen hat, wird es ja überaus schwer sein, ihn beizulegen. Aber ich kann die Forderungen der Bergarbeiter nur durchweg für berechtigt und bei einigem guten Willen auch durchführbar halten. Für die Schichtverlängerung ist eine Uebereinstimmung bis 1907 vorgezogen. Ueber die jetzige Arbeitsdauer wird von den Arbeitgebern eine ganz falsche Auffassung aufgebracht und genährt. Mit Recht wird in der jüngsten Nummer der „Sozialen Praxis“ ausgeführt, man müsse den Arbeitern recht geben, wenn sie als Arbeitszeit die ganze Schichtdauer auffassen und behaupten, daß die von den Vätern ererbte Achtstundenschicht 9 oder 10 Stunden lang geworden ist. Ich kann mich dem auf Grund meiner langjährigen praktischen Erfahrungen als Bergmann nur anschließen. Infolge der langen Arbeitszeit werden jährlich über 50 Proz. der Arbeiter krank, sie alle durchgehends früh invalide. Das beweist die Statistik der preussischen Knappschaftsvereine. Ihre Resultate wären noch schlechter, zählte man nur die, welche von Jugend auf gelehrte Vergleute sind.

Schon längst hätte aus sanitären Gründen auf dem Verordnungswege die Arbeitszeit in den Bergwerken vermindert werden müssen. Es ist geradezu unverständlich, wenn einerseits bei einer Temperatur von 20 Grad Celsius die Schichtzeit auf 6 Stunden herabgesetzt werden mußte und wurde, auf der anderen Seite 20 Jahre hindurch bei einer Temperatur von 27 bis 28 Grad eine Arbeitszeit von acht bis neun Stunden aufrechterhalten wird. — Was in England möglich ist, muß in Deutschland doch auch durchzuführen sein. — Das Bagunnen ist eine umfassende Straftat, die auch an Stelle anderer Strafen gesetzt werden kann. Regelmäßig kommt es zur Verurteilung, wenn nach der Meinung der Aufseher zu viel Steine zwischen den Kohlen sind; es wird zu wenig berücksichtigt, daß die Arbeiter keine Kohle gar nicht fördern können. Dafür sind sie durch die Niedrigkeit des Lohnes und andererseits durch die oft traurigen Familienverhältnisse viel zu sehr zu hastigem Arbeiten gezwungen. Von Seiten des „Bergbaulichen Vereins“, der Vertretung der Zechen, wird gesagt, daß Unrechtmäßigkeiten auf Seiten der Zechenverwaltungen nicht vorgekommen seien und Belegschaften zum größten Teil in den Ausland eingetreten seien, ohne zu wissen, was sie wollten. Ja, ist denn der „Bergbauliche Verein“ erst von gestern? Seit seiner Begründung, 1889, sind Hunderte von allgemeinen Bergarbeiter-Veranstaltungen gewesen und der größte Teil der jetzigen Forderungen schon oft vom Vorstande des „Bergbaulichen Vereins“ zur Kenntnis genommen. — Gegenüber seinen neuesten Erklärungen kann ich ein Schreiben vom Gewerksverein hier verlesen, das mir gestern übermittelt wurde; der Schreiber nahm bei der Entstehung des Streikes eine durchaus besonnene und vermittelnde Stellung ein, er eilte von Verammlung zu Verammlung, um die Erregten zu beschwichtigen — kurz — er darf und als zuverlässiger Zeuge gelten. — Er teilt uns mit, daß am 14. d. M., Sonnabend, eine Belegschaftsversammlung des Zeches „Oberhausen“ stattfand, in der eine große Anzahl von — mit Namen genannten — Bergleuten Fälle aus der jüngsten Zeit vorbrachten: In einem Falle mußte trotz einer Temperatur von 38 Grad Celsius die Schicht ausgehalten werden; in einem anderen Falle mußte eine Belegschaft von 12 Mann 36 Schichten in Reparatur arbeiten; bezahlt erhielten sie diese, trotz ihrer Forderung, nicht; — es mußte in einem Betriebe bei einem Wasserstand von 2 Fuß gearbeitet werden; für die gefördertten 120 Wagen Wasser wurde nicht gezahlt. — In einem Falle sind die Abortkubel nicht rechtzeitig entleert worden und die Leute mußten ihre Notdurft neben den Stühlen verrichten. Ein Bergmann Schwerfeger hatte vor fünf Monaten dem Betriebsführer die Ueberschichten auf Zechen „Konstantin“ brieflich geschildert, die Antwort war seine Entlassung. In einer Versammlung der Belegschaft der Zechen „Rathias Stimmes“ wurde am Sonntag mitgeteilt, am 12. Januar sollte auf den Obersteiger Papst geschossen worden sein, es wurde aber festgestellt, daß der Obersteiger den Schuß selbst abgegeben hatte. Ein anderer Bergmann beklagte sich darüber, daß in der Nähe seiner Arbeitsstelle mehrere Risten Dynamit gestanden hätten. Wenn schon über eine neuere Zechen wie „Konstantin“ vor fünf Monaten schwere Klagen erhoben sind, denen noch nicht abgeholfen ist, dann läßt sich erweisen, wie es auf älteren Gruben aussieht.

Der Handelsminister hat im Einverständnis mit dem Minister des Innern eine Kommission zur schnellen Untersuchung der Mißstände nach dem Ruhrrevier entsandt. Inzwischen ist aber der Generalausstand infolge der unverantwortlichen Ablehnung der Verhandlungen mit der Arbeiterkommission seitens des bergbaulichen Vereins ausgebrochen, die Führer können die Belegschaften nicht mehr zurückhalten. Die Verweigerung der Deputatlohn war ein Kontraktbruch seitens der Zechenverwaltung, und an der jetzigen Lage haben die kapitalistischen Klassen mitgewirkt, die befähigt die Arbeiter heranzuführen suchen. Ich hoffe, daß der Einwirkung der entsandten Kommission bald eine Vermittelung gelingen möge, damit das Ende des Generalausstandes herbeigeführt wird. Das wünsche ich im Interesse der Industrie, des gesamten Wirtschaftslebens und der vielen Tausende von Arbeitern, deren Existenz hier auf dem Spiele steht. Wenn die Regierung nach der Beendigung des Streiks bündig erklären wird: wir werden mittelst Gesetzes oder Verordnung auf sanitären Gründen die Arbeitszeit und die Arbeiterausstattung einführen, wie es in der bayerischen Gesetzgebung seit 1800 schon geschehen ist, wir werden auch den übrigen Wünschen der Arbeiter so weit wie möglich Rechnung tragen und ihre Organisationen anerkennen, dann wird der Friede wieder

eintreten. Das prophete Auftreten der Grubenbesitzer stellt eine schwere Schädigung des Wirtschaftslebens dar.

Handelsminister Müller:

Ich will anerkennen, daß der Vordränger heute gemäßigter gesprochen hat, als wir es früher von ihm gehört haben, aber er hat doch die Linie verlassen, deren Einhaltung ich gewünscht hätte, damit der Friede bald einkehren kann. Ich habe ihnen gestern mitgeteilt, daß wir vereinbart haben, daß Ober-Berghauptmann v. Belsen ins Ruhrrevier zurückkehren solle. Das ist heute morgen geschehen, und damit sind die Unterhandlungen eingeleitet, die von den Vertretern des Bergbaus selbst gewünscht wurden. Der Oberberghauptmann ist weiter verpflichtet, zu hören, inwieweit die Forderungen der Arbeiter begründet sind, und er hat die Vertreter der Arbeiter zu heute 4 Uhr nach Dortmund eingeladen. Unter diesen Umständen wäre es im höchsten Maße verkehrt, wenn ich hier darauf eingehen wollte, ob eine Forderung der Arbeiter berechtigt oder unberechtigt ist. Ich will nur einige Unrichtigkeiten, die hier ausgeführt wurden, berichtigen. Wenn der Abg. Brust von einem Kontraktbruch einer Zechenverwaltung spricht, weil sie die Lieferung der Deputatlohn verweigert habe, so ist klargestellt, daß eine solche Verweigerung nicht stattgefunden hat. Die Zechen „Bruchstraße“ hatte im Dezember täglich 30 Wagen zur Verfügung gestellt, und es wurden meist nur 26—28 Wagen beansprucht. Dann hat die Verwaltung den Arbeitern 40 Wagen zur Verfügung gestellt und in den letzten Tagen hat sie sich bereit erklärt, 1/2 der Förderung den Arbeitern zur Verfügung zu stellen. Die Arbeiterchaft hatte aber verlangt, daß die Deputatlohn für Januar innerhalb zwei Tagen zur Verfügung gestellt werden sollten, und diese Forderung verließ gegen das Abkommen. Die Verfassung der Forderung kann man aber nicht als Kontraktbruch bezeichnen. Die zweite Forderung war die Beilegung der verlängerten Einfahrtszeit, die ohne Einhaltung der Kündigungsfrist eingeführt war, und das hat allerdings gegen die Arbeitsordnung verstoßen. Nachdem diese Anordnung zurückgenommen worden ist, liegt auch hier seitens der Verwaltung Kontraktbruch nicht vor. Ich habe schon gestern ausgeführt, daß der Ausstand auf Zechen „Bruchstraße“ leider explosionsartig erfolgt ist und die Arbeiter leider nicht den Platzes besetzt haben, den die eigenen Arbeiterdelegierten vor dem Oberbergamt angenommen hatten, zunächst das Berggewerbeamt in Dortmund anzurufen. So ist der Verständigungsversuch auf Zechen „Bruchstraße“ durch Schuld der Arbeiter gescheitert. Der Abgeordnete Brust hat weiter behauptet, die Zechen „Kaiser Tiefbau“ sei stillgelegt. Dem Oberbergamt ist seitens der Verwaltung die Versicherung gegeben worden, daß in den nächsten zwei Jahren die Stilllegung dieser Grube nicht erfolgen werde. Der Abg. Brust hat ferner meine Darstellung bezüglich der Seilfahrt beanstandet. Ich halte daran fest, daß die Seilfahrt nicht zur Arbeitszeit gehört. So heißt es auch in § 7 der Ruhr-Arbeitsordnung, daß die Arbeit unter Tage acht Stunden vom Ende der Seilfahrt bis zum Wiederbeginn derselben beträgt. Ich bemerke, daß für diejenigen Zechen, bei denen die Temperatur über 29 Grad beträgt, eine sechsstündige statt einer achtstündigen gesetzt ist. Bei „Bruchstraße“ beträgt die Seilfahrt bei der Morgen- und Nachmittags- und der Nachmittags- und Abend- 1/2 Stunde. Für beide hat die Verlängerung auf 1/2 Stunde stattgefunden. Für die Mehrzahl der Vergleute im ganzen Ruhrrevier hat seit Jahren die Seilfahrt von 1 Stunde bestanden, nicht ohne daß die Arbeiter sich nachträglich dagegen verwahrt haben, und insofern ist die Forderung auf „Bruchstraße“ allerdings lediglich ein Ausfluß der prinzipiellen Stellungnahme der Arbeiter. Wenn der Abg. Brust sich auf das Protokoll von 1889 bezieht, als einer Vereinbarung zwischen Arbeitern und Arbeitgebern, so ist das ein Irrtum. Das Protokoll ist nur zwischen den drei sogenannten Kaiserdelegierten und verschiedenen Reichstags-Abgeordneten, die, wie der Abg. Hammacher, im Bergbau sehr erfahren waren, abgeschlossen worden. Die Bergwerksbesitzer haben diese Abmachungen nie akzeptiert. In bezug auf die einzelnen Forderungen, die der Vordränger aufgestellt hat, lege ich mir die größte Zurückhaltung auf. Er hat der Zechenverwaltung einen Vorwurf gemacht, daß sie nicht längst aus Gesundheitsrücksichten die achtstündige Arbeitszeit vermindert hat. Aber ich erwähne schon die Herabsetzung auf sechs Stunden bei einer Temperatur von 28 Grad. Neuerdings ist die Forderung aufgestellt, diese Grenze bei 27, 26 oder 25 Grad festzusetzen. Das sind aber alles Dinge, die gar nicht ernsthaft diskutiert werden können. Dazu müssen erst die Resultate der Untersuchungskommission abgewartet werden. Ich kann den Bergarbeitern mit dem Abg. Brust nur den Rat erteilen, zur Arbeit zurückzukehren, bis die Unternehmung stattgefunden hat, und bis eine Beilegung eingetreten ist. Ueber die Löhne wäre wohl eine Verständigung möglich, aber zweifellos kann die Differenz nicht ohne schweren Kampf ausgeglichen werden. Wenn man da die Forderungen der Arbeiter durchzuführen will, so kann dies wohl nur durch einen schweren Ausstand geschehen wie jetzt.

In der Frage des Nullens bestehen falsche Vorstellungen in der öffentlichen Meinung. Die Beträge, die den Arbeitern gezahlt werden, müssen gesetzlich in die Unterstützungskasse fließen. (Hört! hört! rechts.) Gegen Verrechnungen sind hier die Behörden stets eingeschritten. Jedenfalls sind die Rechenarten über eine Ausbeutung der Bergarbeiter durch das Nullen gänzlich falsch. Jedenfalls muß die Aufmerksamkeit der Arbeiter auf die Reinhaltung der Kohle gerichtet werden, ob nun auf die jetzige Weise oder auf eine andere. Technisch ist natürlich das Wiegen der abgelieferten Kohle möglich, aber es fragt sich ob es wirtschaftlich richtig ist, eine derartige Komplikation und Verlangsamung eintreten zu lassen. Von einer schweren Beeinträchtigung der gesamten Belegschaften durch das Nullen kann jedenfalls keine Rede sein, da es nur in geringem Umfange Platz greift. Auf manchen Gruben wird überhaupt nicht gemullt, wahrscheinlich, weil dort die Kohlen reiner sind. Immerhin ist das Nullen eine agitatorische Forderung, die seit Jahrzehnten Lärm gemacht hat und über die sich die Arbeiter und Arbeiterführer aufgeregt haben; da könnte es sich fragen, ob man es nicht beseitigen solle. In bezug auf die einzelnen Informationen aus dem Briefe, den Herr Brust mitteilte, erwidere ich heute nur, daß es ungeschicklich wäre, dauernd bei 38 Grad acht Stunden lang arbeiten zu lassen oder die Abortkubel 14 Tage lang nicht zu leeren, und daß ich mir keinen Vierbeinern denken kann, der so fahrlässig wäre, das zuzulassen. Im übrigen mag Herr Brust mir den Brief geben; ich werde die Beschwerden durch das Oberbergamt untersuchen lassen.

Der Abgeordnete Goldschmidt machte mir am Sonnabend zum Vorwurf, daß die Berggesetz-Novelle noch nicht vorgelegt sei. Die Vorlage war aber von uns längst ausgearbeitet, erst neuerlich haben sich wieder erhebliche Schwierigkeiten herausgestellt, die zu beseitigen noch nicht gelungen ist. Eine Beratung hier wäre bei dem reichen sonstigen Arbeitsstoff in diesem Jahre doch nicht möglich gewesen. Die Arbeiter haben von der Verzögerung keinen Nachteil gehabt, die ihnen zugebunden Vorteile sind ihnen inzwischen durch königliche Verordnung zuteil geworden.

Weiter will ich mich über diese Fragen nicht aussprechen, ich wünsche unparteiisch zu bleiben. Ich hoffe, daß es gelingen wird, mehr als eine Million Arbeiter der verschiedenen Industrien vor dem Unheil zu retten und vor Kohlenmangel zu schützen. (Bravo!)

Minister des Innern Herr v. Hammerstein:

Nachdem durch den gestrigen Beschluß der Arbeiterorganisationen der Generalstreik, wenn auch in beschränktem Umfange, beschloffen worden ist, so halte ich mich für verpflichtet, dem Abgeordnetenhaus Rechenschaft über die Maßregeln zu geben, die zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in diesem Gebiete meinerseits und seitens der Behörden getroffen werden. Zunächst hoffen wir mit den gewöhnlichen Kräften, mit der ordentlichen Polizei auszulangen. (Bravo! Heiterkeit.) Die Polizei wird nur, soweit nötig, durch Zusammenziehung aus anderen Gegenden verstärkt werden. (Große Heiterkeit.) Wir hoffen nicht benötigt zu sein, die bewaffnete Macht zu Hilfe zu nehmen, und hoffen, daß die Polizeimannschaften bemüht sein werden, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. In dem Zwecke sind auch den benachbarten Provinzen zahlreiche Gendarmen den betreffenden Orten zur Verfügung gestellt.

Die Instruktion, die gegeben ist, geht dahin, zunächst einer Störung der öffentlichen Ordnung mit Energie zu begegnen, und zweitens, und das ist nach meiner Meinung besonders wichtig, den Arbeitswilligen den nötigen Schutz zu geben. (Beifall rechts und bei den National-Liberalen.) Ich habe die Hoffnung, daß die gestrige Proklamation nicht allgemeinen Beifall unter den Arbeitern findet, daß es wirklich zu einem Generalstreik kommt, sondern daß zahlreiche Arbeiter gewillt und bereit sind, weiter zu arbeiten. Diese zu schützen vor ihren eigenen Kameraden, ist Aufgabe der Polizei. (Beifall rechts und bei den National-Liberalen.)

Abg. Hirsch-Essen (natl.):

Bei dieser Gelegenheit hat sich gezeigt, daß die Arbeiterorganisationen dann, wenn es darauf ankommt, keine Macht haben, daß sie nicht insstande sind, ihre Beschlüsse durchzusetzen und der Arbeiterchaft entgegenzutreten. Die Grundursache des jetzigen Streiks ist die verbrecherische Verletzung, die seit Jahren unter den Arbeitern betrieben wird. Diese Hege hat schuldig, auch wenn sie sich beim Ausbruch des Streikes jetzt bemüht haben, zu bremsen. Die Hege ging seit Jahren darauf aus, einen Generalstreik zu inszenieren, die Masse dazu in ihre Hand zu bekommen. Was wurde den Leuten nicht alles vorgebetet. Wie schlecht sie behandelt, wie sie ausgebeutet, ausgebeutet wurden, wie menschenunwürdig ihre Lage sei! Die Stimmung für die Aktion ist nun da, eher als die Herren Führer, die Hege, es erwartet haben. Darum wollen sie jetzt lösen. Das spricht wieder für die Richtigkeit der Anschauung, daß die Leute gar keinen Grund hatten. Nur, um die lokalen Streitigkeiten in „Bruchstraße“ in eine allgemeine Bewegung überzuführen, wurden da die alten, allgemeinen Forderungen herbeigeholt. Ich muß der Ansicht des Abg. Herold entgegenstehen, wenn er meint, daß die Annahme der Resolution von 1892, die auf eine Unternehmung über die Notwendigkeit einer verlängerten Arbeitszeit abzielte, den Unruhen vorgebeugt hätte. Alles das nützt nichts gegenüber dem Streik der verbrecherischen, gewissenlosen Hege. Das sogenannte „Bremsen“ der sozialdemokratischen Blätter besteht darin, daß auf der einen Seite zur Ruhe gemahnt wird, während es auf der nächsten heißt: „Genug des Ciendes! Wange der Aua!“ — Run zu den Klagen! Die Gesundheitsverhältnisse, das erweist die amtliche Statistik, sind in den Bergarbeitereichen von Jahr zu Jahr günstiger geworden! Eine Einschränkung der Arbeitszeit von 8 Stunden einschließlich Seilfahrt würde eine Einschränkung der Förderung um 10 bis 15 Proz., also eine große Schädigung der ganzen Industrie bedeuten. Daß die Beschränkung der Strafen auf das „Nullen“ eine Einseitigkeit bedeutet, ist schon im Vorjahr von Herrn Geheimrat Reichner anerkannt worden. Als man den Versuch machte, das Revidieren der Wagen von 3 Quaren, statt von Kontrollleuten der Verwaltung, vornehmen zu lassen, mußte man schleunigst Abstand nehmen, weil jetzt noch einmal so viel Wagen gemullt wurden als von den Kontrollleuten. — Nach der Statistik von 1903 hatten wir in der Kohlenklasse von über 5 M. 94 000 Arbeiter; auch die übrigen Ziffern zeigen, daß die Klagen über schlechte Löhne durchaus unberechtigt sind. Daß in England bessere Verhältnisse herrschen, ist im großen und ganzen zu bejahen. Ich bedaure, daß der Minister nicht auf den Kontraktbruch der Arbeiter eingegangen ist. Die Ausführungen des Abg. Brust über die Verfassung von Deputatlohn sind absolut unangebracht gewesen. Ich muß diese, wie auch die Angriffe auf die Grubenbesitzer, indem er von prophete Auftreten derselben sprach, entschieden zurückweisen. Ich hoffe, daß es der von der Regierung entsandten Kommission gelingen wird, ohne Voreingenommenheit festzustellen, daß in Wirklichkeit die Grundlage des Streiks die heberische Agitation ist, die über viele Tausende von Arbeiterfamilien so viel Leid bringt und schwere Schädigungen für unser gesamtes Wirtschaftsleben im Gefolge hat.

Handelsminister Müller:

Dem Vordränger gegenüber bemerke ich, daß ich den Kontraktbruch in höchstem Maße mißbillige. Ich bebaure, daß in der deutlichen Arbeiterchaft so wenig Gefühl für Gerechtigkeit herrscht, daß sich die Arbeiter zum Kontraktbruch verleiten lassen. Auch 1889 hat der Kontraktbruch die Gemüter aufs höchste erregt. Im Jahre 1890 haben bei der Beratung des Arbeiterschutz-Gesetzes die Vertreter der Sozialdemokratie, insbesondere der Abg. Bebel, sich die größte Mühe gegeben, die Kündigungsfrist in der Gewerbeordnung zu streichen, damit die Arbeiter nicht in die Zwangslage kämen, den Kontrakt zu brechen. Ich bin damals als Abgeordneter in der schärfsten Weise gegen den Antrag Bebel aufgetreten und habe darauf hingewiesen, daß die Kündigungsfrist für die Arbeiter einen viel höheren Wert habe als für den Arbeitgeber, und daß das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter sich verschärfen müsse, wenn die Kündigungsfrist beseitigt werde. Ich bedaure, daß die Arbeiterchaft selbst sich durch ihr Verhalten von neuem einen Angriffspunkt gegen dieses Schutzmittel bereitet hat.

Aus einer Reihe von Telegrammen von heute morgen darf ich gleich zur allgemeinen Kenntnis bringen, daß erfreulicherweise die Order, in den allgemeinen Streik einzutreten, nicht beachtet ist. (Hört! hört!) In einzelnen Bezirken ist die Arbeiterchaft bis zur Hälfte ausgefahren, und auf einzelnen großen Zechen ist die Mannschaft vollständig eingefahren. Hoffen wir, daß die Zeit zu Verhandlungen noch nicht zu spät ist. (Beifall.)

Abg. Goldschmidt (fr. Sp.):

Ich bedaure die Ausrufungen des Ministers v. Hammerstein darüber, was geschehen solle, wenn die ordinäre Polizeigewalt nicht ausreichte. Ich möchte dem Minister sagen: wenn die Polizei sich nicht ordinar betragt, so wird schon alles gut werden. Die Arbeiterchaft wird selbst für Ordnung sorgen, und wenn die Polizei sich im Rahmen des Gesetzes hält, so wird trotz der großen Aufregung in dem Streik alles sich so abwickeln, wie die Anordnungen des Ministers überflüssig sein werden. Ich weiß nicht, ob in der von Herrn Hirsch angeführten Statistik auch die Beamtenschaft einbezogen sind. (Abg. Hirsch: Nein!) Ich habe früher öfters das Gegenteil gehört. Wenn der Minister Müller meinte, nur auf 3 Proz. der Förderung beziehe sich das Bagunnen, so trifft doch auf den einzelnen Arbeiter ein höherer Prozentsatz. Mein lebhaftes Bedauern muß ich darüber aussprechen, daß Abg. Hirsch von heberischer Agitation gesprochen hat. Wir müssen uns bemühen, den Frieden aufrechtzuerhalten, dazu aber tragen die Ausführungen des Abg. Hirsch nicht bei, sie verschärfen nur die Gegensätze. Die Mitteilungen des Handelsministers begrüßen wir mit Dank. (Beifall links.)

Abg. Windler (konf.):

Ich muß bezüglich des Kohlenstreiks dem Handelsminister beitreten, wenn er, wie der Ministerpräsident, eine reservierte Stellung einnimmt und jetzt noch kein Urteil über die Schuld der Parteien wünscht, wo er eine unparteiische Untersuchung angezeigt hat. Nach ihrem Abschluß werden wir aber auch fragen müssen, ob die Organe der Regierung nicht doch hätten früher eingreifen können, als das Unheil noch zu verhindern war. Den Worten des Ministers des Innern kann ich nur aus voller Ueberzeugung beistimmen. Beim Scheitern der Arbeitswilligen ist die Autorität der Staatsregierung und die Autorität des Staates engagiert. (Sehr gut rechts.) Erst vor wenigen Minuten haben wir durch Telegramme die bewauerliche Nachricht erhalten, daß man auch diesmal wieder versucht hat, Arbeitswillige mit Gewalt an der Arbeit zu verhindern. (Hört! hört! rechts.) Eins dürfen wir schon jetzt als feststehende Erkenntnis aus dem Streik gewinnen: die sozialdemokratische Agitation hat dort an der Ruhr wie überall vorbereitend für den Streik gewirkt, so daß es in der Tat nur noch eines Funken bedurfte. Schon jetzt wissen wir, daß es kein Gewicht hat, wenn die Führer der Sozialdemokratie jetzt, nachdem es so weit gekommen ist, anscheinend und äußerlich die Friedenspalme blasen. Wir haben es schon so oft ausgeführt, wenn wir an Unruhen anderer Art, die kommen könnten, erinnerten: daß das Unglück naher nicht die Führer trifft, daß die sich stets zu salbieren wissen.

Gegenüber den Organisationen ist die Stellung der Unternehmer sehr schwierig geworden. Um so bedauerlicher und schlaffer ist die Haltung der sogenannten unparteiischen Blätter, die bei jedem Lohnkampf ohne weiteres auf die Seite der Arbeiter treten. Denken Sie nur an Crimmitschau! (Unruhe links.) Freilich die Zusammenballung der Syndikate und Kartelle hat vielleicht auch in bezug auf

Die Arbeiterverhältnisse schädliche Wirkungen gehabt. (Sehr wahr! links.) Da hat mich in der Rede des Finanzministers zum Etat eine Stelle gefreut, die schelte. (Weiterleit.) Im vorigen Jahre hatte er ein überhörsengleiches Lob gesungen auf das Kohlenzinslimit insbesondere; diesmal nach den Stillelegungen und den Hibernaerfahrungen hat er geschwiegen. Das war die berechtigte Stelle seiner breiten Rede. Umso mehr muß man sich über die Reichstagsrede des preussischen Staatsministers Grafen Posadowski am 13. Dezember 1904 wundern. Ich habe hier ein, daß wir nicht daran denken, und vom Abg. Wiemer das Recht nehmen zu lassen, hier über Reichsangelegenheiten zu sprechen. (Sehr gut! rechts.) Bei der Reichsgründung haben die Einzelstaaten gewisse Gebiete sich ausdrücklich und ausschließlich vorbehalten, andererseits Gebiete dem Reich zur Erhebung überlassen. Soweit aber diese letzteren durch den Bundesrat erledigt werden, gehört es zur Zuständigkeit dieses Hauses, zu prüfen, wie Preußen im Bundesrat vertreten wird. Alle Angelegenheiten des Reiches sind somit Angelegenheiten Preußens, Bayerns usw. (Sehr gut! rechts.) In dieser Beziehung interessiert uns auch die Haltung des preussischen Ministers und Bundesratsbedollmächtigten Grafen Posadowski gegenüber den Warenhäusern. Er rühmte sie als eine Erscheinungsform der Kapitalassoziation, die hervorgerufen sei durch die elektrischen und Untergrundbahnen. Aber die Regierung der Handwerker beschränken sich nicht auf Berlin mit seinen Untergrundbahnen. Durch ihre Verbindungslosigkeit hat die Regierung den Bund der Handwerker wie den der Landwirte notwendig gemacht, und ich freue mich aufrichtig über die große Stimmenzahl, die auf den ersten Handwerkerkandidaten jünger bei der Reichstagswahl gefallen ist. Redner geht dann auf die Notlage der Landwirtschaft ein und verlangt eine umfassende Entschädigungsaktion. Zur Revision der Einkommensteuer verlangt er, daß alle direkten Steuern ausschließlich den Einzelstaaten vorbehalten bleiben und das Reich den Einzelstaaten nicht länger zur Last falle. Der vom Minister versprochene Termin für das Volksschulunterhaltungsgebiet müsse streng festgehalten werden. Die Polenpolitik der Regierung sei die einzig richtige und mögliche. Es würde die größte Kapitalkraft sein, der polnischen Agitation, in der der Unabhängigkeitsgedanke noch fortlebt, freien Spielraum zu lassen. Wir sollen uns nach Ansicht der Polen nur als provisorische Stützhalter der ehemals polnischen Landbesitzer betrachten. Wir werden die jegliche Polenpolitik der Regierung nicht unterstützen. Ich freue mich, daß der Minister des Innern sich mit der Anregung des Grafen Limburg einverstanden erklärt hat, für die öffentlichen Versammlungen den Gebrauch der deutschen Sprache vorzuschreiben. Juristische Bedenken dagegen können nicht in Betracht kommen. Wir wünschen, daß bei der Vertretung der vitalen Interessen des Landes stets die erforderliche Entschlossenheit seitens der Regierung betätigt wird. Nicht nur die Angriffe der Polen müssen zurückgewiesen werden, sondern wir müssen auch eine entschiedene Abwehr der sozialdemokratischen Bestrebungen verlangen. Kann es einen größeren inneren Feind geben als die Sozialdemokratie? In einer sozialdemokratischen Broschüre wird von dem neuen Jahre erhofft, daß es in Russland zur Revolution kommen werde; damit würde auch der russische Mann gebrochen werden, der auf Deutschland lasse. Da wird direkt die Hoffnung auf eine Revolution ausgesprochen, und demgegenüber müssen wir die Bitte aussprechen, daß der alte preussische Geist in der Verwaltung festgehalten werde. Oft wird das Wort des großen Königs zitiert: Toujours en vedette! Ich möchte wünschen, daß der Ratschlag: Tout soit forcé, nerf et vigueur mit goldenen Lettern über allen unseren Ministerien stehen möge. (Beifall rechts.)

Abg. v. Kardorff (H.):

Eine Reichsfinanzreform ist dringend nötig. Die jegliche starke Inanspruchnahme durch das Reich ruft zumal in den schwer betroffenen kleineren Staaten eine Reichsverdrossenheit hervor. Wir wollen diese treuen Freunde aus der Zeit des seligen Bundeslages aber nicht verlieren. (Bravo!) — Für das Schulunterhaltungs-Gesetz wird man von meiner Partei kräftig intreten. Eine Hinausschiebung der Einbringung über Ende dieses Jahres hinaus würde bei allen Parteien lebhafteste Mißbilligung erregen. (Sehr richtig!) Es wäre wünschenswert, daß der Gesetzentwurf vor seiner Einbringung publiziert würde, um den Gemeinden und den weiten Kreisen der Wähler eine Stellungnahme zu ermöglichen. — Sollte sodann nicht eine weitere Ausdehnung der Selbstverwaltung möglich sein? — Dadurch würden dem Staate Arbeitskräfte gewonnen. Wir sollten auf dem Wege weitergehen, den wir mit der Einführung der Kreisordnung zum Segen des Vaterlandes beschritten haben. (Beifall rechts.)

Minister Hr. v. Hammerstein

bestreitet dem Abg. Windler gegenüber, daß Graf Posadowski auf einem anderen wirtschaftlichen Standpunkt stehe als das Abgeordnetehaus.

Abg. Schmieding (nail.):

Erhebliche Mißstände werden im Ruhrrevier nicht zutage gefördert werden. Die Erregung ist auf die sozialdemokratische Verheerung und die Agitation der polnischen Arbeiter zurückzuführen, die ein sehr unruhiges Element sind, und für die das Handwerk Heimat und Familie keine Bedeutung hat. Die Ausführungen des Abg. Goldschmidt machten auf mich den Eindruck, als wollte er sagen: Ich kenne zwar die Verhältnisse nicht, aber die Arbeitgeber sind im Unrecht. Wir wollen die Begebenheiten verhandeln! Man verhandelt nicht mit solchen, die keine Macht hinter sich haben. Es hat sich in diesem Streit eine vollständige Koppligkeit und Disziplinlosigkeit der Arbeiter gezeigt. Wir müssen vor allem es mißbilligen, daß die Arbeiter unter Kontraktur in den Auslöser getreten sind. Nach den uns zugegangenen Nachrichten sind mehrfach Ausschreitungen Ausschänder gegen Arbeitswillige vorgekommen, und der polizeiliche Schutz hat vollständig versagt. Gegenüber dem Mangel an Rechts- und Verantwortungsfähigkeit, den wir bei den streikenden Arbeitern sehen, müssen wir einen energischen Schutz der Arbeitwilligen verlangen. Der Abg. Goldschmidt hat dem Minister vorgeworfen, daß er, obwohl er den Streit vorhergesehen habe, nichts getan habe, um ihn zu verhüten. Hätte er nur die Wege dazu anzuzeigen! Wenn ein Boden durch die sozialdemokratische Verheerung so vorbereitet ist, wie dort, so genügt ein Funken, um das Pulverfaß zur Explosion zu bringen, und es hilft dagegen nichts. Die große Hälfte der Arbeiter ist zur Arbeit bereit, wenn ihr die Möglichkeit zu arbeiten gewährleistet wird. (Beifall.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Persönlich bemerkt

Abg. Dr. Wiemer (fr. Sp.): Durch den Schluß der Diskussion bin ich verhindert worden, dem Abg. Windler zu antworten und die Vorwürfe des Vordrögen gegen den Abg. Goldschmidt zurückzuweisen. Ich habe nicht die Theorie aufgestellt, daß hier Reichstagsreden nicht behandelt werden sollen, sondern ich habe Widerspruch gegen die von der Reden erhobene Forderung erhoben, daß die Minister nicht im Reichstags Ansturm über preussische Angelegenheiten geben sollen. Wir sind bereit, der Landwirtschaft zu helfen, bestreiten aber, daß die Agrarfälle den mittleren und kleineren Landwirten zugute kommen.

Der größte Teil des Etats wird hierauf der Budgetkommission überwiefen.

Nächste Sitzung: Mittwoch, 11 Uhr. (Einführungsgesetz zum Reichs-Steuerengesetz.)

Schluß 3 1/2 Uhr.

Partei-Nachrichten.

Die Furcht vor der Auflöfung. Die Leipziger Volkszeitung antwortet auf unsere Bemerkungen über die von den Leipziger Partei-Organisationen unterzeichnete Rehringische Erklärung das Folgende:

Die Unterstellung, daß die Erklärung der Leipziger Partei-Instanzen bestimmt sei, mildernde Umstände für die Redaktion der Leipziger Volkszeitung zu erwirken, erledigt sich durch den Wortlaut der Erklärung und die Wirkung, die sie auf alle unbefangenen Parteigenossen gehabt hat. Ebenso summarisch erledigt sich das übrige Gerücht des „Vorwärts“ durch die einfache Tatsache, daß die Leipziger Partei-Instanzen über den ganzen

Zusammenhang des Streites vollkommen genau unterrichtet sind durch die mehrstündige Konferenz, die am 10. cr. in Leipzig zwischen ihnen und den Partei-Vorständen stattgefunden hat. In dieser Konferenz hätte sich die Redaktion des „Vorwärts“ als unterrichtete Stelle ebensovot vertreten lassen können, wie es die Redaktion der Leipziger Volkszeitung getan hat, zumal ihr die sachlichen Beschuldigungen keineswegs neu und der Leipziger Volkszeitung längst bekannt waren. Wenn sie es gleichwohl unterlassen hat, um sich jetzt nachträglich zu einem Beweisverfahren zu erlauben, das rechtzeitig vor den Leipziger Partei-Instanzen zu führen wir diesen niemals verwehrt hätten, so beträftigt eine milde gesagt so überflüssige Rückzugsanomalie nur das Urteil, das von den Leipziger Partei-Instanzen im Schlußjahr ihrer Erklärung über die Kampfweise des „Vorwärts“ gegen die Leipziger Volkszeitung gefällt worden ist.

Wir finden es durchaus verständlich, daß der für diese Auslassung verantwortliche Redakteur der Leipziger Volkszeitung das Bedürfnis fühlt, die Leipziger Partei-Instanzen vor der Auflöfung über die von ihm zusammengeführten Behauptungen zu bewahren. Aber wir bemitleiden ihn gleichzeitig wegen des Mafes von Unbesonnenheit, zu dem er in der Polemik gegen uns nachgerade sich gesteigert hat. Sollte der Schreiber der vorstehenden Bemerkungen bei der erwähnten Konferenz mit dem Parteivorstand anwesend gewesen sein, so hat er die Unwahrheit geschrieben, wenn er behauptet, die Leipziger Partei-Instanzen seien über den Zusammenhang des Streites vollkommen genau unterrichtet worden; denn diese Bemerkung kann in dem Zusammenhang, in dem sie geschrieben ist, und wenn sie überhaupt einen Sinn haben soll, nur bedeuten, daß auch der Parteivorstand Aufklärungen gegeben habe. Der Schreiber obiger Zeilen muß wissen, daß das Gegenteil von dem, was er behauptet, die Wahrheit ist. Der Parteivorstand hat ausdrücklich in jener Haltung des „Vorwärts“ irgendwie einzuweichen, er hat ferner mitgeteilt, daß im Einverständnis mit ihm die Redaktion des „Vorwärts“ verzichtet habe, sich in der Leipziger Konferenz vertreten zu lassen, weil eben der „Vorwärts“ und seine Haltung gar nicht zur Debatte stand, sondern es lediglich sich um die Gefährlichkeiten und Beschimpfungen in Nr. 298 der Leipziger Volkszeitung handelte. Die Leipziger Partei-Instanzen sind in jener Sitzung also, abgesehen von den unwahren Behauptungen ihres Redakteurs, in keiner Weise über die tatsächlichen Vorgänge informiert worden.

Festgestellt sei noch, daß das „Gerücht des „Vorwärts“, von dem der Redakteur der Leipziger Volkszeitung in den obigen Sätzen spricht, dem Parteivorstand vor der Veröffentlichung zur Kenntnisnahme unterbreitet worden ist.

Wenn der Verfasser der neuen Entgegnung in harmonischer Uebereinstimmung mit der „Freien Deutschen Presse“, dem Organ der Sozialistenpöler, und der Mehrzahl der bürgerlichen Blätter von einer Rückzugsanomalie des „Vorwärts“ und von dem ungeschickten Eindruck spricht, den die Erklärung der vor jeder wahrheitsgemäßen Aufklärung von ihrem Informator behüteten Leipziger Partei-Instanzen auf alle Unbefangenen gemacht haben soll, so werden wir uns auch durch diese Redewendungen nicht provozieren lassen. Es ist seit jeder die taktische Kunst von Sozialdemokraten, auf Provokationen nicht zu reagieren. Wir werden nach wie vor dabei beharren, Parteigenossen gegenüber in der Offenheit die die nächsten zu nehmen, die nun einmal genommen werden müssen, auf die Gefahr hin, daß urteillose Leute auf das Geschwätz der bürgerlichen Presse hineinfallen und demjenigen recht geben, der solche Rücksichten nicht kennt. Wir aber dürfen diese Zurückhaltung über in der festen Ueberzeugung, daß jedes Spiel der Unwahrscheinlichkeit einmal von selbst ein Ende nimmt.

Polizeiliche, gerichtliche usw.

— Nachwehen des Königsberger Hofverrats-Prozesses. Wegen Verleumdung der Königsberger Ober-Postdirektion und der Reichspost hatte sich Genosse Krielle als verantwortlicher Redakteur des „Volksblattes für Harburg“ vor der Strafkammer in Stade zu verantworten. Die Verleumdung wurde in einer Notiz erbildet, in der unter der Stichmarke „Schmücker an der Arbeit“ aus Königsberg berichtet wurde, daß bei unserer Königsberger Parteileitung ein defektes Palet mit russischen Drucksachen eingegangen sei, das augenscheinlich auf der Post einer unerlaubten „Revision“ unterzogen worden sei. An diese Behauptung war noch eine scharfe Kritik eines solchen Gebahrens geknüpft.

Krielle wurde zu einer Geldstrafe von 100 Mark und den üblichen Nebenstrafen verurteilt.

Die Sitzung des Internationalen sozialistischen Bureaus.

(Fig. Ver.) Am 15. dieses, Sonntag, hat das Internationale sozialistische Bureau in Brüssel, im Maison du Peuple, eine Sitzung abgehalten. Anwesend waren: Debel und Kautsky (für Deutschland), Ansele und Vanderveelde (Belgien), Cipriani und Jean Longuet für die eine französische Sektion, Vallant und Bracke für die andere, Cambier (Argentinien), Kretsch und Rubanowitsch (Rußland), Hundman (England), Van Kol (Holland), Rosa Luxemburg (sozialdemokratische Partei des Königreichs Polen), Welter (Großherzogtum Luxemburg).

Vallant macht zuerst Mitteilung, daß die französischen Sozialisten dem in Amsterdam von der Internationale ausgeprochenen Wünschen nachgekommen sind und die

sozialistische Einigung

realisiert haben. W' zwar ist sie auf dem Boden der in Amsterdam akzeptierten Dresdener Resolution verwirklicht worden, d. h. unter Bedingungen, welche die strikte Anwendung der sozialistischen Prinzipien und der revolutionären Taktik in der französischen Bewegung garantieren. Die Einigung ist ausdrücklich auf der Auffassung basiert, daß die französische sozialistische Partei nicht eine Partei der Reformen, sondern eine revolutionäre Partei des Klassenkampfes sein müsse.

Bracke liest die betreffenden Dokumente vor, nämlich den von der Einigungskommission ausgearbeiteten Entwurf der Bedingungen für die definitive Einigung der Organisationen.

Dieser Entwurf wurde sodann allen beteiligten Parteien und Organisationen zur Ratifizierung vorgelegt. Am 13. dieses Monats hat nun die letzte Sitzung der Einigungskommission stattgefunden, in der festgestellt wurde, daß der Einigungsentwurf von allen Organisationen akzeptiert worden sei. (Nur die autonome Föderation des Nordens hat noch aus prinzipiellen Gründen ihre Ratifizierung bis zu ihrer nächsten Konferenz hinausgeschoben, die jedoch bereits am 20. d. M. stattfinden soll.) So kann die Einigung als eine vollendete Tatsache betrachtet werden. Rummehr soll noch ein allgemeiner Kongreß aller französischen sozialistischen Organisationen stattfinden, mit dessen Vorbereitung eine Kommission betraut worden ist, und der wahrscheinlich schon im Frühjahr zustande kommen wird. — Es sind im übrigen auch noch Maßnahmen getroffen worden, damit schon von jetzt ab bis zur definitiven formellen Einigung die verschiedenen Organisationen in ihrer Taktik in Reich und Glied marschieren in der Richtung, die für die geeinigten Partei maßgebend werden soll.

Hundman bringt darauf eine Resolution ein, die diejenigen sozialistischen Parteien beglückwünscht, denen es gelungen ist, in ihrem Lande die Einigkeit zu realisieren, und die anderen, in denen noch Zerspaltung herrscht, ermahnt, sich die Wichtigkeit der Einigkeit zu überlegen und Anstrengungen nach dieser Richtung zu machen. Hundman hat dabei insbesondere auch seine eigene, englische sozialistische Bewegung im Auge.

Vallant bringt im Namen der Sozialistischen Partei Frankreichs die folgende

Resolution über den Krieg

ein:

Das Bureau erneuert seine Mahnung an die sozialistischen Parteien aller Länder, daß sie alle Wachsamkeit und alle Anstrengungen aufbieten, um jede Beteiligung ihrer Länder am Kriege und jeden Versuch der Neutralität zu verhindern.

Es kann aber nur zählen und zählt lediglich den heftigen Kampf der Sozialisten in Rußland, um den durch den Krieg und die revolutionären Konsequenzen der Ereignisse eingeleiteten Zusammenbruch des Zarismus zu realisieren und auf diese Weise der Kolonialräuberei ein Ende zu machen.

Das Bureau sendet im Namen des internationalen Sozialismus an die kämpfenden Sozialisten und Proletarier in Rußland den Ausdruck seiner Verbunderung und brüderlichen Sympathien mit heißen Wünschen, daß ihr revolutionärer Kampf Rußland und die Welt baldigt von der Tyrannei des Absolutismus befreien und dem Proletariat in Rußland diejenigen Bedingungen verschaffen möge, in denen es sein Organisationswert und seinen Befreiungskampf ungehindert führen kann.

Vom Vorsitzenden Vanderveelde wird ein Telegramm von Dabynski, Kaniowski und Morawski vorgelesen, in dem die Genannten im voraus ihre volle Solidarität mit den Beschließungen des Bureaus ausdrücken, da der Vertreter ihrer Sektion verhindert sei, in der Sitzung zu erscheinen, und auf den gegenwärtigen Kampf mit dem russischen Absolutismus hinweisen.

Der Sekretär Serby gibt den Bericht über die Tätigkeit des Internationalen Bureaus

seit dem Amsterdamer Kongreß (derselbe Bericht wird auch schriftlich den Mitgliedern des Bureaus vorgelegt). Serby teilt ferner mit, daß das Bureau von zwei bulgarischen sozialistischen Fraktionen eine Beschwerde erhalten habe, — von jeder über die Zulassung der anderen zur Vertretung im Internationalen Bureau.

Als dritter Punkt der Tagesordnung wird die Frage des Abstimmungsmodus

auf den internationalen Kongressen behandelt.

Van Kol erklärt, daß es notwendig sei, den größeren Nationen mehr Stimmen zu geben als den kleineren, und legt einen praktischen Vorschlag in diesem Sinne dar. Als Grundlage für die Zulassung einer Nation zum Kongreß soll der bereits vom Internationalen Bureau in Amsterdam akzeptierte Grundsatz gelten, daß man unter Nation nicht eine ethnographische Gruppe, sondern die Gesamtheit der Sozialisten versteht, die im Rahmen eines bestimmten Staates gegen eine gemeinsame Regierung kämpfen, daß aber jeder dieser Nationen nach Maßgabe ihrer Größe eine verschiedene Stimmenzahl zugestanden werde.

Hundman unterstützt den Vorschlag und die Auffassung Van Kols. Vanderveelde spricht gleichfalls dafür, daß das in Amsterdam vom Internationalen Bureau formulierte Prinzip, daß man unter Nation die Gesamtheit der Genossen in einem Staate versteht, aufrecht erhalten werde, daß jedoch ein System von Pluralstimmen eingeführt werde, dem auch die Größe der von jeder Nation an das Internationale Bureau zu entrichtenden Beiträge angepaßt werden müsse.

Kautsky liest zunächst eine ihm zugegangene Mitteilung vor von den bulgarischen Genossen (Malowetz, Garafow und das Zentralkomitee der sozialdemokratischen Partei Bulgariens), worin diese gegen die Fassung etwaiger Abänderungsbeschlüsse betreffend den Abstimmungsmodus protestieren und die Abweisung dieser Frage von der Tagesordnung der Sitzung des Bureaus fordern. Kautsky sagt dem hinzu, daß er es für unmöglich hält, eine so schwierige Frage ohne vorherige genügende Diskussion durch einen Beschluß zu lösen und schlägt vor, sich vorläufig auf einen Meinungsaustrausch zu beschränken, die Fassung eines Beschlusses aber bis zu einer späteren Sitzung zu verschieben.

Welter spricht für die Zulassung des Großherzogtums Luxemburg als besondere Nation im Bureau und auf den Kongressen.

Adler meint, daß wenn auch die gleichen Rechte der kleinen Nationen mit den großen bei der Abstimmung auf internationalen Kongressen zu Unzutraglichkeiten führen mögen, er doch keine Notwendigkeit sieht, hierin durch ein neues System Wandel zu schaffen. Was jedoch zu ändern notwendig wäre, das ist der Modus der Zulassung verschiedener Nationen zur Vertretung im Bureau und auf den Kongressen. Die von dem Internationalen Bureau in Amsterdam getroffenen Beschlüsse galten nur für den Amsterdamer Kongreß und dürfen nur als provisorische, nicht definitive betrachtet werden. Als Grundlage hierbei könne Weber der Begriff Nation, noch Staat dienen, denn es gibt Staaten mit sehr vielen Nationalitäten und Nationen, die keinen Staat haben. Das einzig richtige wäre, die Parteien als solche zuzulassen, und zwar jeder sozialistischen Partei das Recht auf eine gesonderte Delegation und eine Stimme zu geben.

Bracke konstatiert, daß bereits in Amsterdam das Internationale Bureau als Regel erklärt hat, jede Nation dürfe höchstens zwei Sektionen bilden, das von Van Kol vorgeschlagene Pluralvotum dürfe deshalb nicht etwa so ausgelegt werden, daß nimmehr jede Nation nach der ihr zugestandenen Stimmenzahl als ebenso viel Sektionen gelten dürfe.

Debel hebt zunächst hervor, daß die Frage eine außerordentlich schwierige und verwickelte sei. Eine ideale Lösung, die allen Ansprüchen und Auffassungen genügen würde, kann es gar nicht geben. Wir müssen aber suchen, einen einigermaßen befriedigenden Ausweg zu finden, und da sei selbstverständlich vor allem eine ausreichende allseitige Diskussion in der Parteipresse notwendig. Die dabei auftauchenden Vorschläge möchte dann das Internationale Sekretariat sammeln und in den drei Kongresssprachen den Mitgliedern des Bureaus wieder mitteilen, wobei wohlgemeint eine etwas sorgfältigere Uebersetzung besorgt werden sollte, wie in den Fundamenten des Bureaus seit dem Amsterdamer Kongreß. In der Sache selbst wären drei Abstimmungsformen auf den Internationalen Kongressen denkbar: Die Abstimmung nach Köpfen wäre vielleicht an sich die rationellste, wird sich aber kaum praktisch durchführen lassen. 2. Die Abstimmung nach Partei-Organisationen. Der hiergegen gemachte Einwurf, daß dies eine Prämie für die Zerspaltung wäre, sei an sich unschlüssig, weil doch keine Organisation sich zu einem so heiklen Zwecke absplittern würde, um eine Stimme auf dem internationalen Kongreß zu erlangen. 3. Könnte nach Nationalitäten abgestimmt werden — Dabei kann selbstverständlich z. B. den Kolonien mit eigener Regierung das Recht auf gesonderte Delegation und Stimme nicht freitig gemacht werden. Dagegen hat das Großherzogtum Luxemburg darauf einen berechtigten Anspruch. Zum Schluß formuliert Debel seinen Vorschlag: jede Nation hat nur zwei Stimmen. Wer die Stimmführer sind, entscheidet in freitigen Fällen das Internationale Bureau. Jeder Staat von einheitlichem nationalen Charakter hat eine eigene Vertretung. Wo mehrere Nationalitäten vorhanden sind, hat jede einen Anspruch auf eigene Vertretung.

Rubanowitsch ist auch der Meinung, daß die Frage erst reiflich diskutiert werden müsse.

Rosa Luxemburg stellt gegen Adler fest, daß die von dem internationalen Bureau in Amsterdam formulierte allgemeine Regel für die Zulassung der Delegationen keine provisorische war, sondern ganz allgemein für die Kongresse gelten sollte. Das von Adler vorgeschlagene System sei unzulässig, denn in Verhältnissen wie z. B. in Rußland sei der Begriff „Partei“ noch viel bager und schwankender als der Begriff „Staat“ und „Nationalität“. Jeder Nationalität eine gesonderte Vertretung zugestehen, wie Debel wolle, gehe nicht an, weil dann erstens die jetzigen Delegationen ganz ungedändert werden müßten, indem die Deutsch-Oesterreicher mit den Reichsdeutschen sitzen würden, die Schweizer Delegation ganz aufgelöst werden würde, um in die französische, deutsche und italienische aufzugehen, andererseits würden zwei Staaten mit abnormen Verhältnissen: Rußland und Oesterreich allein auf den internationalen Kongressen die Majorität bilden.

Kretsch gibt eine Darstellung der exklusiven Verhältnisse in Rußland, wo auch bürgerliche Elemente sich an die Arbeiterklasse heranmachen, wo bald alles in Sozialismus machen dürfte. Wenn wir jeder sozialen „Partei“ oder Organisation das Recht auf eine Delegation und Stimme geben, dann könnte die wirkliche proletarische Partei, die russische Sozialdemokratie, sehr leicht von allerlei „Kauzsozialisten“ überstimmt werden. Wenn sogar ein solcher Modus, wie ihn Adler vorschlägt,

abgelehrt werden sollte, so müßte sich die russische Sozialdemokratie vor seiner Anwendung auf Rußland garantieren.
Schließlich wird eine Kommission aus drei Mitgliedern (Van Kol, Vandervelde und Leroy) gewählt, die beauftragt wird, alle Vorschläge, die sich auf die Vertretungs- und Abstimmungsfrage auf den Kongress beziehen, zu sammeln, zu registrieren und den Mitgliedern des Bureau mitzuteilen. Als Frist zur Einbringung dieses bezüglicher Vorschläge an das Sekretariat aus den Reihen der sozialistischen Parteien sind sechs Monate fixiert.

Es wird sodann die Mitteilung gemacht, daß Genosse Leroy sein Amt als Sekretär des Internationalen Bureau niedergelegt, und an seiner Stelle Genosse Fajnsman gewählt wurde.
Vandervelde hebt in kurzen Worten die Verdienste des ersten Sekretärs hervor, der in der schwierigsten Zeit der Funktionierung des Bureau seiner Aufgabe mit Hingebung und Geschick obwaltete. Das Bureau bekräftigt dies durch lebhaften Beifall und Händeklatschen.

Jean Longuet schlägt eine Sympathie-Erklärung für die jetzt von der eigenen Regierung besonders gemahregelten japanischen Genossen vor, was einstimmig angenommen wird. Die Resolution lautet:

„Das Internationale Sozialistische Bureau protestiert gegen die politischen und gerichtlichen Verfolgungen, deren Opfer die japanischen Sozialisten gegenwärtig sind. Es protestiert speziell gegen die Auflösung der sozialistischen Vereinigung von Tokio, gegen das Verbot des sozialistischen Organs „Daimin-Shimbun“ und die Verurteilung seiner Redakteure auf Grund der hohen Veröffentlichung des „Kommunistischen Manifests“, dieses klassischen Dokuments des internationalen Sozialismus.“

Das Internationale Sozialistische Bureau sendet den Ausdruck seiner tiefen Sympathie und Solidarität an die japanischen Sozialisten, welche für die gemeinsame Sache des internationalen Proletariats kämpfen.“

Darauf wird die Sitzung des Bureau geschlossen, nachdem noch Bebel den Vorschlag gemacht hat, nur einmal jährlich in einer günstigeren Jahreszeit (im Frühling) die Sitzungen des Bureau abzuhalten. In wichtigen Fällen könnte dann das Sekretariat selbst eine Extrasingung einberufen. Der Bebel'sche Vorschlag wird allgemein angenommen.

Ministerkrisis in Frankreich.

Paris, 18. Januar. (Sig. Ver.) Ein Organismus, der in seiner Lebenswurzel getroffen ist, kann, wenn er nicht sterben will, nur noch einen langwierigen Todeskampf bestehen. Das war die Lage des Kabinetts Combes vor der zweitägigen Kammerwahl und das ist sie nach der Schlacht. Mit einer Vertrauensmehrheit von sechs und zehn Stimmen, worunter acht Ministerstimmen, kann man nicht mehr regieren, hat man nicht mehr die Kraft, ein Reformprogramm zu verwirklichen. Man kann nur noch in schwebender Pein fortvegetieren bis zum nächsten Zusammenstoß mit der immer heftigeren Opposition. Das hat die Erfahrung der Herbstsession gelehrt.

Es ist daher ein verständiger Beschluß, wenn die Regierung nach ihrem Aftersieg demissionieren will. Dadurch würde sie ihren Todeskampf abtun und — was die Hauptsache ist — zumindest die Möglichkeit sichern, aus ihrer Programm-Erbischaft zu retten, was in dieser Legislatur noch zu retten ist. Wenn nämlich das Kabinett als solches bloß sechs Stimmen Mehrheit (267 gegen 281) erhalten, so hat sein Programm in einer gesonderten Abstimmung 302 gegen 46 Stimmen (bei Enthaltung namenslich der Radikalen) vereinigt. Unter Abzug der etwa 30 nationalisierungsreaktionären Stimmen, die aus demagogischer Taktik für das Reformprogramm abgegeben wurden, ist es die gute alte Linksmehrheit, mit der Combes die ersten zwei Jahre regiert hat. Das heißt natürlich nicht, daß die gleiche Mehrheit wirklich entschlossen ist, die Steuerreform, die Alterspensionen und die Trennung zwischen Kirche und Staat zum Gesetz zu erheben. Wohl aber bindet jenes Votum den Präsidenten der Republik bei der Ernennung des Nachfolgers Combes und wird so wenigstens die allgemeine Richtungslinie des nächsten Kabinetts im demokratischen Sinne festgelegt.

Die skeptische Beurteilung der Zukunft des Reformprogramms ist schon durch den bisherigen Verlauf der ablaufenden Legislatur gerechtfertigt. Die tiefere Ursache der herausgehenden Krise ist ja gerade, wie bereits in meinem Neujahrs-Artikel auseinandergesetzt wurde, die reformerische Ohnmacht des heterogenen, innerlich widersprechenden Blocs und der nach seinem Ebenbilde geschaffenen Regierung. Für eine demokratische Steuerreform gibt es in dieser Kammer ebensowenig eine ausreichende Mehrheit wie in allen früheren Kammern der dritten Republik, höchstens eine heuchlerische Mehrheit, welche die Fälligkeit ihres Votums durch den Senat heimlich dissoniert. Die Alterspensionen für Arbeiter können wohl auf eine erdrückende Mehrheit aus allen Parteien rechnen. Die Furcht vor den Arbeiterwählern will es so. Indes ist diese Reform unbedenklich ohne eine durchgreifende Änderung des Steuerrechts und des Ausgabenbudgets. Bleibt doch selbst die 1903 von der Kammer votierte Reform der Armenpflege (obligatorische Unterstützung der Greise und Gebrechlichen), die als ein Vorwerk der Altersversicherung gedacht war, bisher im Senat stecken — aus Mangel an Geld. Entlich die dritte Hauptreform, die Trennung zwischen Kirche und Staat. Es ist ein subjektiv ungewolltes, objektiv aber verdienstliches Resultat der antilangreganistischen Aktion Combes', die Trennungsfrage von Regierungswegen spruchreif gemacht zu haben. Andererseits fehlt die Trennung keine Budgetopfer voraus, ja, auf die Dauer entlastet sie das Budget vollständig von den mehr als 40 Millionen Grant an Kultusaufgaben, abgesehen von den Einnahmen, die der Staat aus seinem Eigentumsrecht auf die Kultusgebäude ziehen könnte. Trotzdem aber kann sie in dieser Kammer offenbar weder eine ausreichende noch eine heuchlerische Mehrheit finden. Der neueste bündige Beweis dafür ist die Weigerung Cluennés, des Vorsitzenden der „Demokratischen Union“, sich namens dieser äußersten Rechten des Blocs in dem Entwurf einer Vertrauensformel auf die Trennung zwischen Kirche und Staat zu verpflichten. Die ausdrückliche Aufzählung der Reformen mußte daher in jener Formel durch den Hausalausdruck: „Programm der Regierung“ ersetzt werden.

Neben dem innerlichen Abgenüßtheit eines Teiles der Linksmehrheit gegen die Reformen begünstigt und bequemt verhält sich durch den materiellen Zeitmangel, der um die Wette durch die Opposition und die Regierung bezogen, die Mehrheit herbeigeführt worden ist.

Neben der reformerischen Ohnmacht und in engem Zusammenhang mit ihr lastete auf dem Kabinett und lastet auf der politischen Situation der Geheimzettel-Standal. Die Opposition hat ja die Frage der „Angeberei“ auch in dem letzten Anstrich in den Mittelpunkt gestellt, nachdem sie durch eine neue Enthüllung über den republikanischen Armeekorps-Befehlshaber General Peigné, der bezüglich dem Sekretär des Freimaurer-Ordens über die vorgenommenen Verletzungen kirchlicher Offiziere berichtet, in die Regierungsfestung eine neue schwere Wunde gelegt hatte. Andererseits hatte der Rat der Ehrenlegion in brüderlicher Eintracht mit der Opposition an dem vorbereitendem Artikelreferat teilgenommen. In einer außerordentlichen zu ungewohnter Zeit einberufenen Sitzung hatte er den Major Régnicourt als Angeber aus der Ehrenlegion gestrichen — jüst am Vorabend der ministeriellen Kammerdebatte.

Die Äußerungen der oppositionellen Presse aller Schattierungen über die Krise zeigen übrigens, daß die Opposition entschlossen wäre, die Geheimzettel als Expresionsmittel gegen jede andere linksstehende Regierung zu gebrauchen. Die Fundgrube der Geheimzettel ist anscheinend noch nicht erschöpft. Die Erwerber der freimaurerischen Zettel und Vertriebsstellen wirtschaften mit ihrem Fund sparsam und taktisch umsichtig. Bei der Neubildung des Ministeriums muß daher die gründliche Erlebigung der Frage der „Angeberei“

eine entscheidende Rolle spielen. Das kann auf zweifachem Wege geschehen. Entweder erfüllt die neue Regierung die Forderung der Beamten und nimmt massenhafte Maßregelungen der Offiziere und Zivilbeamten vor, die in den Standal verwickelt sind, — oder aber sie erklärt, unbeschadet etwa der Statuierung einiger Exempel, die Angelegenheit für erledigt durch den Rücktritt des Kabinetts Combes. Die Linke, die unter Waldeck-Roussieu im Namen des lieben Friedens die Amnestie für die Häufler und Verbrecher des Generalsstabes votiert hat, kann offenbar nur den letzteren Weg für annehmbar halten. Der Rücktritt Combes entwarfnet übrigens die persönlichen Feindschaften zahlreicher Dissidenten, die einem neuen Linksministerium wohl oder übel werden Gefolgschaft leisten müssen.

Was die Sozialisten betrifft, so werden sie jedes Linksministerium unterstützen, welches sich auf Combes Programm verpflichten würde. Auch die revolutionären Sozialisten, die übrigens in der letzten Debatte ebenfalls mit der Vertrauensmehrheit des Kabinetts gestimmt haben. Jaures fügt noch die Bedingung oder den Wunsch hinzu, daß aus dem neuen Ministerium die Urheber des „verräterischen Verleses“ der Wahl Doumers zum Kammerpräsidenten ausgeschlossen bleiben, d. h. vor allem die ehemaligen Mitglieder des Kabinetts Waldeck-Roussieu.

Gewerkschaftliches.

Staatsanwalt, Drehschraube und Arbeiterführer.

Bei der Verhandlung gegen den Drehschrauber Bäcker spielte sich in Moabit folgender Zwischenfall ab:

Graf Pädler (erregt): Der Herr Staatsanwalt hat hier soeben Ausdrücke gebraucht wie „Gassenjungen“ und „pöbelhaftes Benehmen“. Ich verlange, da diese Äußerungen eine schwere Ehrenkränkung für mich enthalten, daß der Herr Staatsanwalt sofort revoziert, wenn er ein Ehrenmann ist. Wenn der Staatsanwalt nicht sofort revoziert, behalte ich mir weitere Maßnahmen vor. Ich bitte also dringend, den Ausdruck „Gassenjungen“ zurückzunehmen. Ich will wie ein Gentleman behandelt werden!

Vors.: Der Herr Staatsanwalt hat nur gesagt, daß sie Ausdrücke gebraucht haben, wie sie auch Gassenjungen gebrauchen. Erklären Sie sich vor allen Dingen auf den Antrag des Vertreters der Anklagebehörde.

Graf Pädler: Ich fordere erst, ehe ich mich auf weitere Erklärungen einlasse, daß der Herr Staatsanwalt diese Äußerungen zurücknimmt und erklärt, daß er mich persönlich mit dem „Gassenjungen“ und „pöbelhaften Benehmen“ nicht beleidigen wollte.

Staatsanwalt Koeltig erklärt, daß er selbstverständlich mit seinen Äußerungen nicht die Persönlichkeit des Grafen Pädler, sondern nur die verschiedenen der Persönlichkeit des Grafen Pädler durchaus nicht angemessenen Redewendungen charakterisieren wollte.

Da sich der Angeklagte mit diesen Erklärungen „zufrieden gibt“, so ist der Zwischenfall erledigt.

Eine ähnliche Szene hat sich in Moabit vor fast genau einem Vierteljahr schon einmal zugetragen; allerdings mit einem anderen Ausgang.

Am 11. Oktober 1904 stand vor den Schranken der Berliner Bevollmächtigte des Metallarbeiter-Verbandes, der Genosse Cohen. Diesem glaubte der Staatsanwalt sagen zu dürfen, daß er sich von den „Schweizergroschen“ der Arbeiter nähre. Als der Angeklagte darauf erwiderte, er müsse für sein Gehalt genau so seine Arbeit liefern wie der Herr Staatsanwalt, entschuldigte sich dieser Herr nicht etwa mit einer Entgehnung oder einem Mißverständnis, sondern bezeichnete die aufgedrungene Abwehr eines vom Vertrauen seiner Kollegen in ein Ehrenamt berufenen Mannes als eine Ungebühr!

Und der Gerichtshof, der erst bei der Auslegung des § 153 der Gewerbe-Ordnung einen Lapsus beging, ahndete diese angelegliche Ungebühr mit einer Geldstrafe von 20 M.

Berlin und Umgegend.

Die Arbeitsaufnahme der Tischler ist am Dienstag in der größten Zahl aller Betriebe ohne weitere Zwischenfälle erfolgt. In mehreren Betrieben ist die Arbeit dagegen noch nicht aufgenommen worden, weil sich noch Schwierigkeiten herausgestellt haben, die jedoch nicht von großer Bedeutung sind. In diesen Betrieben hat die Leitung des Holzarbeiter-Verbandes im Laufe des gestrigen Tages vermittelnd eingegriffen. Voraussichtlich werden die noch bestehenden Differenzen in kürzester Zeit geregelt, so daß auch in den noch ausstehenden Betrieben die Arbeit vielleicht schon heute wieder aufgenommen wird.

Brauerei-Arbeiter. Bei der Wahl der Arbeitnehmer-Mitglieder des Kuratoriums des Arbeitsnachweises der zum V. in der Brauereien Berlin und Umgegend gehörenden Brauereien siegte die Liste der Vertreter des Zentralverbandes deutscher Brauerei-Arbeiter glänzend. Abgegeben wurden von den im Bereiche des Vereins der Brauereien beschäftigten 1150 Brauerei 917 Stimmen. Davon erhielt der Verband 641 Stimmen, d. h. rund deutscher Vierbrauerei-Gesellen 276. Trotz aller Agitation erlitten die berufsten Vertreter der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit eine solche Niederlage. Bei der Wahl vor zwei Jahren erhielten der Verband 516, der Bund 304 Stimmen. Es scheint also mit dem Bunde abwärts zu gehen. In der Sektion II (Hilfsarbeiter) siegte ebenfalls die Liste des Verbandes. Von 1459 abgegebenen Stimmen erhielt der Verband 1448. Die Wahl ist in sofern von größter Wichtigkeit für die Brauerei-Arbeiter Berlins, als die Kuratoriumsmitglieder zu gleicherzeit Mitglieder des bestehenden Einigungsamtes sind.

Achtung, Schuhmacher! Wegen Maßregelung haben die Arbeiter der Genossenschafts-Schuhfabrik, Wilhelmstr. 30/31, die Arbeit niedergelegt. — Zugang ist fernzuhalten.

Ortsverwaltung Berlin des Vereins Deutscher Schuhmacher.

Rückwehen des Müllerkampfs. Wie erinnerlich sein dürfte, war dem Müllerkampfsstreik bei der Wirtschaftsgenossenschaft Berliner Grundeigentümer eine Aussperrung der Kutscher seitens der Firma H. Scheller, G. Scheller und der Berliner Abfuhr-Gesellschaft vorausgegangen. Letzgenannte Firmen widerlegten sich einer Verständigung mit den Kutschern und Müllfahrern aufs Beständige; der Kampf dauerte bei ihnen auch am längsten. Die Gründe für dieses eigentümliche Verhalten treten jetzt offensichtlich zutage. Schon im Anfang der Aussperrung war die Streikleitung der Ansicht, daß die Herren Aussperrer mit ihrem Vorgehen alles auf eine Karte setzten. Die Sache lag nämlich so, daß diese Firmen gegenüber der bedeutend größeren und leistungsfähigeren Wirtschaftsgenossenschaft nicht mehr konkurrenzfähig waren. Sie hielten sich nur noch auf Kosten ihrer Arbeiter. Sobald die den — zwar als berechtigt anerkannten — Forderungen der Kutscher auf bessere Entlohnung nachkamen, so konnte sich ihr Kleinverdienst unter Umständen bis zur Unrentabilität ihrer Unternehmungen vermindern, umso mehr, als weil sie der Wirtschaftsgenossenschaft auf dem legalen Wege doch nicht mehr die Waage halten konnten. Aus diesen Gründen erklärte sich die hartnäckige Ablehnung der Arbeiterforderungen. Als dann später bei der Wirtschaftsgenossenschaft ebenfalls die zum Streik führende Lohnforderung gestellt und die Genossenschaft dank der Energie der streikenden Kutscher und Müllfahrer zum Rückgeben gezwungen wurde, da setzten sich auch die Abfuhr-Gesellschaft und die Firma H. Scheller zum Rückgeben genötigt. Der Schaden, den sie sich durch die Aussperrung selbst zugefügt hatten, ist aber anscheinend schon zu groß gewesen, um ihn durch die Bewilligung und den erneut aufgenommenen Konkurrenzkampf gegen die Wirtschaftsgenossenschaft wettmachen zu können. So ist den Firmen denn nichts weiter übrig

geblieben, als auf ihre frühere Selbständigkeit zu verzichten. Die Abfuhr-Gesellschaft und die Firma H. Scheller arbeiten mit ihren Gespannen bereits für ihre frühere Konkurrenz, die „Wirtschaftsgenossenschaft“. — An der ganzen Sache interessiert am meisten der offensichtlich zutage getretene kapitalistische Auffassungsprozeß der Kleinen durch die Großen und das Bestreben der Kleinen, dieser ökonomischen Notwendigkeit auf Kosten der Arbeiter so lange wie möglich Widerstand zu leisten. In diesem Falle hat der Streik den Auffassungsprozeß allerdings wesentlich beschleunigt.

Das Mitgliedsbuch Nr. 15 des Vereins der Kleber, auf den Namen Max Müller, Frankfurter Allee 142 wohnhaft, lautend, ist gestohlen worden. Wir ersuchen, sollte dasselbe irgendwo vorgefunden resp. auch veräußert werden, zu unläuterer Zweck zu benutzen, das Buch anzuhalten und seinem obigen rechtmäßigen Eigentümer zu stellen zu wollen.

Der Vorstand des Vereins der Kleber (Tapezierer) Berlin und Umgegend.

Deutsches Reich.

Einen Kampf gegen die Arbeiterorganisation führt die Firma L. u. A. Bernstein in Walsungen (Löhningen). Die Firma betreibt eine Holzwarenfabrik, welche als Spezialität Sportwagen, Kinderwagen, Kinder-, Triumph- und Salonstühle anfertigt. Vor einigen Wochen bildete sich in Walsungen eine neue Zunftstelle des Holzarbeiter-Verbandes. Die Firma L. u. A. Bernstein stellte darauf am Weihnachtsheligenabend die von ihr beschäftigten Arbeiter vor die Wahl, entweder aus dem Holzarbeiter-Verbande auszutreten oder die Arbeit anzugeben. Die eben erst gegründete Zunftstelle war nicht in der Lage, das brutale Verlangen des Unternehmers abzuwehren. Die Arbeiter erwarteten jedoch, daß auf die organisationsfeindliche Firma ein Einfluß ausgeübt werden könne durch die Abnehmer ihrer Fabrikate. Die Walsunger Holzarbeiter ermittelten deshalb die Kunden der Firma L. u. A. Bernstein. Als einer der hauptsächlichsten Abnehmer der Firma ist der Kinderwagen-Bazar Bahr in Berlin. Inhaber S. Kallio, Hauptgeschäft Invalidenstr. 160 festgestellt. Die Firma hat auch noch eine Anzahl Zweiggeschäfte in verschiedenen Stadtteilen Berlins.

Ausland.

Die ausgesperrten Tischler Wiens erklärten sich in einer Versammlung zu Unterhandlungen mit den Meistern auf der Basis des neunstündentages bereit. — Die Demonstrationen vor den Werkstätten der Schwarzmaier werden fortgesetzt. Während der Versammlung marschierten 200 Polizisten zu den Außern der beiden Möbelsticker Ludwig, um die Herren vor Huldigungen zu schützen. Das wurde auch in der Versammlung gemeldet und den Versammelten empfohlen, die Polizei zu stiller Verachtung allein zu lassen, da sich für die Demonstrationen ja eine geeignetere Stunde finden lasse. Dagegen wurde von Ausgesperrten bei der Firma Siegmund Jaray demonstriert. Das war auch nur möglich, indem man auf der Landstraße die Polizei müllerteise bei der Firma Portois u. Hg beschäftigte. Man inszenierte nämlich eine kleine Scheindemonstration, auf die sich die Polizei sofort mit Feuerweiser warf. Mittlerweile konnte ungestört Herr Siegmund Jaray laut geschuldet werden.

Die Möglichkeit solcher Demonstrationen, die in Preußen-Deutschland einfach unmöglich wären, erklärt sich aus den besonderen österreichischen Verhältnissen. Dieser Tage standen beispielsweise die jüngst verhafteten 44 Arbeiter vor Gericht. Einer hatte im Zuge eine Tafel geführt mit der Aufschrift: „Hoch der Revolutionsdemokratie“ und einem Polizisten die Herausgabe der Tafel verweigert. Die anderen hatten einem „Aufsicht“ beigegeben, den die Polizisten mit blanker Waffe gesicherten. In Preußen hätten die Kerne wegen Auftrags langjährige Zuchthaus- und Gefängnisstrafen davongetragen, in Wien erhielt der ärgste Schelm wegen Nichtauseinandergehens und Aufforderung zur Widergesetzlichkeit gegen die Wache — 14 Tage Arrest! Die anderen kamen mit fünf, drei Tagen und 48 Stunden Arrest davon.

Bei der letzten Ausschaltung waren 1888 Personen gegen 1990 am vorhergehenden Sonnabend zu unterfüllen.

Inzwischen haben nun auch die Budapest Tischlermeister eine Aussperrung inszeniert und in neunzehn Werkstätten circa 600 bis 700 Gehäusen ausgesperrt. Die Budapest Tischlergehäusen haben keine Forderungen gestellt, sie standen mit keiner Firma in irgend einem Kampf und die Aussperrung stellt sich lediglich als ein Kampf gegen bereits gemachte Erwerbslosen in der Arbeitszeit dar. Die Meister wollen einheitlich den Elfstundentag durchführen, wodurch den Gehäusen die bei vielen Firmen erzwungene neun-, neunehalb- und zehnstündige Arbeitszeit entzogen würde. Gleichzeitig mit dieser Vermeidung der Arbeitszeit zum Nachteil der Gehäusen sollte eine neue Arbeitsordnung durchgeführt werden, die derartige Unzulänglichkeiten enthält, daß sie abgelehnt werden mußte. Daraufhin erfolgte die Sperrung.

Differenzen in der Antwerpener Diamantindustrie. In der letzten Zeit sind in der Diamantindustrie Antwerpens wiederum verschiedene Differenzen entstanden, die dadurch hervorgerufen wurden, daß die Arbeitgeber mit Hilfe einer Streikbrecherorganisation an den Erwerbslosen des letzten Streiks zu rütteln suchten. Besonders möchte man die neunstündige Arbeitszeit wieder abschaffen. Am Sonnabend ist auf mehreren Fabriken durch Anschlag angekündigt worden, daß vom Montag, den 18. Januar an, die Arbeitszeit wieder neunehalb Stunden oder zehn Stunden dauern sollte. Die Anordnung ist mit der Streikbrecherorganisation vereinbart worden. Nach der beim letzten Streik getroffenen Abmachungen kann jedoch eine Änderung der Arbeitszeit, der Bestimmungen über die Löhne usw. nur mit dem Antwerpener Diamantarbeiter-Verband vereinbart werden. Der Verband wirkt denn auch eifrig dafür, daß der Tarifvertrag in seinem ganzen Umfang aufrecht erhalten und jener Angriff abgelehnt wird.

Die niederländische Gewerkschaftsbewegung hat im verfloffenen Jahre wiederum unter den Kämpfen zu leiden gehabt, die nun bereits seit zehn Jahren innerhalb der organisierten Arbeiterschaft Hollands ihren verderblichen Einfluß geltend machen und der weiteren Ausbreitung und inneren Erstarkung der Bewegung hinderlich sind. Das „Nationale Arbeitersekretariat“, das, wie die „Generalkommission“ in Deutschland, die Zentrale der niederländischen Gewerkschaften sein sollte, umfaßte im September 42 Organisationen mit zusammen 8642 Mitgliedern, und eine Zunahme wird seitdem bei der überall im Lande herrschenden Arbeitslosigkeit nicht stattgefunden haben. Wie „Der Volk“ bemerkt, wird das „N. A. S.“ an innerer Kraft und an Mitgliederzahl von einer lokalen Föderation wie der „Amsterdamer Vorwärtsbund“ übertroffen. Alle großen Verbände und auch viele kleine stehen außerhalb des „N. A. S.“, das übrigens in einer seiner letzten allgemeinen Versammlungen sich statt der bisher propagierten „Neutralität“ zu einem „sozialistischen“ Standpunkt bekannt, und das außerdem durch ein Zirkular die unzufriedenen Mitglieder von Verbänden aufforderte, sich in ihren Verufen zu Föderationen zusammenzuschließen, und damit auf eine weitere Fortpflanzung der Bewegung hinwirkte. Wahrscheinlich wird in nicht allzu ferner Zeit eine neue Zentrale für die niederländische Gewerkschaftsbewegung entstehen. Die Zahl der organisierten Arbeiter, die nicht dem „N. A. S.“ angehören, wird auf 30 000 bis 40 000 angegeben. Große gewerkschaftliche Kämpfe hatten im verfloffenen Jahre nur die Diamantarbeiter und die Glashäuser zu bestehen. In beiden Fällen kam bekanntlich ein Kompromiß mit den Unternehmern zustande. — Die große allgemeine Bewegung der Gewerkschaften gegen den Gesetzentwurf des Justizministers mit den Arbeitern schädlichen Bestimmungen über den Arbeitskontrakt hat jetzt bereits insofern Erfolg gehabt, daß der Entwurf in seiner ursprünglichen Form jedenfalls nicht Gesetz wird.

Briefkasten der Redaktion.

G. G. Peterobogen. Ihre Mitteilungen werden erscheinen.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Die Parteigenossen werden ersucht, ausnahmslos alle Mitteilungen, welche die Lokalliste und Lokalangelegenheiten betreffen, nicht, wie gestern irrtümlich angegeben, dem Genossen W. Hinz, sondern dem Genossen Karl Kott, Straßmannstraße 29, vorn parterre, zugehen zu lassen.

Friedrichshagen. Mittwoch abend 8 1/2 Uhr bei Dube, Prinzenallee 30, Volksversammlung. Genosse Arthur Stadthagen spricht über: „Deutschland voran“.

Friedrichshagen. Sonnabend abends 9 Uhr findet bei Beguid, Friedrichstraße 114, die Mitgliederversammlung des Arbeiterbildungsvereins statt. Der Reichstags-Abgeordnete Schippel spricht über: „Der Jude in der Kulturgeschichte und im Völkerverleben“.

Lokales.

Die Fraktionen der Berliner Stadtverordneten-Versammlung haben zurzeit folgende Stärke: Die „Linke“ zählt 60 Mitglieder unter dem Vorsitz des Justizrat Caspel, die „Rechte Linke“ 19 unter dem Vorsitz des Fabrikanten Dinske, die „Freie Fraktion“ 23 unter dem Vorsitz des Wanddirektors Rommgen, die „Sozialdemokratische Fraktion“ 81 unter dem Vorsitz von P. Singer, die „Sozial-fortschrittliche Gruppe“ 7 unter dem Vorsitz des Rentners Deutsch.

Die städtischen Straßenbahnen. Der Zuschuß, den die beiden Siemens-Bahnen nach Treptow und Pantow von Siemens u. Halske im letzten Etatsjahr erhielten, belief sich auf rund 338 000 M. Der Magistrat setzte dabei nicht zu, da Siemens u. Halske eine Dividende von 5 Proz. garantiert hat.

Wegen Majestätsbeleidigung soll nach dem „Berliner Tageblatt“ gegen den Grafen Pückler in Potsdam vorgegangen werden. In der letzten Versammlung, die er dort zwei Tage vor seiner letzten Beurteilung abhielt, verlangte Pückler in höhnischer Weise aus dem Schwager des Kaisers, dem Herzog Günther von Schleswig-Holstein, der den Professor Lohm nach Schloß Primsenau eingeladen hatte, daß er nach Palästina auszuwandern und Pückler von Jerusalem werde.

Der städtische Hafen am Urban wurde im letzten Verwaltungsjahre (1. April 1903 bis 31. März 1904) von 2817 Schiffsfahrzeugen zum Beladen bzw. Entladen benutzt. Der Verkehr hat sich gegen das Vorjahr, in welchem nur 2126 Fahrzeuge, oder 701 weniger als im Berichtsjahre, den Hafen benutzten, nicht unerheblich gehoben.

Ueber das Verhalten des Lehrpersonals bei Unfällen von Schülfern ist neuerdings eine Verfügung der Berliner Schuldeputation an die Direktoren der hiesigen Gemeindeschulen erlassen. Die bei Unfällen von Schülfern das erste Augenmerk auf die Untersuchung des verletzten Kindes durch den Schularzt oder die Rettungsgesellschaft richten sollen.

Sittenbilder. Gestern vormittag wurde der 32 Jahre alte Arbeiter Hermann Wensch, der wegen Kupplerei und Zuhälterei von der Staatsanwaltschaft schon lange gesucht wird, auf dem Standesamt in der Wilhelmstraße 12a verhaftet. Wensch hatte vor Jahren ein Verhältnis mit einer Berta Brod, die unter der Aufsicht der Sittenpolizei steht.

Die vermittelte 22jährige Kanzeleirat Anna Smigielka, die seit neun Jahren in der Hedemannstraße 5 eine große Parterrewohnung innehat und seit längerer Zeit im Verdachte der Kupplerei steht, ist jetzt verhaftet und nach Moabit eingeliefert worden.

Zum Fall Haffe geht uns folgendes Privattelegramm zu: Der „Schlesischen Zeitung“ zufolge ist bis jetzt festgestellt, daß ein Vergehen gegen § 175 nicht in Frage kommt, und ebenso hat sich allmählich herausgestellt, daß Direktor Haffe schon seit Jahren durch schweres körperliches Leiden für die Geisteskrankheit prädisponiert war, der er bei Begehung des Attentats bereits verfallen war.

Der Fall des Landgerichtsdirektors Haffe hat die Agitation für die Aufhebung des § 175 des Strafgesetzbuches wieder belebt. In Wallstraße 60, im Konzerthaus, fand gestern abend eine von mehr als 600 Personen männlichen und weiblichen Geschlechts besuchte öffentliche Versammlung statt, in der Dr. Hirschfeld, der Vorsitzende des humanitär-wissenschaftlichen Komitees, einen Vortrag über den Fall Haffe und die Notwendigkeit der Aufhebung des § 175 hielt.

Unser tägliches Eisenbahnwörter. Im Dienste verunglückte gestern der Rangierer Hermann Schmoock aus der Bergmannstraße 31, der seit 12 Jahren auf dem Schlesischen Bahnhof beschäftigt war. Der Mann lehnte sich auf dem Treibtritt stehend zu weit vom Wagen ab, verlor das Gleichgewicht, fiel hin und zog sich einen Schädelbruch zu.

Ein internationaler Taschendieb wurde in einem hiesigen Theater unschädlich gemacht. In der letzten Zeit waren in verschiedenen Theatern eine Reihe von Diebstählen vorgekommen. Den Langfingern waren zum Teil sehr erhebliche Beträge in die Hände gefallen.

Die Kälte hat die natürlichen Gewässer schnell zum Stehen gebracht. Das Eis des Müggelsees ist so stark, daß Ende der Woche die polizeiliche Abnahme erfolgen kann, wenn kein Witterungswechsel eintritt.

Zwei Berliner Einbrecher, vermutlich dieselben, die kürzlich in den Juwelierladen von Eugen Schröder in der Leipzigerstraße einzudringen suchten, haben in Leipzig eine erfolgreiche Gastrolle gegeben. Die das Polizeiamt in Leipzig dem hiesigen Polizeipräsidenten mitteilt, ist in der Nacht zum 12. d. Mts. in einem in der Windmühlenstraße 32 zu Leipzig belegenen Juwelengeschäft ein Einbruch verübt worden, bei dem die Verbrecher eine größere Partie Schmuckwaren erbeuteten.

Ein ganz plumper Schwindel. Das Polizeipräsidium teilt folgende Warnung vor einem angeblichen Prof. Maxim in London mit: Seit einigen Monaten erscheinen in den Zeitungen Inserate, durch die man unter geheimnisvollen Verprechungen erlucht wird, seine Geburtsdaten an die Adresse „Prof. Johannes Maxim, 2 Harrison Street, Kings Cross, London“ mitzuteilen.

Durch die Umsturz eines Schuttmannes wurde gestern eine Gasexplosion verhindert. Das Dienstmädchen Frieda Lechow, Lindenstraße 71, hatte durch eine Postkarte eine Abfrage von seinem „Schah“ erhalten und bekam dadurch Selbstmordgedanken.

Die erste Winter-Erholungsstätte wurde am 16. Januar in Eichkamp eröffnet. Die Erholungsstätten verdanken ihre Entstehung den vereinten Bestrebungen zur Verbesserung des Wohnungswesens und der Tuberkulosebekämpfung. Im Verlaufe von Erhebungen, die bei Gelegenheit des Tuberkulosekongresses 1899 die Berliner Ärzte Dr. Wolf Decher und Dr. Rudolf Vennhoff über die Wohnungen tuberkulöser Arbeiter anstellten, entwickelte der erstere den Plan der Erholungsstätten.

Folgen einer Bierreise. Der 33 Jahre alte Schuhmacher Gustav Gadowitz aus Baumhulstentweg hatte am Sonntag nachmittag eine Bierreise unternommen, die ihn auch nach Rixdorf führte. Rixdorf spät abends begab er sich auf den Heimweg. Untertweg machten sich jedoch die Folgen des Alkoholgeusses bemerkbar, allmählich schwinden ihm die Sinne und in der Meinung, zu Hause angelangt zu sein, betrat er in der Nähe der neuen Gasanstalt eine Laube, entkleidete sich zum Teil und schlief dann auf einer Bank ein.

Ein größerer Dachstuhlbrand, bei dem zwei Personen leicht verletzt wurden, beschäftigte in letzter Nacht die Feuerwehre fast drei Stunden in der Kurstraße 47/48, gegenüber der Reichsbank. Das große vierstöckige Gebäude enthält nur Lager- und Verkaufsräume von Konfektionsfirmen.

Für die Dampferfahrten im Prinz Friedrich Leopold-Kanal, der nach seiner Fertigstellung den Griebnitzsee mit dem Stölpchensee und dann weiter mit dem Wannensee verbindet und eine landschaftlich schöne Bogen dem Personenverkehr erschließt, sind von der Gemeinde Wannsee die Anlegestellen bereits bestimmt worden.

Ein Dieb wurde in der Person eines Schlossers Johannes Waldow festgenommen, als er vor Weihnachten einen Betrunklenen ausplünderte. Diesen lernte er in einer Gastwirtschaft in der Lichterbergerstraße kennen. Da er sah, daß der Mann ein wohlgefülltes Portemonnaie bei sich hatte, so verschleppte er ihn erst nach in eine andere Wirtschaft und dann nach dem Fluß eines Hauses in der Landsbergerstraße.

Zu dem Bericht über den traurigen Abschluß einer Dampferpartie, den wir in Nr. 14 brachten, teilt uns Herr Paul Ost mit, daß das erwähnte Fräulein Hedwig K. sich nicht an der Partie des Gesangvereins beteiligte, sondern an dem Ausflug eines Sparvereins teilgenommen habe.

Im Arbeiterinnenheim 1 — Bräudenstraße 8 — werden folgende Vorträge stattfinden: Donnerstag, den 19. d. M., abends 8 Uhr, über: „Gesundheitspflege“ und Sonntag, den 22., abends 7 Uhr: „Kleinkindererziehung aus Indien (mit Lichtbildern)“.

Soziale Kunst ist das Thema des sechsten am Sonntag, den 22. d. M., stattfindenden Charlottenburger Volkstheaterabends. Es kommen Dichtungen von Freiligrath, Heine, Arno Holz, Ida Regal, Wendell etc., Bruchstücke aus Fischers „Erinnerungen eines Arbeiters“, Jolas „Germinal“, Hauptmanns „Die Weber“ etc. zum Vortrag.

Freie Hochschule Berlin. Der erste Einzelvortrag der Freien Hochschule findet heute, Mittwoch abends 8 1/2 Uhr im Bürgercafé des Rathauses statt. Herr Schriftsteller Karl Wendell spricht über „Die deutsche Zeit seit Heine“.

Theater. Im Deutschen Theater wird als nächste Neuheit das holländische Schauspiel „Die Brüder von St. Venand“ von

Anton Dorn zur Aufführung vorbereitet. Der Autor, der früher selbst dem geistlichen Stande angehört hat, wirkt zurzeit als Professor an der Gewerbe-Akademie in Chemnitz. Inzwischen wird „Faust“ I. Teil neu einstudiert und im Laufe der nächsten Woche in das Repertoire aufgenommen. — Im Schiller-Theater N. (Friedrich Wilhelmstädtsches Theater) wird heute, Mittwoch (statt der bereits angekündigten Vorstellung von „Tyrannen der Tränen“) das Schauspiel „Mutter Erde“ von Max Halbe gegeben.

Die 286. Veranstaltung des Vereins für Volksunterhaltungen findet am Sonntag, nachmittags 3 Uhr, im Schiller-Theater N. statt. Zur Aufführung gelangt: „Die Handwerker“, Schauspiel in vier Akten von Ernst v. Wildenbruch. — „Mutter Erde“, von Adolf L'Arronge, gelangt Donnerstag, den 26. d. M., in einer Vorstellung zum Besten des „Deutschen Künstlerheims“ in der kompletten Besetzung des königlichen Schauspielhauses mit Anna Schramm, Verta Haugner, Anna v. Hohenburger, Wolmer, Molnar, Bötzger usw. im Luisen-Theater zur Darstellung.

Aus den Nachbarorten.

Rigdorf.

Bei der Stadtverordneten-Erkwahl der zweiten Abteilung unterlag gestern unser Genosse K a m b o w mit 121 Stimmen seinem bürgerlichen Gegner, welcher 213 Stimmen auf sich vereinigte.

Schöneberg.

Der klagende Oberbürgermeister.

Wie wir bereits gestern mitteilten, ist gegen unseren Genossen Stadtv. Hoffmann sowohl wie gegen den bürgerlichen Stadtverordneten Lohausen vom Schöneberger Oberbürgermeister W. B. die Strafantrag wegen Verleumdung gestellt worden. Es ist dies ein Vorgehen, wie es wohl einzig dastehen dürfte. Stadtverordnete, die im Interesse der städtischen Bevölkerung ihre Tätigkeit unter großen Opfern an Zeit und Geld ausüben, werden vor den Rädern geschleppt, weil das Stadtoberhaupt in ihren Äußerungen eine persönliche Verleumdung erblickt.

Der Vorgang, aus dem die Klage hergeleitet wird, spielte sich, wie man uns schreibt, in der Sitzung vom 9. Januar ungefähr folgendermaßen ab. Der Oberbürgermeister hatte in seinen Ausführungen bezüglich der Schulartz-Affäre es für nötig befunden, dem Schularzt Dr. Goldfeld unlaute Worte zu unterschieben und hatte dabei auch auf ein Gerücht Bezug genommen, wonach Dr. G. sich einer ehrenrührigen Äußerung bedient haben soll.

Genosse Hoffmann wollte u. a. nun nachweisen, wie wenig Wert auf derartige Intriguen zu legen ist und illustrierte dies an einem Gerichte, das ihm seinerzeit zu Ohren gekommen sei, wonach der Oberbürgermeister sich von der englischen Gesandtschaft den Mund durch ein paar blaue Lippen habe stopfen lassen. Durch einen Ordnungsruf wurde unser Genosse am Weiterreden verhindert. Er selbst glaubt natürlich nicht im entferntesten an die Wahrheit eines derartigen Gerüchtes.

Der Stadtv. Lohausen führte aus, daß die Städte-Ordnung geeignet sei, die Bürgermeister mehr oder weniger zu Tyrannen heranzubilden, und glaubte konstatieren zu können, daß dies bei unserem Bürgermeister in ganz besonderem Maße zutrefte. Er wies ferner darauf hin, daß sich verschiedene unbefohlene Magistratsmitglieder Informationen vom Oberbürgermeister holten, wie sie abzustimmen hätten.

Ob es für unseren Genossen Hoffmann taktisch richtig war, in den Fehler des Oberbürgermeisters zu verfallen, möge dahingestellt bleiben. Auf keinen Fall halten wir aber eine Beurteilung desselben für möglich. Daß der Oberbürgermeister durch Beschreibung des Klageweges an Ansehen gewinnen wird, ist ausgeschlossen. Wir werden also getrost den Prozeß abwarten.

Recht bezeichnend für die Objektivität verschiedener bürgerlicher Stadtverordneter ist noch folgende Tatsache: Als der Bürgermeister Gerhardi mitteilte, daß gegen unseren Genossen Hoffmann Strafantrag gestellt sei, ertönten auf verschiedenen Seiten Beifallsäußerungen, als er dann aber weiter mitteilte, daß in derselben Weise gegen den bürgerlichen Stadtverordneten Lohausen vorgegangen werde, verstimmt mit einem Male diese Zustimmungsrufe. Wir sehen daraus, daß diesen Herren uns gegenüber jedes Mittel recht ist; wird aber gegen ihre eigenen Kameraden vorgegangen, dann nehmen sie eine ganz andere Stellung ein.

Groß-Lichterfelde.

Die Gemeindevertretung von Groß-Lichterfelde hatte sich in ihrer jüngsten Sitzung u. a. auch mit der Aufstellung eines Bebauungsplanes für das Gelände zwischen der Potsdam-Tagelburger Bahn und der Potsdamer Chaussee einerseits und von der Steglitzer Grenze bis zur Dahlemerstraße andererseits zu befassen. Der ganze Komplex gehört der Terraingesellschaft am neuen botanischen Garten. Nach dem Entwurf sind zwei Parallelstraßen entlang der Potsdamer Chaussee und diverse Querstraßen vorgesehen. Die Breite soll 18 Meter, 15 und 12 Meter betragen. Für drei öffentliche Plätze sind der Gemeinde circa 338 Quadratrudder, zu Gemeindezwecken ein zusammenhängendes Grundstück von 400 Quadratrudder abzutreten. Für notwendig werdende Bränden-erweiterungen und Brändenbauten im Zuge der Koonstraße hat die Gesellschaft an die Gemeinde 100 000 M. zu zahlen. Ferner sind 767 000 M. als Kautions für die der Gemeinde gegenüber übernommenen Verpflichtungen zu deponieren. — Die Errichtung von Quergebäuden und Seitengebäuden ist verboten; dagegen dürfen Seitenflügel ohne selbständige Wohnungen in unmittelbarem Anschluß an die Vordergebäude errichtet werden. — Das Riefelgut Werken ergab für das Rechnungsjahr 1903/4 ein Defizit von 4597 M. — Dem Teltowkanal-Fonds wurde die Umsatzerlöse für verkaufte Grundstücke am Kanal im Betrage von 3226 M. zugewiesen. — Die Beratung über die Errichtung der K a u f m a n n s - g e r i c h t e nahm wenig oder besser gesagt, fast gar keine Zeit in Anspruch. Einrichtungen, die der arbeitenden Klasse zugute kommen, werden in Groß-Lichterfelde nicht als dringend angesehen und demgemäß behandelt. Aus den einleitenden Worten des Gemeindevorstehers war zu entnehmen, daß für Groß-Lichterfelde etwa 60 Gehilfen und Lehrlinge in Betracht kämen, man also an sich von der K o t w e n d i g k e i t eines Kaufmannsgerichtes nicht sprechen könne. Aber der gesetzliche Vorschritt müßte entprochen werden. Der Statuten-Entwurf, der nicht zur Beratung kam, wurde einer Kommission von vier Mitgliedern überwiesen. Sie wird aus den G. v. Franke, Ransert, Rade und dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts, Schöff, bestehen. — Außerhalb der Tagesordnung fand ein dringlicher Antrag, eine Kommission, die sich mit der Frage der Erweiterung des K a t h a u s e s zu befassen habe, zu wählen, einstimmig Annahme.

Schmargendorf.

Aus Mangel an Beweisen. In den Jahren 1902 und 1903 hat die Erwerbung des sog. Friedhofgrundstücks in Schmargendorf wegen der sonderbaren Manipulationen beim Kauf viel Staub aufgewirbelt. Im Juli und am 14. Oktober 1902 war der Ankauf des Grundstücks Widroperstraße 8 von der Gemeindevertretung abgelehnt worden, weil der geforderte Preis von 280 M. für die Quadratrate zu hoch erschien. Schon am 28. Oktober aber beschloß die Vertretung auf eine erneute Vorlage des Amtsvorstehers den Erwerb und zwar zu 350 M. pro Rute! Nicht genug damit! Einen Tag nach der Sitzung kaufte ein Bekannter des Schmargendorfer Amtsvorstehers, ein Herr Brud-Südenbe, das fragliche Grundstück für 14 000 M. (318 M. pro Rute) und gab es einige Tage danach an die Gemeinde für 15 025 M. ab. Es kam hinzu, daß sich der Amtsvorsteher bei der von ihm selbst verfaßten Angebots-Ausschreibung für Herrn Brud um 204 M. zum Schaden der Gemeinde irrte. Weiter wurde die peinliche Angelegenheit dadurch verschärft, daß „bersehtlich“ eine Umsatzsteuer von Herrn Brud nicht erhoben worden und hierdurch der Gemeindefiskus obendrein noch geschädigt war. Diese Skandalaffäre erregte die Öffentlichkeit in ausgedehntem Maße. Von Gemeinde wegen beschäftigte sich eine

Untersuchungskommission mit der Sache. Beschwerden gingen an die vorgesetzten Behörden. Schließlich übergab man die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft. Jetzt gelangt ein gerichtliches Schreiben an die Defensität, wonach der Amtsvorsteher H o h m a n n „wegen mangelnder Beweise außer Verfolgung gesetzt“ worden ist.

Aus der Schmargendorfer Gemeindevertretung. Der kleine inmitten des Dorfes liegende Friedhof soll bedeutend erweitert werden. Zu diesem Zwecke hat man bereits das an den alten Kirchhof anstoßende, von den Häuserreihen der Widroper-, Wamendänder- und Breitestraße umäumte ehemalige Volz'sche Terrain erworben. Für die gärtnerische Ausgestaltung wurden 380,50 M. ausgeworfen. Vorgezogen sind Reihengräber, Wurzstellen und Erbbegräbnisse; der Dreifläschen-Charakter ist also gewahrt. Die Bewässerungsanlagen, Wasser-Abführung einschließlich Hydranten, Übertrag man dem Gemeinde-Verordneten Schilling als Mindestfordernden. — Hinsichtlich der Kaiser-Geburtstags-Feier im Rathause beschloß die Gemeindevertretung, von einer brieflichen Einladung Abstand zu nehmen und eine Eintragungsliste öffentlich auszulegen, trotzdem man die Befürchtung hegte, daß nicht genügend Zeichnungen erfolgen und Schmargendorf sich so blamieren könnte. Um dem vorzubeugen, werden bei unzureichender Meldung doch noch briefliche Einladungsschreiben ergehen. Im sozialdemokratischen Schmargendorf scheint man die monarchischen Gefühle selbst der konservativsten Elemente nicht allzu hoch einzuschätzen.

Gemeindegewässer. Für die Einwohner von Schmargendorf liegen die Gemeindegewässer im Rathause während der Dienststunden und außerdem jeden Donnerstag von 5-8 Uhr abends im Zimmer 5 aus.

Spandau.

Die Stadtverordneten-Versammlung zu Spandau hatte sich in ihrer letzten Sitzung u. a. auch mit einem Antrage unserer Genossen zu beschäftigen, welcher die Vergabe einer geeigneten Räumlichkeit für die Sitzungen der sozialdemokratischen Fraktion verlangte. Der Antrag, der vom Genossen S h o l z begründet wurde, fand bei den Bürgerlichen sehr geteilte Aufnahme. Das alte Stedenpferd wurde wieder geritten, daß nämlich die Städte-Ordnung keine „Fraktionen“, sondern nur einzelne Stadtverordnete kenne. Genosse Kieger erwiderte, daß in jedem Fall die Bildung von Fraktionen ein Zeichen des Fortschritts sei. Der Antrag wurde schließlich einer gemischten Kommission zur Weiterberatung überwiesen. Hierauf trat die Versammlung in die Eratsberatung ein. Beim Schulkassen-Stat, der mit 702 489,88 M. abschließt, und seitens der Stadt-Hauptkasse einen Aufschuß von 400 550,28, seitens der Regierung aber nur eine Beihilfe von ganzen 42 350 M. erhält, gelang es unseren Genossen endlich eine alte Forderung, die Anstellung von Schul-Ärzten betreffend, durchzusetzen. Genosse Pieper beantragte nämlich, des ewigen Herumziehens der Sache müde, kurz und bündig, 3500 M. in den Etat für die Anstellung von Schulärzten einzustellen. Dieser Antrag wurde von dem bürgerlichen Stadtv. Dr. Engelhardt empfohlen und zu allgemeiner Ueberrausung mit beträchtlicher Majorität angenommen. Allerdings hat der Magistrat hier auch noch ein Wort mitzureden. Der Schuletat selbst wurde mit dieser Veränderung angenommen und hierauf die Etats des Schlachthofes, der Elektrizitäts-Anstalt, des Kanalisations- und des Wasserwerks, des Krankenhauses, der Armen- und der Bauverwaltung und der Begräbnisplätze nach der Vorlage unverändert gleichfalls festgestellt.

Am den Stadtratsposten in Spandau, der in Kürze neu besetzt werden soll, haben sich insgesamt 21 Herren beworben; auf Vorschlag der Spezialkommission sind von der Stadtverordneten-Versammlung folgende fünf Herren zur engeren Wahl gestellt: Zweiter Bürgermeister Fischer in Ludentwale, Assessor Lantich in Brandenburg, Assessor Regendrecht in Gnelen, Assessor Wäbken-Königsberg und Assessor Reichardt zurzeit juristischer Hilfsarbeiter beim hiesigen Magistrat.

Ein neuer Kanalisations-Zweckverband ist auf Anregung des Landrats v. Stubenrauch in den westlichen Vororten im Entstehen begriffen. Es handelt sich um einen dauernden Anschluß an die Wilmsdorfer Kanalisation für diejenigen Gemeinden, deren Gebiet das Wilmsdorfer Abwasserdrückrohr berührt. In Betracht kommen für den Zweckverband außer Wilmsdorf, Schmargendorf, Zehlendorf, Stahnsdorf, Grunewald und Teltow.

Gerichts-Zeitung.

Die Kunst, ehrenhafte Arbeiter

unter Benützung des Expansions-Paragrapheu in das Gefängnis zu bringen, ist gestern von Berliner Richtern in mehreren Fällen geübt worden. Im ersten Falle, der vor der zehnten Strafkammer verhandelt wurde, waren die Dachbeder August Rosenbaum, Karl Schmidt und Karl Friedel angeklagt. Diese waren bei dem Bau des Rudolf Virchow-Krankenhauses beschäftigt, wo auch der Bautechniker Steinweg Arbeit angenommen hatte. Letzterer war dem Verbandsrat der Dachbeder allerdings beigetreten, hatte aber seine Beiträge schon mehrere Wochen nicht bezahlt und wollte seine Pflichten dem Verbandsrat gegenüber nicht weiter erfüllen. Er behauptete, von den Angeklagten deshalb arg belästigt worden zu sein; diese hätten auch versucht, durch Drohung ihn zu zwingen, dem Verbandsrat beizutreten. Er beschuldigte insbesondere den ersten Angeklagten, ihm die Drohung zugerufen zu haben: „Wenn Du Dein Verbandsbuch nicht in Ordnung hast, dann werden wir Dich bei den Schweinsohren kriegen, wir werden Dich erziehen, hier geht es anders zu als bei Dir zu Hause!“ Ferner soll ihm einer der Angeklagten bei Gelegenheit aus Schabernack ein Bein gestellt haben und außerdem sollen die Worte gefallen sein: „Wenn Du Dich nicht figh, wie wir wollen, dann wollen wir mal sehen, was dem Meister lieber ist: ob er einen Mann behält, oder ob zwanzig gehen!“ — Die Angeklagten bestritten die Richtigkeit dieser Darstellung ganz entschieden und behaupteten, daß die Äußerungen gar nicht in diesem Wortlaute und in dem behaupteten Zusammenhang gefallen seien. Der Zeuge blieb aber dabei, daß er die Auffassung erhalten habe, daß er durch Drohung gezwungen werden sollte, dem Verbandsrat beizutreten. Der Staatsanwalt beantragte gegen Rosenbaum zwei Monate, gegen Schmidt 1 Monat Gefängnis und gegen Friedel Freisprechung. — Rechtsanwält Dr. Liehnecht plädierte für die Freisprechung der sämtlichen Angeklagten. Zunächst konnte gar keine Rede davon sein, daß der Zeuge gezwungen werden sollte, dem Verbandsrat beizutreten, denn er sei ja schon Mitglied gewesen und seine Mitgliedschaft sei nach dem Statut trotz der rückständigen Beiträge noch nicht erloschen gewesen. In tatsächlicher Beziehung seien die Angaben des Zeugen doch viel zu verschwommen, um zur Beurteilung zu führen. In juristischer Beziehung sei es eine unerträgliche, ablat falsche Auffassung des Reichsgerichts, wenn es in einem Erkenntnis behauptet habe, daß in einem solchen Falle die Vorteile, die jemand durch seinen Beitritt dem Verbandsrat zuführt, größer seien, als die ungewissen und nicht unmittelbaren Vorteile, die der Verband ihm gewähre. Das sei, wie der Verteidiger unter Hinweis auf die vielen idealen Vorteile, die der Verband biete, darzulegen suchte, durchaus unzutreffend. — Der Gerichtshof verurteilte Rosenbaum zu einem Monat Gefängnis und sprach die beiden anderen frei.

Der zweite Fall lag ähnlich. Die dritte Strafkammer hatte seinerzeit die Lötzer Paul Rytke, Aug. Sokolowski, Emil Rusol und Wih. Gribe — sämtlich Männer im vorgerückten Lebensalter — für überführt erachtet, den Versuch gemacht zu haben, den Lötzer Adameit durch Drohung zum Beitritt zum Zentralverband der Lötzer und Verursorger zu nötigen. Wegen verübter Expansions war der Angekl. Rytke zu zwei Monaten, die Angell. Sokolowski, Rusol und Gribe zu je einem Monat Gefängnis verurteilt worden. Das Reichsgericht hatte das Urteil aufgehoben, weil die Verurteilung nur wegen verübter Expansions und nicht auch wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung erfolgt war. Nach der Ver-

urteilung des Zeugen Adameit in der erneuten Verhandlung sollen die Angeklagten ihn zwangsweise dem Verbandsrat beizutreten lassen. Auf seine Antwort, daß er kein Geld dazu habe, habe ihm der erste Angeklagte vorkühnweise das Geld gegeben, er sei damit auch zur Verbandsratseasse gegangen. Als man ihn dort gefragt, ob er auch aus freiem Antriebe beitrete, habe er verneinend geantwortet und gesagt: er füge sich nur dem Zwange. Daraufhin sei er nicht aufgenommen worden und die Folge sei gewesen, daß er seine Arbeitsstelle verlor, da die übrigen mit ihm nicht zusammen arbeiten wollten. Auch in diesem Fall bestritten die Angeklagten die Richtigkeit der Beschuldigung und Rechtsanwält Dr. Liehnecht machte abermals juristische Bedenken geltend. Der Gerichtshof war aber auch hier der Ueberzeugung, daß die Angekl. in dem Zentralverband einen Vermögensvorteil verschaffen wollten, da die Erlangung des haren Eintrittsgeldes für den Verband mehr wert sei als die ungewissen Verpflichtungen des letzteren gegen die Mitglieder. Der Gerichtshof erkannte wegen verübter Expansions und Vergehens gegen die Gewerbe-Ordnung ebenso wie das erste Mal.

In einem dritten Falle stand der Schlosser Otto Jüttner wegen verübter Nötigung vor der dritten Strafkammer. In der Metallgießerei von Asch Nachf. in der Puttenstraße war im Oktober Streif ausgebrochen. Am 10. Oktober morgens 7 Uhr stand der Angeklagte vor der Fabrik Streifposten und soll zwei Arbeitsburschen, die dort Arbeit annehmen wollten, gedroht haben, daß sie die Jacke vollbekommen würden, wenn sie dort arbeiteten, denn es sei Streif! Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu drei Wochen Gefängnis.

Wasserfahrt mit Ruß und § 10 des preussischen Vereinsgesetzes. Gallesche Studenten, die eine Wasserfahrt mit Ruß unternahmen, hatten die Polizei nicht um eine Erlaubnis dazu ersucht. Der Verbandsrat, der Vorsitzende des Vereins „Thuringia“, sollte dadurch den § 10 des Vereinsgesetzes übertreten haben, wonach man einer Erlaubnis bedarf zur Veranstaltung von öffentlichen Auszügen „innerhalb der Städte und Ortschaften oder auf öffentlichen Straßen“. Er wurde jedoch in zweiter Instanz freigesprochen. Das Kammergericht als Revisionsinstanz hob indessen dies Urteil wieder auf und verwies die Sache an die Vorinstanz zurück. Begründend wurde ausgeführt: Als eine Strafe im Sinne des § 10 könne ein Wasserlauf allerdings nicht angesehen werden. Also könne nur in Frage kommen, ob der Auszug — ein solcher liege zweifellos vor — „innerhalb der Stadt“ vor sich gegangen sei. Das Landgericht verneine dies, weil der fragliche Teil der Saale nicht von Häusern und Straßen, sondern meist von Gärten, Wiesen und Wald begrenzt sei. Diese Auffassung sei aber falsch, denn es sei lediglich entscheidend, ob der Saaleteil, um den es sich handele, im Gebiete der Stadt liege, wie es die Staatsanwaltschaft angebe. Liege er wirklich im Stadtgebiet, dann handele es sich um einen öffentlichen Auszug im Sinne des § 10 des Vereinsgesetzes. Darum habe das Landgericht noch einmal Stellung zu nehmen.

Vermischtes.

Professor Abbe Leichenbegängnis.

In Jena wurde am Dienstag die Trauerfeier für Professor Abbe abgehalten. Der große Saal des Volkshauses war, wie uns ein Privattelegramm aus Jena meldet, wirkungsvoll dekoriert. Es sprachen Dr. Czapski und Regierungsrat Bollert im Namen der Zeit-Stiftung, Professor Wagemann für die Universität, der Vorsitzende des Arbeiterauschusses, Leber, für die Arbeiterchaft. Weiter hielten Gedächtnisreden Professor Ernst Häkel als Naturforscher und als Studienfreund des Verbliebenen, Oberbürgermeister Singer im Namen der Stadt Jena. Zahllos waren die Kranzspenden, die am Sarge niedergelegt wurden; unter anderen hatten der Großherzog von Sachsen-Weimar, die Großherzöge von Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg und Sachsen-Coburg-Gotha Kränze gestiftet; neben diesen Widmungen lagen solche von wissenschaftlichen, gemeinnützigen u. Vereinen, unter denen auch eine herrliche Blumenpende des deutschen Metallarbeiter-Verbandes bemerkt wurde. Viele Tausende schlossen sich nach Beendigung der Feier dem Trauerzuge nach dem Friedhof an, wo die Leiche eingäschert wurde.

Bahnhofbrand in Schwerin. Das Dachstuhlwerk des Nordflügels vom Bahnhofgebäude in Schwerin stand gestern früh in Flammen. Die dort liegenden Stuben brannten völlig aus. Der Feuerwehrgelag es, die unteren Stockwerke vor dem Feuer zu sichern. Die Warteäle 1. und 2. Klasse wurden durch das Wasser sehr beschädigt. Die Entfischungsurache des Brandes ist unbekannt.

Ausbreitung eines Berliner Studenten. Im Löwenbräukeller in München gab es eine Messerschere unter Studenten, ein in München bisher unerhörtes Vorkommnis. Der Student der Zahnheilkunde Hans Friedrich Reumann, Leutnant a. D. aus Berlin, versetzte nach einem heftigen Wortwechsel dem am gleichen Tische sitzenden Studenten der Tierärztlichen Hochschule Wenzel aus Schwabach mit einem griffelsten Messer zwei lebensgefährliche Stiche in den Rücken. Der Täter wollte flüchten, wurde aber verhaftet. Er mußte von der Polizei gegen das Publikum in Schutz genommen werden, das ihn zu lynchen drohte.

Infolge Schneeverwehungen ist die Eisenbahnstrecke Duchsitz-Weigert der Linie Annaberg bis auf weiteres für den Verkehr gesperrt. Die Aufrechterhaltung des Personenverkehrs durch Umsteigen der Passagiere ist nicht möglich.

Witterungsumschlag in England. Wie ein Telegramm aus London meldet, hatte England vorgestern den kältesten Tag seit Jahren. In der letzten Nacht schlug das Frostwetter in warmes Regenwetter um. Während eines heftigen Schneesturmes sanken an der Küste mehrere Schiffe, man befürchtet diese Verluste an Menschenleben. Vor der Insel Whigt sank ein kleiner französischer Segler; seine Mannschaft ist vor den Augen der Zuschauer ertrunken. Fortgesetzt laufen weitere Nachrichten über Schiffsunfälle ein, die zumeist kleinere Fahrzeuge betreffen.

Eisenbahnunglück in Oesterreich. Bei einer Entgleisung des Brunn-Wiener Schnellzugs in der Station Hohenau wurden, nach einer Meldung aus Wien, drei Personen schwer, elf leichter verletzt. Mehrere Waggons wurden zertümmert. Die Verwundeten sind in letzter Nacht mittels Hülfszugs nach Wien gebracht und von der Rettungsgesellschaft übernommen worden. Die Lokomotive ist bei Hohenau 70 Kilometer vor Wien infolge eines Schienenbruchs entgleist und durch den Rasthof der letzte Wagon über den Damm hinabgeschleudert worden. Im Zuge befanden sich der Abgeordnete Dr. Otto Lecher und der Professor der Kinderheilkunde Dr. Monti.

Massenverhaftung von Mädchenhändlern. Durch Herrn Kamonius Dr. Müller-Simonis, der im Interesse des Deutschen National-Komitees vor 6 Monaten eine Informationsreise nach Süd-Amerika unternommen hatte, ist in Rio de Janeiro die Bekämpfung des Mädchenhandels in Fluss gebracht worden. Der Erfolg ist ein sehr erfreulicher. Er wurden dort in kurzer Zeit unter Benützung des daselbst bestehenden Belagerungszustandes über 30 notorische Mädchenhändler festgenommen, und 15 Ausländer konnten bis jetzt ausgewiesen werden. Man arbeitet nun darauf hin, ein Gesch durchzubringen, welches eine längere Freiheitsstrafe über diejenigen Ausländer, welche sich des Mädchenhandels schuldig gemacht haben, vor ihrer Ausweisung verhängt, da sie sich sonst der Verurteilung sehr leicht entziehen können, indem sie nach erfolgter Ausweisung so lange im Auslande verweilen, bis die Strafzeit verjährt ist, und außerdem sogar noch den unstreitigen

Skala-Theater.
Eintr. Nr. 132 (a. d. Friedrichstr.)
Sensationelles Programm!
Bum-bum oder: Na aber raus!
Pöffe mit Gefang in einem Akt,
sowie
30 international. Spezialitäten.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vor der Vorstellung: Konzert.



Gustav Behrens
Spezialitäten-Theater,
Frankfurter-Allee 85.
Der neue Januar-Spielplan.
Anny Raaly, vorz. deut. franz. Komikerin.
Kastgezeichnetes Lyrika-Duett.
Fatme, Indische Sängerin,
sowie alle übrigen erstklass. Spezialit.
Anf. nachm. 7 Uhr, Sonntag 4 1/2 Uhr.

Volksgarten-Theater
(früher Weimann).
Mittwoch, den 18. Januar 1905:
Die törichte Liebe.
Schauspiel in 3 Aufzügen
von E. Geffert.
Nach der Vorstellung: Tanzkränzen.
Abends 8 Uhr. Entree 30 Pf.

Otto Fritzkows
Anormalitäten-Anstaltung
Mittwoch, den 18. Januar 1905:
Die Riesin Jiona
455 Pf. schwer, die schwerste Dame,
die je gelebt.
**Medizinische Rätsel,
anatomische Wunder.
Riesen! - Zwerge!**
Wirtshaus 17502*
Zum Strauss
Pappel-Allee 25
Saal für 150 Personen noch an
einigen Sonntagen zu vergeben.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher Amt IV, 9679.
Arbeitsnachweis Zimmer 34, Amt IV, 3353.
Donnerstag, 19. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Lokale „Friedrichshain“ (früher Lipp):
Anßerordentliche General-Versammlung
der Verwaltungsstelle Berlin.
Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zum Gewerkschaftskongress und eventuell Wahl der Delegierten. 2. Ersatzwahl für den
ausscheidenden Kollegen Schaffner. 3. Einnahme Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Zahlreichen Besuch erwartet.
NB. Die für Donnerstag angeordnete Versammlung der Elektromonteur fällt aus!
Die Ortsverwaltung.
Eodien erschienen:
Fritz Reuters Werke.
Einzel-Ausgaben:
Reiß nach Velligen . . . geb. 80 Pf.
Rein Hühner 80
Ganne Räte 80
Woand ist tau'ne Frau
kaum - Ni de Frau-
solentid 80
Vollereabend - Gedichte und Lust-
spiele (in allen bisherigen Aus-
gaben der Werke nicht
enthalten). geb. 1,- M.
Süßchen un Rimelb, 1,-
2 Teile 1,-
Mit mine Festungsbild 1,-
Schurr-Murr 1,-
Mit mine Stromid 2,-
Dorchläuchting 1,-
Montecchi un Capu-
letti 1,-
Ferner:
Fritz Reuters ausgewählte Werke
in 9 Bänden, in 2 Leinen-
bänden geb. 3,50 M.
(Inhalt: Biographie, Süßchen un
Rimelb, Ganne Räte, Franzosenbild,
Festungsbild, Stromid.)
Fritz Reuters sämtliche Werke in
18 Bänden, nebst Verzeichnis.
In 4 Leinenbänden geb. 6,- M.
In 4 Halbfranzbänden geb. 9,50
Eine Zugabe auf
bestimmtem Papier in 4 hoch-
eleganten Leinwand- u. Halb-
franzbänden 12,50
Zu beziehen durch
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68
Lindenstrasse 69, Laden.
**Blank's Schall-
muster**
elegant und allein zuverlässig, machen
Selbstherstellung aller Klavier spie-
lende leicht. Tausende Frauen loben
sich - Viele 100 neue Modelle zeigt
Blank's Musterbuch, für M. 1,30 (Hilfs-
marken) Franko-Zusendung durch
R. BLANK, Adth. 2, Berlin SW.,
Kommandantenstr. 34.

Nach kurzem, schweren Leiden
entschlief am 17. d. Mts. meine
innigstgeliebte Gattin und Schwö-
gerin, Frau
14215
Agnes Sommer geb. Zerbel
im 38. Lebensjahre.
Die tiefbetrübten Hinterbliebenen:
Hermann Sommer.
Die Beerdigung findet am Frei-
tag, den 20. d. Mts., nachmittags
2 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Behr-
denstr. 24, aus statt.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und Anteilnahme bei der
Beerdigung meines lieben Vaters,
unsern guten Vaters, des Formers
Otto Reuter,
sagen wir allen Verwandten, Freunden,
Kollegen und Bekannten sowie den
Mitgliedern des Deutschen Kameraden-
bundes, Rauchsclub „Berghaus-
nicht I“, Lotterieverein I* unsern
herzlichsten Dank.
Blüme Louise Reuter geb. Reichel
nebst Kindern.
Dankfagung.
Für die zahlreichen Beweise stiller
Teilnahme bei der Beerdigung unseres
unvergesslichen Sohnes **Wilhelm
Müller,** sagen wir allen Verwandten
sowie dem Verband der Zimmerer
und dem Böhmerverein unsern tief-
gefühltesten Dank.
18902
Die tiefbetrübten Eltern
und Geschwister.
**Dr. Simmel, Prizon-
Str. 41,**
Spezialarzt für
6212*
Haut- und Halsleiden.
10-2, 5-7. Sonntag 10-12 2-4.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Heute Mittwoch, nachmittags 3 Uhr,
in Kellers Festsaal, Köpen-Strasse 29:
Versammlung
der noch nicht in Arbeit getretenen Kollegen.
7875 Die Ortsverwaltung.

Laden- u. Kontormöbel-Branche.
Donnerstag, den 19. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Kossin,
Andreasstr. 20 (früher Stechorts Festsaal):
Mitglieder-Versammlung.
Mitgliedsbuch legitimiert!
Die Ortsverwaltung.

Maler!
Donnerstag, den 19. Januar, abends 8 1/2 Uhr,
in der Berliner Ressource, Kommandantenstr. 57:
Versammlung.
Tages-Ordnung: Neuwahl für die ausscheidenden Mitglieder des
Geschäfts-Ausschusses gemäß § 41 des Innungsstatuts. 124/3
Der Innungs-Vorstand. Der Geschäfts-Ausschuss.
F. Schnare, Obmannstr.
Abends 9 1/2 Uhr:
Versammlung sämtlicher im Malergewerbe beschäftigten Personen.
Tages-Ordnung: Wahl der Arbeitnehmer-Beisitzer zum Innungs-
Schiedsgericht und Stellvertreter für das Jahr 1905. (§ 2 Absatz 4 des
Innungsstatuts und §§ 3 und 4 des Nebenstatuts des Innungs-Ausschusses.
Der Geschäfts-Ausschuss. M. Bartel.

Verband der freien Gast- und Schankwirte
Deutschlands. (Ortsverwaltung Berlin.)
Am Freitag, den 20. Januar, nachmittags 5 1/2 Uhr, beim Kollegen
Gris Wille, Brunnensstraße 188:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Rapportbericht. 2. Unsere Agitation. 3. Aufnahme neuer Mitglieder.
4. Verbandsangelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimiert. Die Mitglieder werden dringend ersucht,
reflexionreiche Beiträge zu begleichen. Um zahlreichen Besuch bitten!
Der Vorstand. J. H. Ernst D 3 R.

Verband des technischen Bühnen-Personals.
Sitz Berlin.
Sonntag, den 21. Jan. 1905, abends 11 Uhr, im Gewerkschafts-
hause, Engel-Ufer 15:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vorstandbericht. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwünscht.
190/1 Der Vorstand.

Etablierung.
Zigarren-Geschäft.
Große, hervorragend leistungsfähige Zigarren-Fabrik, deren Fabrikate
in circa 1000 Geschäften eingeführt sind, empfiehlt hier nur rein über-
seeischen, abgelagerten Zigarren von 24 R. an. Reflektanten, welche sich
etablieren wollen und Sicherheit stellen können, unter sehr günstigen
Bedingungen. Näheres unter Chiffre L. G. Exped. d. Bl. 18924*

Reichshallen-Theater.
Stettiner
Sänger.
Wartung:
Montags
8 Uhr,
Sonntags
7 Uhr.

Zigarren
Einzelverkauf zu Fabrikpreisen.
Hansel 10 Stück 30 Pf.
Casilla 10 „ 30
Mains Sorts 3 „ 10
Asilo 3 „ 10
Amerikaner 10 „ 35
Ernesto 10 „ 35
Mephisto 10 „ 40
Diplom 10 „ 40
Lindemann 10 „ 40
W. Schilling Nachf.
C. Rauch, 14105
Admiralstraße Nr. 18 b.

**Blank's Schall-
muster**
elegant und allein zuverlässig, machen
Selbstherstellung aller Klavier spie-
lende leicht. Tausende Frauen loben
sich - Viele 100 neue Modelle zeigt
Blank's Musterbuch, für M. 1,30 (Hilfs-
marken) Franko-Zusendung durch
R. BLANK, Adth. 2, Berlin SW.,
Kommandantenstr. 34.

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68
Lindenstrasse 69, Laden.

**Blank's Schall-
muster**
elegant und allein zuverlässig, machen
Selbstherstellung aller Klavier spie-
lende leicht. Tausende Frauen loben
sich - Viele 100 neue Modelle zeigt
Blank's Musterbuch, für M. 1,30 (Hilfs-
marken) Franko-Zusendung durch
R. BLANK, Adth. 2, Berlin SW.,
Kommandantenstr. 34.

Masken-Garderobe
verleiht billig
A. Friessner, Tredestr. 40.
Vorgehen dieser Annonce und Be-
rechnen 10 Proz. Rabatt. 1396*

Fries für dicke
Portieren
in allen gangb. Farben.
Breite 130 cm 160 cm
Preis p. Mtr. 2,00-2,50-2,50-4,25
Muster-Kollektion franko!
Fertige
Fries-Fenstermängel
in allen
Farben 2,50, 3,50, 4, 5 u. 6 Mtr.
Teppich-**Emil Lefèvre**
Haus
Berlin
s. Oranienstr. 158.

**Teppich-
Haus**
Berlin
s. Oranienstr. 158.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.
Räumungsverkauf verfallener
Wänder, Ausnahmestage. Wandblei-
haus Weidenweg 19. 138*

Zeppdecken billigt febril Große
Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

**Ringelstücken, Bobbin, Schnei-
näder, ohne Anzahlung, Woche 1,00,
gebrauchte 12,00. Postkarte genügt.
Köpenickerstraße 60/61. Große Frank-
furterstraße 48. Feingoldenerstraße 50/50.
2298***

Wandblei Parkstraße 27. 14005*
Ringelstücken laust Schöngalla,
Weidenburgerstraße 60. 141*

Schlafstellen.
Möblierte Schlafstelle Schön-
holzerstraße 5, Schmidt. 1137
Möblierte Schlafstelle vertrieht
Salom, Böhmerstraße 68. 14285

**Im Arbeitsmarkt durch
besonderen Druck hervorgehobene
Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.**

**Wintervorleihen, Anzüge, Hosen,
Beiten, Bettwäsche, Teppiche u. spott-
billig Wandblei Kälberplatz 7. ***

Wandblei Parkstraße 27. 14005*
Ringelstücken laust Schöngalla,
Weidenburgerstraße 60. 141*

Wandblei Parkstraße 27. 14005*
Ringelstücken laust Schöngalla,
Weidenburgerstraße 60. 141*

Wandblei Parkstraße 27. 14005*
Ringelstücken laust Schöngalla,
Weidenburgerstraße 60. 141*

Wandblei Parkstraße 27. 14005*
Ringelstücken laust Schöngalla,
Weidenburgerstraße 60. 141*

Wandblei Parkstraße 27. 14005*
Ringelstücken laust Schöngalla,
Weidenburgerstraße 60. 141*

Wandblei Parkstraße 27. 14005*
Ringelstücken laust Schöngalla,
Weidenburgerstraße 60. 141*

Wandblei Parkstraße 27. 14005*
Ringelstücken laust Schöngalla,
Weidenburgerstraße 60. 141*

Wandblei Parkstraße 27. 14005*
Ringelstücken laust Schöngalla,
Weidenburgerstraße 60. 141*

Wandblei Parkstraße 27. 14005*
Ringelstücken laust Schöngalla,
Weidenburgerstraße 60. 141*

Wandblei Parkstraße 27. 14005*
Ringelstücken laust Schöngalla,
Weidenburgerstraße 60. 141*

Wandblei Parkstraße 27. 14005*
Ringelstücken laust Schöngalla,
Weidenburgerstraße 60. 141*

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Pour le mérite?

Während der deutsche Kaiser den General Stössel durch den Orden Pour le mérite für seine heldenhafte Verteidigung Port Arthurs ausgezeichnet hat, gelangt man in der Petersburger Öffentlichkeit mehr und mehr zu der Auffassung, daß General Stössel sich keineswegs solche Meriten erworben hätte, wie sie der deutsche Kaiser bei ihm voraussetzte. Schon vor einigen Tagen wiesen wir darauf hin, daß die japanischen Nachrichten über die große Zahl der gefangenen genommenen russischen Soldaten in Petersburg fälschlich gemacht hat. Während man annahm, daß nur noch zirka 10 000 unbeschnittene Soldaten übrig geblieben seien, von denen aber der größere Teil durch Strapazen vollständig erschöpft gewesen sei, erfährt man jetzt, daß zirka 24 000 russische Soldaten die gefallene Festung in Reich und Glied verlassen konnten, um auf den bereitgehaltenen japanischen Dampfern als Kriegsgefangene verpackt zu werden. Dieser Umstand hat das Urteil der öffentlichen Meinung über Stössel völlig umschlagen lassen. Während man ihn bisher für einen Helden hielt, der tatsächlich bis zum letzten Augenblick die Festung gehalten habe, ist man jetzt der Auffassung, daß General Stössel gar nicht so unrecht gehabt habe, wenn er dem Jaren telegraphierte: „Großer Kaiser, richte uns.“ Ein im „Tag“ veröffentlichter Petersburger Brief verbreitet sich ausführlich über diesen Umschwung der öffentlichen Meinung. Besonders Auffehen habe in Rußland die Tatsache erregt, daß die Zahl der Offiziere eine noch sehr große gewesen ist. Bei den Regimentern 13, 14, 15 und 16 seien pro Regiment noch 36 Offiziere gezählt worden. Das Regiment 25 habe noch 42 kampffähige Offiziere aufgewiesen, das Regiment 26 40 Offiziere, das Regiment 27, dessen Mannschaften besonders schwer mitgenommen waren, sogar noch 58 Offiziere, also bedeutend mehr als ein deutsches Regiment in Kriegsstärke überhaupt an Offizieren zähle! (Ein Regiment zu drei Bataillonen zählt 66 Offiziere. Red.)

Nach den Verlusten von St. Privat, bemerkt der Mitarbeiter des „Tag“, sei die Zahl der kampffähigen Offiziere für eine Anzahl von Regimentern auf 20 Offiziere pro Regiment zusammengeschmolzen gewesen, und trotzdem hätten diese Regimenter sich bei Sedan mit Bravour geschlagen. Die Besatzung Port Arthurs sei also durchaus nicht derartig zusammengeschmolzen gewesen, namentlich aber nicht das Offizierskorps, daß ein weiterer Widerstand ausgeschlossen gewesen wäre. Ebenso großes Erstaunen habe sich der Petersburger Öffentlichkeit bemächtigt über die Mitteilungen, daß in Port Arthur noch 82 670 Granaten vorhanden gewesen wären, ferner nach den Berichten des General Rogi große Vorräte an Reis und Wehl und noch 1920 lebende Pferde. Es habe also nach der Auffassung der Petersburger Bevölkerung die Festung an Fleisch und Brot durchaus keinen Mangel gehabt. Die Japaner seien denn auch sehr durch die rasche Kapitulation in Erntamen geschockt worden und die Kapitulation sei um so trauriger gewesen, als es Stössel nicht gelungen sei, eine ehrenvollere Kapitulation zu erzielen, d. h. freien Ausmarsch der Truppen mit Waffen, Fahnen, Feldartillerie usw.

So urteilt man in Petersburg über den Fall Port Arthurs und die Kapitulation Stössels, die man sich nur dadurch erklären könne, daß seine Nerven durch die letzten kriegerischen Ereignisse stark gelitten hätten. In Fachkreisen, also in Offizierskreisen, spreche man sich noch viel schärfer über Stössel als im Volke!

Interessant ist auch folgende Meldung, die der bekannte Kriegskorrespondent der „Daily-Telegraph“ unter dem 14. d. Mts. seinem Blatte überfendet. Nach einer „Laffan“-Meldung urteilt der Korrespondent:

Es ist kaum glaublich, daß die Russen diese Stellungen aufgaben, ohne um sie zu kämpfen. Die Uebergabe von 24 000 kampffähigen Offizieren und Mannschaften wirkt ein schreckliches Licht auf die Tapferkeit der Russen, denn die Erzählungen von einem Mangel an Lebensmitteln in der Festung sind übertrieben. Große Mengen Gewehre, Munition und Granaten wurden in die See geworfen. Die tapfere Verteidigung wurde durch eine schmachvolle Kapitulation zunichte gemacht. Die Besatzung war nach der Uebergabe noch im Stande, 15 englische Meilen zu Fuß zu marschieren, und die Geschichte von ihren Leiden sind stark übertrieben.

Nach alledem scheint es, als ob auch in der russischen und russenfreundlichen Berichterstattung über die russischen Kämpfe um Port Arthur ebenso ungeschwätchlich geschwätelt worden wäre, wie über die ganzen Kriegsoperationen. Wir von unserer Standpunkte aus begrüßen es ja nur freudig, daß Port Arthur gefallen ist, ohne daß die Menschenopfer einen noch größeren Grad erreicht haben, aber vom Standpunkte des Militarismus aus und gemessen an den gewaltigen Ruhmredigkeiten des General Stössel selbst, der noch in seinem Antwort-Telegramm an den deutschen Kaiser den Mund recht voll genommen hat, muß doch die Kapitulation Port Arthurs unter den gekennzeichneten Umständen für alles eher gehalten werden als für eine besondere historische Ruhmestat der russischen Waffen.

Ob der Jar trotz der Ordensverleihung General Stössel doch noch vor ein Kriegsgericht stellen wird? Schwerlich! Denn wenn alle die Generale, die sich in dem Feldzuge große Fehler und unverantwortliche Rücksichtslosigkeiten, ja sogar Feigheit haben zuschulden kommen lassen, bestraft werden sollten, so müßten schon Massenverurteilungen vorgenommen werden. Das ganze russische Militärsystem hat sich ungeachtet der Heldentätigkeit der gemeinen Soldaten als so korrupt und unfähig erwiesen, daß die russische Regierung sich hüten wird, durch Untersuchungen und Verurteilungen die ohnehin tofossale Blamage vor aller Welt noch offensichtlichler kund zu tun.

Petersburg, 17. Januar. General Kuropatkin meldet dem Kaiser intern gestrigen Datum: Am Morgen des 14. Januar umging eine starke japanische Abteilung Infanterie, Kavallerie und Artillerie bei nebligen Wetter eine Kolonne unserer Kavallerie von zwei Seiten. Als unsere Kavallerie sich nach Norden zurückziehen wollte, entspann sich ein Kampf auf kurze Entfernung. Unsere Artillerie beschloß die Japaner auf 1000 Schritt und fügte ihnen beträchtliche Verluste zu. Unsere Kavallerie zog sich sodann in voller Ordnung nach Norden zurück. Unsere Verluste an Toten und Verwundeten betragen fünf Offiziere und 50 Mann.

Am 14. Januar stieß eine Patrouille wieder zu unserer Kavallerie, nachdem sie die Eisenbahn und den Telegraphen 3 Werst nördlich von Tschitschiao auf einen halben Werst zerstört hatte.

Ein polnischer Geheimbundsprozess.

Vor dem Landgericht in Gleiwitz (Oberschlesien) standen am Montag, den 16. Januar, 22 Personen aus Gleiwitz und Umgegend, 12 Männer und 10 junge Mädchen, Handwerker, Arbeiter und Arbeiterinnen, meist im Alter von 17-24 Jahren unter Anklage der Zugehörigkeit zu einem Geheimbund, dessen Dasein, Zweck und Verfassung darauf gerichtet waren, Gesetze des Staates außer Kraft zu setzen. Einer der Angeklagten, der 20jährige Eisenarbeiter Ignaz Schilora, der gegenwärtig seiner Militärpflicht genügt und deshalb in Uniform auf der Anklagebank erscheint, ist außerdem der Aufreizung verschiedener Bevölkerungsklassen gegeneinander angeklagt, die er dadurch begangen haben soll, daß er polnische Bücher mit angeblich aufreizendem Inhalt an andere junge Leute verliehen haben soll.

Nach der Anklage haben im Jahre 1903 und Anfang 1904 in Gleiwitz in der Wohnung der inzwischen ins Ausland verzogenen Frau Soltyś, der Watin des Herausgebers des radikal-polnischen Wochenblattes „Ziśka“, wie in den Wohnungen mehrerer der jetzigen Angeklagten öfter geheime Versammlungen stattgefunden, in welchen aus politischen Reden und Büchern vorgelesen, auch polnische aufreizende Lieder gesungen wurden. Auch sollen von einzelnen Teilnehmern Reden gehalten worden sein, in welchen die Deutschen als die größten Schweine bezeichnet und zum festen Zusammenhalt der Polen aufgefordert wurde, selbst wenn es Blut kosten sollte. Ebenso wurden in den Zusammenkünften polnische Schriften verteilt. Die Angeklagten verweigern meistens, sich auf die Anklage zu erklären, einige gestehen nur zu, an Zusammenkünften harmloser, geselliger Art teilgenommen zu haben, während andere entschieden jede Beteiligung an Zusammenkünften bestritten.

Als Hauptbelastungszeugin tritt ein 17jähriges Mädchen Marie Zelazny auf, welches an den meisten der angeklagten geheimen Zusammenkünfte teilgenommen hat. Die Verteidigung beantragt, die Zeugin zur Verweigerung der Aussage zu berechtigen über alle jene Versammlungen, an welchen sie selbst teilnahm. Das Gericht lehnte diesen Antrag ab. Die Zeugin sagt aus, daß sie in der Zusammenkunft bei Frau Soltyś, zu der sie von jungen Witwenwohnerinnen ihres Hauses veranlaßt wurde, mit Kaffee bewirtet wurde. Im Gespräch wurde von Frau Soltyś gesagt, die Teilnehmerinnen an der Zusammenkunft sollten zusammenhalten, nicht auf den Straßen umherlaufen, sondern in die Versammlungen kommen, denn die Deutschen seien Schweine; kein Pole würde sich gegen ein Mädchen benehmen, wie das die Deutschen tun. Dann wurde in Gemeinschaft mit den jungen Mädchen vorgelesen und später gesungen. Den Sinn dessen, was die „Leiter“ dieses Geheimbundes vorgelesen hatten, verstand die Zeugin nicht, da es hochpolnisch war. Am Schlusse der „geheimen Versammlung“ wurde von einem der „Leiter“, dem zwanzigjährigen Dubel, den Mädchen vorgelesen, das nächste Mal in seine Wohnung zu kommen und sich dann während des Vorlesens und Singens mit Stricken zu beschäftigen. Zeugin will sich nichts Schlimmes bei diesen Versammlungen vorgestellt haben, was man wirklich begreifen könnte, wenn man angeht das staatsgefährliche Kaffeezitrins und Strumpfstricken in diesem „Geheimbunde“. Daß die Teilnehmer an diesen Versammlungen sich in irgend einer Weise zum Besuch der Versammlungen verpflichtet hätten, konnte weder von dieser noch von den anderen „Belastungszeugen“ bestritten werden.

Aus den Aussagen einiger anderer Zeuginnen ging hervor, daß wenigstens einige Teilnehmer bederlei Geschlechts aus gegenseitigem Herzenbedürfnis und nicht aus national-politischem Interesse am „Geheimbund“ Interesse fanden. Eine andere „Geheimbündlerin“, die nicht auf der Anklagebank steht, sondern auch als Zeugin vernommen wird, weiß auch nicht, was vorgelesen wurde, und sagt auf die Frage, welche Lieder gesungen wurden, unter großer Heiterkeit: „Gute Nacht!“ Die Frage des Vorsitzenden, wer nach dem Vorlesen gesprochen habe, beantwortet die Zeugin mit den Worten: „Alle haben gesprochen.“ Auch andere Zeuginnen wissen nicht zu sagen, wovon das Vorgelesene handelte. Eine Zeugin will was von „polnischen Königen und vom „Kuffand“ gehört haben, kann aber nicht sagen, was unter „Kuffand“ zu verstehen ist, weiß auch nicht einmal, wie das Wort „Kuffand“ polnisch heißt. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Bogt, fragt die Zeugin, von welchen polnischen Königen gesprochen wurde. Als die Zeugin schwört, fragt der Vorsitzende ungeduldig: „Haben Sie denn nicht mal was von König Kosziusko gehört?“ (Große Heiterkeit.) Einige der Angeklagten werden auch beschuldigt, sowohl die eigenen jüngeren Geschwister wie auch die der übrigen „Geheimbündler“ im Lesen und Schreiben der polnischen Sprache unterrichtet zu haben. Den Kindern wurde aufgegeben, in der Schule von diesem Unterricht nichts zu sagen.

Die sich bis in den späten Abend erstreckende Nachmittagsitzung beschäftigt sich mit der Verlesung der beschlagnahmten Briefe und Schriften.

Das Urteil wurde am Dienstag gefällt.

Der Hauptangeklagte Schilora wurde zu einem Monat Gefängnis, 14 weitere Angeklagte zu Gefängnisstrafen von einem Tage bis zu zwei Wochen wegen Vergehens gegen § 128 des Strafgesetzbuchs (Geheimbündelei) verurteilt. Sieben Angeklagte wurden freigesprochen.

Aus Industrie und Handel.

Jahres- und Schichtlöhne der Bergarbeiter im Dortmunder Oberbergamtsbezirk. Der bergbauliche Verein für den Oberbergamtsbezirk Dortmund hat die Lohnforderungen der Bergarbeiter des Ruhrreviers mit der Begründung abgelehnt, daß die Löhne von der allgemeinen Geschäftslage und den Absatzverhältnissen des Kohlenbergbaues abhängen, und da diese ungünstig wären, die Bergengesellschaften sich nicht zur Bewilligung der Forderungen veranlaßt fänden. Wie weit diese Behauptung, die Geschäftslage sei für die Bergengesellschaften eine ungünstige, zutrifft, haben wir bereits in Nr. 7 des „Vorwärts“ in dem Artikel Bergelöhne und Bergengewinne gezeigt. Sicherlich bestehen in Kohlenbergbau, da dessen technische Ausgestaltung in den letzten Jahren weit schneller vorgeschritten ist als der Bedarf, mancherlei Absatzschwierigkeiten; aber infolge der Hochhaltung der Kohlen- und Kokspreise durch das Rheinisch-westfälische Kohlenyndikat werden trotzdem die Bergengesellschaften hohe Gewinne ein. Wie wir nachgewiesen haben, hat trotz der angeblichen „Kostlage“ die von den 13 maßgebenden Bergwerksgesellschaften des Ruhrreviers nach verschiedenen Abschreibungen verteilte Durchschnittsdividende im letzten Geschäftsjahr über 19 Proz. betragen — gewiß ein recht ansehnlicher „Entbehrungslohn“ für die Aktionäre. Jedenfalls sind, wie ein Vergleich der Erdgaspreise des Kohlenyndikats und der Berggewinne mit den Arbeitslöhnen zeigt, die aus der unbegabten Mehrarbeit der Bergleute stammenden Berggewinne umgekehrt höher gestiegen, als die Jahres- und Schichtlöhne der Arbeiter. In den Jahren des Aufschwunges von 1894/1900 haben sich allerdings auch die Löhne der Bergleute gehoben, wenn auch lange nicht in gleichem Maße wie die Gewinne der Bergwerksgesellschaften, die vielfach in jenen Jahren um das Dreifache, ja um das Fünffache und Sechsfache gestiegen sind; aber nach dem Eintritt der Krise gingen die Arbeitslöhne, während die Kohlenpreise zunächst noch stiegen, schnell zurück und haben heute noch immer nicht wieder die Höhe des Jahres 1899 erreicht.

Von der aus den Kreisen der Reichsverwaltung inspirierten Presse wird allerdings behauptet, daß die Löhne längst wieder das Niveau des Jahres 1899 erreicht hätten und sich bereits dem Hochstand vom Jahre 1900 näherten; schon ein flüchtiger Blick auf die

amtliche Lohnstatistik für den Oberbergamtsbezirk Dortmund lehrt das Gegenteil. Es betragen die Löhne für:

Table with 5 columns: Jahr, Auf 1 Schicht, Jahresarbeitsverdienst, Auf 1 Schicht, Jahresarbeitsverdienst. Rows for years 1894-1904 and L.-III. Viertel 1904.

Allerdings steht, wie die Tabelle zeigt, der Schichtlohn der unterirdisch beschäftigten Hülf- und Rebenarbeiter (Schlepper, Bremser, Pferdebauer usw.) etwas höher als 1899, da aber im letzten Jahr viel häufiger Feiertagen eingelegt worden sind, stellt sich trotzdem der Jahreslohn niedriger. Dabei kommt aber in Betracht, daß seit 1900 die Wohnungsmieten und teilweise auch die Lebensmittel im Ruhrrevier noch weiter gestiegen sind, so daß der Arbeiter heute mit derselben Lohnsumme nicht so weit reicht wie 1899.

Kohlenmarkt. Das Kohlenyndikat fürchtet anscheinend, daß infolge des ausgebrochenen Generalstreiks der Bergarbeiter des Ruhrreviers sich in den Kreisen seiner großen Abnehmer eine „Kohlenangst“ einstellen könnte, welche diese zu forciertem Abzug und Verleihen gar in den Gebieten, wo das Stabilität mit der englischen Kohlenfuhrung zu rechnen hat, zum Ankauf englischer Kohle bestimmt. Es ist deshalb krampfhaft bemüht, nach allen Richtungen hin zu versichern, daß es reichlich mit Vorräten versehen ist und allen Ansprüchen zu genügen hofft, wenn nur seine Kundenschaft nicht drängt. So teilt z. B. das Amsterdamer niederländische Verkaufsbureau des Syndikats in einem an seine Kunden und an die Presse versandten Rundschreiben mit, daß es in seinem Ruhrrevier Lager ziemlich große Vorräte besitze und einwilligen keinen Stillstand der Ausfuhr erwarde. Und zugleich bringt die „Kölnische Zeitung“ über den oberrheinischen, speziell den Rheinheimer Kohlenmarkt folgende Berichtigungsnote: „Die Wirkung des Bergarbeiter-Ausstandes hat sich in der zweiten Hälfte der vergangenen Woche auch hier bemerkbar gemacht; der Versand in Industriehöfen hat nicht unerheblich zugenommen. In einer Beurteilung der Verbraucher liegt indessen keine Ursache vor. Die Ankünfte sind unvermindert stark geblieben. Die Schiffe haben sich in dem Maße angefüllt, daß nicht alle rechtzeitig entladen werden können. Der Oberrhein war nur auf einige Tage und nur bis Lauterburg offen. Die Entladung, die dadurch den hiesigen Häfen zuteil geworden ist, war nicht von Belang. Der Streik hat für das süddeutsche Geschäft wenigstens den Vorteil, daß die Zufuhren einseitig unterbunden werden.“

Hamburg-Amerika-Linie. Das relativ gute Passagegeschäft und die bedeutenden Schiffdividenden der Gesellschaft ließen die Verteilung einer hohen Dividende für das Jahr 1904 erwarten, und meist ist denn auch in der letzten Zeit an der Hamburgische Börse die Dividende auf 8 bis 10 Proz. geschätzt worden. Die in der heutigen Aufsichtsratsitzung der Hamburg-Amerika-Linie beschlossene Dividende bestätigt diese Erwartung. Die Dividende wurde nämlich auf 9 Proz. festgesetzt gegen 6 Proz. im Vorjahre. Der erzielte Reingewinn betrug zirka 30 Millionen Mark, so daß nach Abzug der Zinsen auf die Prioritätsanleihen ein Betrag von etwa 28 Millionen Mark verbleibt, ungefähr 10 Millionen Mark mehr als im Vorjahre.

Die Lebensmittelpreise steigen. Die Mitte des Vorjahres einsetzende Steigerung der Warenpreise bewirkt, daß das Jahr 1905 mit einem durchschnittlich höheren Preisniveau begann als die beiden Vorjahre. Leider ist vorläufig noch nicht anzunehmen, daß die Preissturz schon auf dem höchsten Punkte angelangt ist, vielmehr muß bei der augenblicklichen Marktlage vieler Artikel mit der Fortdauer der Haupternte gerechnet werden. Vor allem sind es die Getreidepreise mit Ausnahme von Weizen, die höher stehen als zu Beginn des Jahres 1904 und 1903. Vom Weizen zeigt Roggen eine sehr starke Spannung zum Vorjahre, während Weizen nur wenig gestiegen ist. Allerdings ist dabei zu erwähnen, daß zu Beginn des Vorjahres Weizen schon recht hoch im Preise stand. Wie weit die Steigerung des Preises für Weizen schon auf den Weizenpreis eingewirkt hat, das läßt sich namentlich deswegen einer genaueren Kenntnis, weil das Gewicht des Weizenbrot schwankend ist und auch durch eine Veränderung der Mehlqualität der Detailpreis dem Großhandelspreis für Getreide angepaßt werden kann, ohne daß der nominelle Preis des Brotes sich verändert. Im Gegensatz zu der Bewegung der Großhandelspreise von Getreide läßt sich die Einwirkung hoher Kartoffelpreise auf die Haushaltslöhne unmittelbar nachweisen. Je geringer das Einkommen, desto härter ist der Kartoffelkonsum, desto drückender wirken erhöhte Kartoffelpreise. Seit 1903 zeigen nun die Kartoffelpreise fast in allen Gegenden Deutschlands mit Ausnahme weniger Landesteile eine fortgesetzt steigende Tendenz. In etwas wird die Steigerung der Getreide- und Kartoffelpreise dadurch etwas ausgeglichen, daß die Viehpreise fast durchweg niedriger stehen als im Januar des Vorjahres. Diese für den Konsum günstige Bewegung würde noch weit erfreulicher sein, wenn auch die Schweinepreise eine rückläufige Bewegung aufzeigten. Aber gerade sie zeigen ein Anzeichen von mindestens 10 bis 12 Proz. gegenüber dem Vorjahre. Sie sind damit zwar noch nicht so hoch wie zu Anfang des Jahres 1903, aber hoch genug, um den Fleischverbrauch der arbeitenden Bevölkerung merklich zu beeinträchtigen. Zeitwaren, die während der Wintermonate in verstärktem Maße verbraucht werden, zeigen mit Ausnahme von Schmalz gleichfalls eine Preissteigerung. Ebenso stiegen Kaffee und Zucker beträchtlich höher ein als 1904.

Soziales.

Verweigerter Ueberzeitungsbeitrag. In der Galanteriewarenfabrik von Wolf u. Rosenzweig, Inhaber Stein, war Fräulein G. in der Hochsaison vor Weihnachten beschäftigt. Sie fungierte gegen einen Wochenlohn von 11 M. als Zuschneiderin. Nachdem sie vierzehn Tage lang von 8 Uhr bis 8 Uhr gearbeitet hatte, bei zwei Stunden Mittag, begann die Ueberzeitungsarbeit, zunächst bis 1/2 Uhr, später vorübergehend bis 9 Uhr, bis die Polizei Herrn Stein belehrte, daß in seinem Fabrikbetriebe Arbeiterinnen nur bis 1/2 Uhr abends beschäftigt werden dürften, abgesehen von Ausnahmen. Es wurde dann von den Arbeiterinnen wieder bis 1/2 Uhr gearbeitet, die Mittagsgzeit dagegen um eine halbe Stunde verlängert. Fräulein G. wunderte sich sehr, daß bei der Lohnzahlung der Ueberstunden gar nicht gedacht wurde. Sie wartete 14 Tage und fragte dann die Direktrice Wolf, wie es denn mit den Ueberstunden sei. Die Dame lehnte eine Bezahlung der Mehrarbeit ab. Fräulein G. arbeitete weiter, jezt in dem guten Glauben, für die Ueberzeitung würde sie glänzend durch eine Weihnachtsgratifikation entschädigt werden. Nachdem ihre Platter noch vorläufig geworden war, machte sie eine Woche lang

